

Calau, 03. Oktober 2015

Sehr geehrte Mitglieder des Deutschen Bundestages,

..... „In der »geheimnisvollen Werkstatt Gottes«, wie Goethe ehrfürchtig die Historie nennt, geschieht unermesslich viel Gleichgültiges und Alltägliches. Auch hier sind wie überall in der Kunst und im Leben die sublimen, die unvergesslichen Momente selten. Meist reiht sie als Chronistin nur gleichgültig und beharrlich Masche an Masche in jener riesigen Kette, die durch die Jahrtausende reicht, Faktum an Faktum, denn alle Spannung braucht Zeit der Vorbereitung, jedes wirkliche Ereignis Entwicklung. Immer sind Millionen Menschen innerhalb eines Volkes nötig, damit ein Genius entsteht, immer müssen Millionen müßige Weltstunden verrinnen, ehe eine wahrhaft historische, eine Sternstunde der Menschheit in Erscheinung tritt.

Entsteht aber in der Kunst ein Genius, so überdauert er die Zeiten; ereignet sich eine solche Weltstunde, so schafft sie Entscheidung für Jahrzehnte und Jahrhunderte. Wie in der Spitze eines Blitzableiters die Elektrizität der ganzen Atmosphäre, ist dann eine unermessliche Fülle von Geschehnissen zusammengedrängt in die engste Spanne von Zeit. Was ansonsten gemächlich nacheinander und nebeneinander abläuft, komprimiert sich in einen einzigen Augenblick, der alles bestimmt und alles entscheidet; ein einziges Ja, ein einziges Nein, ein Zufrüh oder ein Zuspät macht diese Stunde unwiderruflich für hundert Geschlechter und bestimmt das Leben eines Einzelnen, eines Volkes und sogar den Schicksalslauf der ganzen Menschheit.“ (Stefan Zweig „Sternstunden der Menschheit“)

Unsere Zivilisation sieht sich aktuell mit Ereignissen/Entwicklungen von historischer Tragweite konfrontiert, deren Konturen, die als längst verbannt geglaubt, bereits heute deutlich sichtbar im neuen Gewand richtungsweisend für das Schicksal aller Generationen der Gegenwart und Zukunft sein werden, soweit kein fundamentaler Kurswechsel in der globalen/nationalen Bewertung der Einzigartigkeit und organischen Einheit unserer Zivilisation als Ganzes erfolgt und sich dies in der Politik, Wirtschaft, in den Medien und letztendlich in allen Bereichen des gesellschaftlichen Seins niederschlägt.

Das Vermächtnis/der Wiederhall der ca. 6 Millionen Deutschen und der mehr als 50 Millionen Toten weltweit während des 2. Weltkrieges und weiterer mehrerer Millionen im ersten Weltkrieg und die mehr als 100 Millionen Vertriebenen, Kriegsversehrten sowohl körperlich als auch psychisch kann in Granit gemeißelt nur lauten: **Nie wieder Krieg! Nie wieder Militarismus/ Faschismus!**

Dennoch stehen wir (erneut) am Rande eines Dritten thermonuklearen Weltkrieges, der jeden Einzelnen fordert, sich zu entscheiden, seine gesamte Kraft der aus der Gesellschaft entspringenden Gefahr/Widersinn entgegen zu treten oder passiv/fördernd diese apokalyptische Katastrophe für die Menschheit hinzunehmen/herbeizuführen und somit die Existenz unserer Zivilisation ganz oder teilweise in Frage zu stellen zum vermeintlichen Vorteil einiger weniger. Die weiteren Ausführungen verfolgen das Ziel, kausale Zusammenhänge im Rahmen des uns beherrschenden Wirtschaftssystems und die ihm innewohnenden antagonistischen Widersprüche als Quelle militärischer Konfrontationen/ Auseinandersetzungen im Rahmen einer imperialen Großmachtpolitik exemplarisch

aufzuzeigen, um den wahren Urhebern dieser menschenverachtenden, aktuellen Entwicklung einen Namen zu geben.

Dies umso mehr, da eine Vielzahl von Indikatoren/Indizien, sowohl aus dem Finanz- und Wirtschaftssektor und der Entstehung immer neuer Krisenherde und letztendlich Erklärungen hochrangiger ehemaliger US-Politiker vor einem potenzierten zweiten 9/11 warnen, dessen globale Folgen noch dramatischer wären als 2001. Zwischenzeitlich ist die gesamte EU mit den Flüchtlingswellen aus dem Nahen und Mittleren Osten, Afrika und den Balkanstaaten konfrontiert mit dem Ergebnis der Spaltung der öffentlichen Meinung und der Radikalisierung. Schutz denen, die Schutz bedürfen. Jedoch ein absolutes NEIN zu einem angekündigten flächendeckenden Dschihad gegen „Ungläubige“ in der EU/weltweit. Dies erfordert eine objektive Berichterstattung, keine Duldung von Straftaten oder Anweisungen, die den Sicherheitskräften die Ahndung von Straftaten untersagen oder einschränken (Strafvereitelung im Amt), Aufklärung gegenüber der Bevölkerung sowie das konsequente Aufspüren/Enttarnen eingesickelter Terroristen im Strom der Hunderttausenden, um nicht Geisel ihrer Gewalttaten zu werden mit unabsehbaren Folgen. Primär muss es jedoch um die Beseitigung der tatsächlichen Ursachen der Fluchtbewegung breiter Massen der Bevölkerung in den betroffenen Staaten gehen und um einen kollektiven Wiederaufbau der Grundstrukturen in diesen Staaten. In diesem Kontext möchte ich auf folgende Entwicklung/Zusammenhänge/Ursachen hinweisen.

I.

Die aktuelle Ausrichtung der hegemonialen Politik der US – Regierung wurde explizit in dem Dokument „Joint Vision 2020“ definiert. Inhaltlich wurde das Strategiepapier zwischen der US – Regierung und dem Verteidigungsministeriums am 30.5.2000 abgestimmt und veröffentlicht. Es ist das Fundament der US- amerikanischen Militär- und Außenpolitik für ihre zukünftigen Zielvorgaben bis 2020, sowohl materiell/waffentechnisch als auch ideologisch. Vorläufer war das Strategiepapier „Joint Vision 2010“. Beide Strategiepapiere **basieren, ihren geistigen Vätern folgend, auf grundlegenden Erfahrungen in global geführten militärischen Einsätzen und bringen unmissverständlich zum Ausdruck, dass die Streitkräfte der Vereinigten Staaten, alle Arten verdeckter und offener Einsätze beherrschen müssen, wobei dem Kampfeinsatz die absolute Priorität eingeräumt wird, um die hegemoniale Vorherrschaft der USA global zu sichern.**

Bereits im Februar 1992 wurde u.a. von Paul D. Wolfowitz als damaligen Staatssekretärs des Pentagon für Politik und später als Vize-Verteidigungsminister und als Sicherheitsberater des ehemaligen Vizepräsidenten Dick Cheney das Papier „Defense Planning Guidance“ veröffentlicht, in dem es u.a. heißt:

„Unser erstes Ziel ist es, das Entstehen eines neuen Rivalen, ob auf dem Territorium der ehemaligen Sowjetunion oder anderswo, zu verhindern, der eine Bedrohung ähnlicher Ordnung, wie die frühere Sowjetunion darstellen könnte. Dieser Gedanke bestimmt grundlegend die neue regionale Verteidigungsstrategie, die erfordert, dass wir jegliche feindliche Macht daran hindern, eine Region zu beherrschen, deren Ressourcen, sofern unter ihrer korrekten Kontrolle, ausreichen würden, eine neue Großmacht zu werden.“

Im Weiteren wird gefordert, dass hochentwickelte Industriestaaten (auch die BRD) von jedem Versuch abzuhalten sind, die amerikanische Vormachtstellung/Führungsrolle oder bestehende politische und wirtschaftliche Ordnungen in Frage zu stellen und alle Mechanismen aufrecht zu erhalten, um mögliche Konkurrenten die Hoffnung auf eine

größere regionale oder globale Rolle zu nehmen. (Dieses Prinzip entsprach fast deckungsgleich dem des britischen Empires in seinem über Jahrhunderte währenden Kampf um die globale, militärische und ökonomische Vorherrschaft .)

In Umsetzung dieser konkret definierten globalen strategischen Ausrichtung der USA positionierte sich der amerikanische Präsident Obama u. a. in einer Rede in West Point 2014 hierzu wie folgt:

“Die USA sind einfach unersetzlich. Das waren sie schon im vergangenen und werden es auch im neuen Jahrhundert sein“

In den Strategiepapieren Joint Vision 2010/ 2020 der USA geht es um nichts Geringeres als um die globale streitkräfteüberschreitende Operationsführung mit dem Ziel, die militärische Überlegenheit zu festigen und auszubauen. Eine zentrale Stellung nimmt auch die Fähigkeit zu einem *Global Strike* ein.

Mit der Veröffentlichung von Joint Vision 2010 und 2020 wurden dessen Leitlinien sukzessive als Teil der US-amerikanischen Militärdoktrin auf der Grundlage eines riesigen Militäretats umgesetzt. Die USA nähern sich in großen Schritten einer vollständig vernetzten Operationsführung (des Network-Centric Warfare). Ein entscheidendes Bindeglied sind hierfür der NSA und alle weiteren US-amerikanischen Geheimdienste im Verbund mit befreundeten Geheimdiensten, z.B. auch dem BND.

Der informelle Vorsprung (die höchstmögliche bis hin zur absoluten Kontrolle) über alle Lebensbereiche (Wirtschaft, Politik, Wissenschaft, Militär, Geheimdienste, bilaterale und multilaterale Beziehungen zwischen Staaten usw.) wird von den US-Strategen als unverzichtbar für die Umsetzung ihrer globalen, ökonomischen, politischen und militärischen Ambitionen/Strategien für notwendig erachtet und ist daher auch unter Verbündeten für sie nicht verhandelbar.

Am 1. Juli 2015 hat das US-Verteidigungsministerium die nationale Militärstrategie präzisiert. Ziel ist demnach, den Widerstand gegen revisionistische Staaten wie Russland, Chinas, Iran u.a., die nach der Lesart der US-Regierung/Pentagon gegen Völkerrechtsnormen verstoßen, u. a. mit gezielten militärischen Maßnahmen in ihren Fähigkeiten massiv einzuschränken.

Die Negierung oder fehlende/mangelhafte Kenntnisse über die wichtigsten aktuellen Strategiepapiere, der tatsächlichen Agenda der US-Regierung und des US-Militärs und der gesellschaftlichen Triebkräfte führen letztendlich erneut zu einer verhängnisvollen Fehleinschätzung zu der wahren über Generationen verfolgten Agenda der jeweiligen US-Regierungen und ihrer engsten Verbündeten im Streben nach einer neuen Weltordnung im Sinne des Finanz- und Großkapitals.

Im Rahmen dieser strategischen, vom Grundsatz her ökonomischen Zielvorgaben der USA bedarf es aus ihrer Sicht neben der Geheimhaltung und absoluten globalen Kontrolle aller Bereiche des gesellschaftlichen Seins auch der öffentlichen Rechtfertigung/Überzeugung der breiten Masse der Bevölkerung für geplante/begonnene kriegerische Auseinandersetzungen/ Präventivschläge/Humanitäre Einsätze usw. unter Nutzung von Operationen unter falscher Flagge, derer es bereits eine Vielzahl gab und auch zukünftig geben wird.

Hierzu gehören z. B. die vom CIA verübten Bombenanschläge im Iran zum Sturz des demokratisch gewählten Präsidenten Mossadegh, der 1962 gefasste – jedoch nicht umgesetzte - Plan des US-Generalstabs, ein US-Passagierflugzeug abzuschießen, um die Verantwortung hierfür den Kubanern anzulasten; Auseinandersetzungen/Angriffe zu Lasten Kubas in Trinidad Tobago oder Jamaika anzuzetteln; die Inszenierung des Tonkin-Zwischenfalls 1964, als Vorwand für den Vietnamkrieg mit seinen verheerenden Folgen (erinnert sei an mehrere Millionen Tote, dem Einsatz von Agent Orange, an dem bis zum heutigen Tage noch viele Menschen sterben oder missgebildet geboren werden); der erste und zweite Irakkrieg, indem der Irak bezichtigt wurde, dass irakische Soldaten in Kuwait in brutalster Art und Weise Babys in einem Krankenhaus aus ihren Brutkästen genommen und auf den Boden geworfen haben (Brutkastenlüge) und die vor dem UN-Sicherheitsrat proklamierte Behauptung, dass der Irak über Massenvernichtungswaffen verfügt und an einem Atomprogramm arbeitet und viele mehr. Die Liste von Operationen unter falscher Flagge zieht sich durch die Geschichte der Menschheit wie ein rotes Band, stets mit dem Ziel, den wahren Kriegsgrund zu verschleiern und den Kriegsbeginn/Eintritt zu rechtfertigen und der Chronik unserer zivilisatorischen Geschichte ihren Stempel aufzudrücken. An das Versagen/der Mitschuld des BND/der damaligen Deutschen Bundesregierung bezogen auf den 2. Irak-Krieg (2003) bezüglich der Person Rafid Ahmed Alwan – bekannt unter dem Pseudonym Curveball - wird ausdrücklich verwiesen.

Im Rahmen der Legitimierung von Kriegen/völkerrechtlichen Verbrechen kommt den an Bedeutung gewinnenden Medien weltweit im Rahmen der Meinungsbildung der breiten Masse der Bevölkerung eine übergeordnete Rolle zu. Von primärer Bedeutung ist es für einen Aggressor gegenüber der breiten Masse der Bevölkerung - seit Jahrzehnten nunmehr auch global - sein Meinungsbild, seine Legitimation für einen Krieg oder einen „Vergeltungsschlag“ zur Vermeidung innerstaatlichen/internationalen Widerstands, wie z. B. noch während des Vietnamkrieges, als Millionen gegen diesen Aggressionskrieg auf die Straße gingen, in allen Belangen zu rechtfertigen und seine „Wahrheit“ zum kollektiven Bewusstsein/ Erkenntnisstand zu erheben.

In einem Interview äußerte sich der ehemalige NATO-Sprecher Jamie Shea zu dem Propagandafeldzug der kriegsführenden NATO-Mitgliedstaaten, insbesondere auch zur Rolle Deutschlands im Jugoslawienkrieg wie folgt:

"Das Wichtigste ist, dass der Feind nicht das Monopol auf die Bilder haben darf, denn das rückt die Taktik der NATO in das Licht der Öffentlichkeit und nicht die bewusste Brutalität von Milosevic: Etwa ob wir eine perfekte Organisation sind, oder ob wir einen perfekten Luftkrieg führen und so weiter. Viele Journalisten sagten: Milosevic hat die Bilder - und Jamie Shea hat nur Worte. Wem sollen wir glauben? Den Bildern oder den Worten? Beim nächsten Mal, wenn die ARD, CNN oder die BBC ein Bild von einem zerschossenen Flüchtlingstreck zeigen, dann will ich sagen können: Ja, das stimmt. Ich entschuldige mich, ich kann das erklären. Aber sehen Sie hier: Ein Massengrab, Leute, die absichtlich umgebracht und in dieses Grab geworfen wurden! Auf welcher Seite stehen Sie also?"

"Die politischen Führer spielten nun die entscheidende Rolle für die öffentliche Meinung. Sie sind die demokratisch gewählten Vertreter. Sie wussten, welche Nachricht jeweils für die öffentliche Meinung in ihrem Land wichtig war. Rudolf Scharping machte wirklich einen guten Job. Es ist ja auch nicht leicht, speziell in Deutschland, das 50 Jahre lang Verteidigung nur als Schutz des eigenen Landes gekannt hatte, statt seine Soldaten weit weg zu schicken. Psychologisch ist diese neue Definition von Sicherheitspolitik nicht einfach. Nicht nur Minister Scharping, auch

Kanzler Schröder und Minister Fischer waren ein großartiges Beispiel für politische Führer, die nicht der öffentlichen Meinung hinterherrennen, sondern diese zu formen verstehen. Es stimmt mich optimistisch, dass die Deutschen das verstanden haben. Und jenseits der sehr unerfreulichen Begleiterscheinungen, der Kollateralschäden, der langen Dauer der Luftangriffe, hielten sie Kurs. Wenn wir die öffentliche Meinung in Deutschland verloren hätten, dann hätten wir sie im ganzen Bündnis verloren."

Im Klartext ist dies nichts anderes als die bewusste „intelligente“ Manipulation der breiten Masse der Bevölkerung, ohne dass diese nur ahnt, welche wahren Ziele die geistigen Väter der Manipulation und Desinformation tatsächlich verfolgen. Es existieren nachweislich für den Einzelnen schwer erkennbare Mechanismen/Strukturen in Politik, Wirtschaft, Medien, Militär usw. in einem Ausmaß, das sich unserem Verständnis im Rahmen der demokratischen Grundordnung verschließt. Wir werden von Institutionen manipuliert, die unser Denken und Fühlen, unsere persönlichen Ambitionen, unsere Ideen formen nach ihren Vorstellungen. Es werden Denkstrukturen zielgerichtet implantiert sowie soziale Muster anerzogen mit dem einen Ziel – den persönlichen Reichtum einiger Weniger dauerhaft im Verborgenen zu mehren.

Zu dem völkerrechtlichen Fragen dieses Aggressionskrieges positionierte sich der deutsche General Heinz Loquai im Rahmen seiner Tätigkeit bei der OSZE zu dem Kriegseinsatz im Kosovo u. a. wie folgt:

*"Die Legitimationsgrundlage für die deutsche Beteiligung war die so genannte humanitäre Katastrophe, **eine solche humanitäre Katastrophe als völkerrechtliche Kategorie, die einen Kriegseintritt rechtfertigte, lag vor Kriegsbeginn im Kosovo nicht vor.**"*

Die US – Diplomatin im Kosovo Norma Brown erklärte sich zu der völkerrechtlichen Legitimation der NATO–Luftangriffe etwa gleichlautend, in dem sie ausführte:

*"Bis zum Beginn der NATO-Luftangriffe gab es keine humanitäre Krise. Sicher, es gab humanitäre Probleme, und es gab viele Vertriebene durch den Bürgerkrieg. Aber das spielte sich so ab: Die Leute verließen ihre Dörfer, wenn die Serben eine Aktion gegen die UCK durchführten - und kamen danach wieder zurück. Tatsache ist: **Jeder wusste, dass es erst zu einer humanitären Krise kommen würde, wenn die NATO bombardiert. Das wurde diskutiert: In der NATO, der OSZE, bei uns vor Ort und in der Bevölkerung.**"*

Bis zum heutigen Tage wurde keiner der **tatsächlichen Urheber** dieses völkerrechtswidrigen Krieges strafrechtlich zur Verantwortung gezogen mit der Konsequenz, dass auch in der Folge keine Abschreckung/notwendige Schlussfolgerung bei den beteiligten Kriegsparteien – u.a. der Bundesrepublik Deutschland - gezogen wurden. Der ehemalige Bundeskanzler Schröder hat zumindest öffentlich Fehler eingestanden.

In den letzten 2 ½ Jahrzehnten ist eine quantitative und qualitative Steigerung der medialen, zielgerichteten Beeinflussung der Bevölkerung zu verzeichnen, die stetig perfektioniert wird (unter Nutzung bewusstseinsprägender Erkenntnisse der Neurowissenschaft), um die wahren Ziele Einzelner im Sinne ihrer hegemonialen Bestrebungen unter stetiger Verletzung völkerrechtlicher und nationaler Normen dem Blick der Weltöffentlichkeit zu entziehen und ihre geostrategischen Ziele in einem humanen Gewand zu präsentieren.

Als Bundestagsabgeordneter ist Ihnen die Struktur der informellen Kommunikation in Berlin, Brüssel und anderen Hauptstädten sicherlich hinlänglich bekannt. Die Mehrzahl von Ihnen hat sicher schon an Hintergrundgesprächen in Hintergrundkreisen teilgenommen. Es existiert ein Geflecht, in dem sich Journalisten und Politiker kennenlernen und letztendlich Informationen austauschen und Absprachen treffen. Neben der informellen Kommunikation gibt es parallel eine formelle Kommunikation. In diesem Geflecht entstehen/bestehen Abhängigkeitsverhältnisse und es werden Vereinbarungen getroffen über Umfang und Kontext der Freigabe vertraulicher Informationen.

Gespräche (Vier-Augen-Gespräche im Rahmen exklusiver Hintergrundkreise) werden u. a. im Café „Einstein“ im Restaurant „Borchardt“, im „Cinque“ im „Bocca di Bacco“ und „Chez Moritz“ geführt. Je nach politischer Ausrichtung und parteipolitischer Ebene/Hierarchie stehen Zirkel, wie Der Gelbe Kreis, Der Brückenkreis, Die Millionäre, Das Rote Tuch, Enklave, Das Kartell, Das Korrespondentenkollektiv KOKO, Der Dresslerkreis, Der Provinzkreis, Berliner Zimmer, U30, Tacheles, Vino Rosso, Vier Sterne Kreis, Salon Wissen, Antenne, unter Ausschluss der Öffentlichkeit den Politikern und Journalisten im Rahmen ihrer konspirativen Treffen zur Verfügung.

Erklärlich wird somit u.a. auch, dass diese Form der Informationspolitik (auch unter dem Einfluss der Inhaber der Medien oder der Medienvertreter) zur Gleichschaltung der Presse/der Medien führt mit dem Ergebnis einer bewusst herbeigeführten Fehl-/Desinformation, da sie nach Auffassung führender Politiker und Journalisten für den Souverän zu einer Überforderung oder zu einem „unerwünschten Effekt“ führen könnte.

Der medialen Gleichschaltung ist aufgrund dessen Tür und Tor geöffnet mit all den ihr innewohnenden Gefahren und Konsequenzen. Eine zentrale Rolle nehmen im Kampf um die Beeinflussung/Steuerung jedes einzelnen Ich-Bewusstseins PR-Agenturen und Consulting-Unternehmen ein. Das Geflecht dieser wird immer unüberschaubarer; zu ihren Aufgaben gehören u. a. die Entwicklung von manipulativen Methoden und Lobbystrategien. Ihrer Dienste bedienen sich nicht nur Großkonzerne, sondern weltweit auch Politiker zur Durchsetzung/Propagierung ihrer politischen/ökonomischen Ziele, nicht nur im Bereich der Ökonomie, des Klimaschutzes sondern u. a. auch für die Darstellungen des Bedrohungspotenzials Russlands, Chinas und weiterer Staaten. Gleiches gilt auch für die vorgenannten Staaten selbst. Ziel ist in Bild und Ton zu überzeugen, um wirtschaftliche, politische und religiöse Ziele umzusetzen. Hierfür steht wiederum ein Heer von PR- und Consulting Unternehmen mit einer Vielzahl von Mitarbeitern weltweit zur Verfügung, die Wünsche, Forderungen ihrer Auftraggeber mit dem gewünschten Ziel/Effekt massenwirksam/bewusstseinsprägend umzusetzen.

Instrumentalisiert wird für die politischen Ziele diverser „Eliten“ auch die Unterhaltungsindustrie, die sich aufgrund des Sponsorings u. a. vom militärisch-industriellen Komplex und der winkenden internationalen Preise nicht unerheblich vereinnahmen lässt. Besonders stark ausgeprägt ist dies in der „Traumfabrik“ Hollywood. Wer kennt nicht all die Filme, in der der böse Russe die Welt gefährdet und es fast ausschließlich amerikanische Staatsbürger, Superhelden, Comicfiguren sind, die unseren Planeten vor Außerirdischen, Klimakatastrophen, Terroristen und feindlichen Mächten retten. Gegenwärtig dürften Ihnen auch Beiträge wie im georgischen Fernsehen sein, als eine Massenhysterie aufgrund einer fiktiven russischen Invasion einsetzte oder die aktuelle TV-Serie im norwegischen Fernsehen (Okkupert), die eine russische Invasion in Norwegen thematisiert und unterschwellig ein Feindbild suggeriert.

Das Repertoire der psychologischen Beeinflussung der Massen ist sehr facettenreich. Es reicht von dem bewussten Schüren von Angst/Verzweiflung bis zur sanften Manipulation subsumiert unter dem Begriff „Nudging“.

Ihre Tätigkeit im Deutschen Bundestag bestätigt, dass offizielle Anfragen zu speziellen Themen, z. B. dem Einsatz von Uranmunition im Kosovo-Krieg, im Irak, den Einsatz von Kampfdrohnen der US-Army vom Territorium der Bundesrepublik aus, die Heimholung der Goldreserven des deutschen Volkes (die ca. 70% der deutschen Währungsreserven ausmachen und Deutschland schmerzlich im Rahmen der Errichtung eines neuen Geldsystems fehlen werden) und weitere nationale und internationale Themen unplausibel und ausweichend von der Bundesregierung beantwortet wurden/werden. Weitere Beispiele erübrige ich mir aufgrund der wesentlich besseren Kenntnisse dieser Tatsache Ihrerseits im Rahmen Ihrer parlamentarischen Tätigkeit im Bundestag.

II.

Eines der prägendsten historischen Ereignisse des noch jungen 21. Jahrhunderts war und bleibt der 11.09.2001.

Nur fünf Tage nach dem 11. September 2001 äußerte sich der damalige amerikanische Präsident George W. Bush auf einer seiner vielen medienwirksamen Pressekonferenzen wie folgt: „Hier zeigt sich eine neue Qualität – eine neue Qualität des Bösen. [...] Und das amerikanische Volk beginnt, dies allmählich zu verstehen. **Dieser Kreuzzug, dieser Krieg gegen den Terrorismus wird lange Zeit in den Anspruch nehmen.** [...] Es ist für uns an der Zeit, in diesem ersten Krieg des 21. Jahrhunderts einen entscheidenden Sieg zu erringen.“

Am 20. September 2001 hielt Bush eine weitere programmatische Rede vor dem US-Kongress, in der er detailliert aufzeigte, wie die USA zukünftig ihre Stellung in der Welt definieren. In seiner Kriegserklärung gegen den „Terror“ führte er u.a. aus,

*„Unser Krieg gegen den Terror beginnt mit Al-Qaida, **aber er endet nicht dort. Er wird nicht enden, bis jede terroristische Gruppe von globaler Reichweite gefunden, gestoppt und geschlagen ist. ... Die Amerikaner sollten nicht einen Kampf erwarten, sondern eine langwierige Kampagne, anders als alle, die wir je gesehen haben. Diese könnte dramatische Angriffe einschließen, die im Fernsehen übertragen werden und versteckte Operationen, die auch bei Erfolg geheim bleiben. Wir werden den Terroristen ihre Geldmittel abschneiden, sie gegeneinander aufbringen, sie von Ort zu Ort treiben, bis es für sie keine Zuflucht und Ruhe mehr gibt. Und wir werden die Staaten verfolgen, die den Terrorismus Hilfe zur Verfügung stellen oder ihnen einen sicheren Hafen bieten. Jedes Land, in jeder Region muss sich jetzt entscheiden – entweder er steht an unserer Seite oder an der Seite der Terroristen...“** (Die Position der BRD ist hinlänglich bekannt.)*

Sofern der Nutzen/Erfolg der militärischen Einsätze/Kriege der US-Armee einer Analyse unterzogen wird, ist das Ergebnis für den amerikanischen Steuerzahler niederschmetternd, jedoch nicht für den militärisch-industriellen Komplex, den Finanzsektor, der Erdöl- und Erdgaslobby sowie den Befürwortern einer neuen Weltordnung, die stets Maximalprofite im Rahmen ihrer Kriegseinsätze erzielen und ihren globalen Ambitionen Schritt für Schritt glauben näher zu kommen (das Studium der Aktienkurse/Bilanzen bestätigt diese Ausführungen).

Der ehemalige amerikanische Justizminister Ramsey Clark positionierte sich zu den Ereignissen des 11.09.2001 jedoch wie folgt:

*„Beim Krieg -gegen den Terrorismus- handelt es sich in Wirklichkeit um einen Krieg gegen den Islam. Die meisten Politiker stellen es so dar, als richtete er sich gegen islamische Terroristen, aber in Wirklichkeit meinen sie die Bedrohung durch den Islam. Hinter dem Konzept des Krieges gegen den Islam steht die Idee der Auslöschung in einer Größenordnung, wie es sie in der Geschichte noch nie gegeben hat. [...] Die amerikanische Regierung braucht ein neues Feindbild; ihre Suche nach neuen Feinden soll in Wirklichkeit das Land einen, die wahren Motive verdecken und an den Patriotismus appellieren, den man auch als die letzte Zuflucht des Schurken bezeichnet. Patriotismus ist nicht das wahre Motiv. **Die tatsächlichen Beweggründe lauten Vorherrschaft und Ausbeutung.** Und um damit durchzukommen, muss man eine mobilisierende Begründung vorweisen, ein Feindbild. An dieser Stelle kommt das Militär ins Spiel.*

Letztlich ging es darum, der Gefahr der zunehmenden Konkurrenz der eurasischen Wirtschaft gegenüber der schwindenden amerikanischen Macht entgegenzuwirken. Und zu dieser Herausforderung gesellte sich noch die Bedrohung, die von dem aufstrebenden Wirtschaftsgiganten China und dem nuklearen Abschreckungspotenzial Russlands ausgingen.

Da die amerikanische Vorrangstellung in der Weltpolitik existenziell bedroht war, benutze Washington seinen Einfluss auf verschiedene islamistisch- dschihadistische Gruppen, um zur Verteidigung der -Unschuld Amerikas- weltweit neue Kriege und Konflikte zu schüren.“

Senator Mike Gravel – ehemaliger Offizier der US-Armee, diensthabender Adjutant im Nachrichtendienst für Fernmeldewesen in Deutschland und Spezialagent für Gegenspionage in Frankreich sowie ehemaliger Senator von Alaska positionierte sich zu den Ereignissen des 11. September 2001 wie folgt.

“Wissenschaftler und Fachleute aus verschiedenen Spezialgebieten, einschließlich Architekten, Feuerwehrleuten, Offizieren der Nachrichtendienste,, Rechtsanwälten, medizinischen Fachleuten, Militäroffizieren, Philosophen, Vertretern religiöser Vereinigungen, Physikern und Piloten berichten über fundamentale Diskrepanzen zwischen der offiziellen Darstellung der Anschläge des 11. September 2001 und dem was sie als unabhängige Forscher herausgefunden haben.

Sie haben über jeden Zweifel hinaus begründet, dass die offizielle Darstellung der Anschläge des 11. September 2001 falsch ist und dass deshalb die offiziellen “Untersuchungen” tatsächlich Vertuschungen entsprechen.

Bis jetzt hat es noch keine Antworten politisch verantwortlicher Führungspersönlichkeiten gegeben, weder aus Washington noch aus anderen Hauptstädten der Welt. Unsere Organisation, “Politische Führungspersönlichkeiten für die Aufklärung des 11. September” wurde gegründet um zu helfen, eine solche Antwort zu ermöglichen.

Maj. Scott Ritter – ehemaliger US-Marinekorps Geheimdienstoffizier, der auch als Chefwaffeninspektor für die UNO-Sonderkommission im Irak von 1991 – 1998 tätig war, erklärte sich zu den Ereignissen des 11. September 2001 mit folgendem Wortlaut:

“Es besteht das absolute Erfordernis herauszufinden, was am 11. September geschehen ist. Jeder Stein sollte umgedreht werden, um dies herauszufinden. Und die 9/11 Kommission hat diese Anforderung nicht erfüllt. Und es muss eine Wiedereröffnung der Untersuchung geben, damit wir, die US-Bürger wissen, was an diesem schrecklichen Tag geschehen ist.”

Hunderte Indizien, Beweise, Zeitzeugen, Filmaufnahmen, Sachverständigengutachten könnten sofort nachgereicht werden, um die offiziellen Verlautbarungen zu den Hintergründen/Tathergang/Ursachen der Anschläge am 11. September 2001 substantiiert in Frage zu stellen.

Verschaffen Sie sich selbst einen kurzen Einblick in diese Thematik (ca. 12 Minuten), indem Sie sich den Beitrag auf der beigegeführten CD ansehen.

Anlage: CD

2001/2002ff. wurden nach dem 11. September 2001 seitens der US-Regierung grundlegende Elemente des Völkerrechts auf internationaler Ebene außer Kraft gesetzt. Gewalt und Krieg traten sukzessive an die Stelle völkerrechtlicher Normen zur Gestaltung der Beziehungen zwischen souveränen Völkerrechtssubjekten.

Präventivschläge wurden bereits bei dem Verdacht des Besitzes/Einsatzes von Massenvernichtungswaffen ohne tatsächlichen Nachweis ihrer Existenz legalisiert. Innerstaatlich wurde die Homeland Security in großem Umfang mit finanziellen Mitteln ausgestattet, um Anschläge auf dem Territorium der USA und Botschaftsgeländen/Militärstützpunkten im Ausland zu verhindern (Eine Vielzahl gesetzlicher Regelungen weltweit erhoben diese Maßnahmen zur Gesetzeskraft). Das Ballistische Abwehraketensystem wurde vorangetrieben und die Vorherrschaft im Weltraum zur offiziellen Doktrin erhoben (Auf die aktuellen Entwicklungen in den USA diesbezüglich wird ausdrücklich verwiesen.).

Die US-Regierung benötigte für die Umsetzung ihrer geostrategischen Pläne, die bereits seit Jahren/Jahrzehnten existierten, lediglich ein global medienwirksames Szenario (traumatisches Großereignis), um dem „Rest der Welt“ aufzuzeigen und unmissverständlich klarzumachen, wer die Führungsrolle im Rahmen der Neugestaltung der Beziehungen zwischen den Staaten auf allen Kontinenten und der Errichtung einer neuen Weltordnung einnimmt und von der nicht nur der 43. US-Präsident beseelt ist, sondern auch seine Vorgänger und die sich aktuell positionierenden Nachfolger.

Dass 9/11, das Pearl Harbour des 21. Jahrhunderts, Ausgangspunkt für die Umsetzung der bereits in den 90iger Jahren im Pentagon geplanten Kriege, primär im Nahen Osten, war, bestätigt **Wesley Clark** (pensionierter 4-Sterne-General der US Armee), der über 34 Jahre in der US Armee und dem Verteidigungsministerium seinen Dienst versehen hat und von 1997 bis 2000 leitender Kommandant der NATO in Europa war, während seiner Rede vom 3. Oktober 2007.

Dieser im Zentrum der Macht agierende, hoch dekorierte General der US-Armee führte zu seinen Feststellungen im Pentagon kurz nach 9/11 aus, dass er mit dem damaligen Verteidigungsminister Donald Rumsfeld und in der Folge mit einem Geheimdienstoffizier des Pentagons sprach, der ihm mitteilte, dass die US Regierung plant den Irak anzugreifen. Auf die Frage wieso antwortete der Offizier, dass es nicht wirklich einen Grund gäbe, die Regierung sei einfach der Meinung, dass ein anderes Land anzugreifen eine gute Antwort auf den 11. September sei und man damit auch Terroristen in der ganzen Welt Angst machen würde. 6 Wochen später sprach Clark erneut mit diesem Offizier, der ihm mitteilte, dass die Pläne sich geändert hätten. Nun sei geplant 7 Länder binnen 5 Jahren anzugreifen um deren Regierungen zu stürzen. Diese 7 Länder seien Irak, Syrien, Libanon, Libyen, Somalia, Sudan und der Iran. Diese Informationen las der Offizier aus einem geheimen Memo ab, das er in der Hand hielt.

Eine Vielzahl weiterer Aussagen hochrangiger US-Militärs, Mitarbeiter der Geheimdienste der USA, Wissenschaftler, Techniker, Augenzeugen bestätigen jeder für sich, dass die öffentliche Version zu der Ursächlichkeit dieser Anschläge in Frage zu stellen ist. Die Vielzahl der Lügen zu vorangegangenen Kriegen und Destabilisierungsmaßnahmen ausgehend von den USA und die Lügen in der Folge von 9/11 auch vor der UNO rechtfertigen, ja erfordern eine rechtstaatliche unvoreingenommene und von jeglichen äußeren Einflussnahmen freie, wissenschaftliche internationale Untersuchung.

Die militärische Doktrin der USA folgt in letzter Konsequenz den Zielvorgaben des amerikanischen/internationalen angloamerikanischen Finanz- und Großkapital, das eng mit der Führungsriege der US-amerikanischen Regierung und der Mehrzahl aller Kongress- und Senatsmitglieder ideologisch und auch tatsächlich wirtschaftlich auf das Engste verbunden sind.

Da es sich um ein internationales Geflecht von Finanz- und Wirtschaftsstrukturen handelt, sind im Rahmen einer genauen Analyse all seine Verknüpfungen und Ebenen einer konkreten Betrachtung zu unterziehen. Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang der überdurchschnittliche Einfluss/Lobby des jüdischen Finanz- und Großkapitals und deren enge wirtschaftliche und politische Verbindung zu Israel.

Die Historiker der Zukunft werden im Rahmen notwendiger wissenschaftlicher Analysen zu den Geschehnissen des 11. September 2001 und seiner Strahlkraft auf die weitere geschichtliche Entwicklung ihr Urteil fällen und zum Versagen der damaligen Entscheidungsträger in den wichtigsten Industriestaaten.

Es darf bereits jetzt mit Fug und Recht die mangelnde Courage im Umgang mit diesem Thema in den Raum gestellt werden. Es ist die Todsünde der parlamentarischen Demokratie der Neuzeit, dass trotz der erdrückenden Indizien gegen die offiziellen Verlautbarungen der US-Regierung zu den Ursachen dieser Tragödie kein nennenswerter Widerspruch erhoben/Aufklärungswille aufgebracht wurde. Andreas von Bülow, als ehemaliger Abgeordneter des Deutschen Bundestages, ist einer der wenigen Deutschen, der sehr engagiert und tiefgründig sich zu diesem Thema öffentlich fundiert positioniert hat, mit dem Ergebnis der öffentlichen Brandmarkung als Verschwörungstheoretiker, wie viele andere ebenfalls, die öffentlich diffamiert/diskreditiert wurden und einige von ihnen – insbesondere in der USA - unter mysteriösen Umständen ums Leben kamen.

Die „Terroranschläge“ vom 11. September 2001 hatten u. a. auch einen entscheidenden Einfluss auf die strategische Ausrichtung der NATO von einem „Verteidigungsbündnis“ hin zu einem global agierenden Militärbündnis. Noch im April 2001 war die große Mehrheit der Senatoren im amerikanischen Senat entschieden dagegen, Estland, Litauen und Lettland in die NATO aufzunehmen. Mit dem 11.09.2001 kam es zu einer regelrechten Interessenverschiebung der amerikanischen Außenpolitik und wurde Grundlage für eine noch größere Erweiterung der NATO im Jahr 2004. Die „globale Sicherheit“ wurde stärker denn je in den Fokus des Militärbündnisses gestellt. Der Zeitplan der NATO-Osterweiterung wurde aufgrund der Ereignisse im September 2001 erheblich verkürzt und dies gegen den ausdrücklichen Willen Russlands. Ähnliche Tendenzen gibt es aktuell auch aufgrund der Ereignisse in der Ukraine, aufgrund dessen in Windeseile wirtschaftliche und militärische Abkommen mit der Kiewer Regierung Georgiens und Moldawien ratifiziert und die militärische Zusammenarbeit/Partnerschaft mit diesen Staaten massiv vorangetrieben

wurde/wird. Generell ist eine völlig überhastete und nicht aus sich selbst erwachsende Bündnis-/Wirtschaftspolitik, insbesondere in Europa zu verzeichnen.

Die „Terroranschläge“ vom 11. September 2001 gelten auch als Legitimation, dass die NATO zu einem global agierenden Militärbündnis umstrukturiert wurde, dem sich kein Mitgliedstaat entziehen kann. Ein weiterer Baustein ist der von Junkers offenbarte Plan, eine Europäische Armee - unter Umgehung nationaler Interessen/Entscheidungsbefugnisse – aufzustellen.

Die Konsequenzen der Terroranschläge vom 11. September 2001 sind derart komplex und vielschichtig, dass sie nur ansatzweise angerissen werden können. Sie beeinflussten maßgeblich die Intensivierung der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit, die Verschärfung internationaler Rechtsinstrumente, die „Einschränkung“ der Finanzierung des internationalen Terrorismus, die Anhebung der Standards der Flugsicherheit, der Koordinierung der Staaten der EU in der Zusammenarbeit gegen das organisierte Verbrechen und führten zu veränderten Standards im Rahmen der nationalen Überwachung der Bevölkerung, der Erweiterung der Einsatzbefugnisse von Polizei, Armee, Geheimdiensten und Behörden, etc.

Johannes B. Koepl, ehemaliger Beamter im deutschen Verteidigungsministerium und Berater des früheren NATO-Generalsekretärs Manfred Wörner, erklärte sich 2001 nach den Anschlägen vom 11. September, als US-Präsident Bush den Krieg gegen den Terror ausrief, in einem Interview hierzu wie folgt.

„Die einflussreichen Kreise hinter der Bush-Administration, beispielsweise der CFR, die Trilaterale Kommission – und die Bilderberger, haben sich vorbereitet und gehen jetzt daran, innerhalb der nächsten fünf Jahre eine offene Welt diktatur zu errichten. Sie kämpfen nicht gegen Terroristen, sie kämpfen gegen Bürger.“

Dick Cheney - der ehemalige US-Vizepräsident – begründete das Vorgehen/die militärischen Interventionen und den Umgang mit den vermeintlichen Tätern/Hintermännern der USA nach 9/11 wie folgt,

„Wir taten damals exakt das, was notwendig war, um die Schuldigen für 9/11 zu schnappen und einen weiteren Anschlag zu verhindern.“

Das Ergebnis widerspiegelt sich u.a. in zerstörten Infrastrukturen in Afghanistan, Irak, Libyen und Syrien als auch in dem CIA Folterreport, der am 09. Dezember 2014 vom „United States Senate Select Committee on Intelligence“ veröffentlicht wurde, der auf über 6 Millionen internen Geheimdokumenten basiert. Bestätigt wurden ein weltweites Netz von geheimen Gefängnissen, brutalsten Verhörmethoden und deren Opfer sowie die Zusammenarbeit des CIA mit parlamentarischen Abgeordneten und Regierungsvertretern, der Bruch von Gesetzen und ein gigantisches Ausmaß der Fehlinformationen zu diesem Thema.

Der schockierende Einblick in die Verhör- und Konditionierungsverfahren erinnert an die Praktiken des NS-Regimes und der Pinochet-Junta, die geprägt sind nach den Aussagen von Dianne Feinstein (Vorsitzende des Geheimdienstausschusses des US-Senats) von „grausamen und unmenschlichen und entwürdigenden“ Folterpraktiken, von Zynismus und Perversität.

Der Kampf gegen den „Terrorismus“ der USA ist nichts anderes als die Anwendung terroristischer Mittel gegen Unschuldige/vermeintliche Täter. Den Boden der Rechtsstaatlichkeit hat die USA in ihrem Kampf gegen den „internationalen Terrorismus“ seit

2001 verlassen und der einzelne Inhaftierte wurde zu einem bloßen Objekt ohne Anspruch auf rechtsstaatliche Verteidigung.

Es dürfte auch Ihnen bekannt sein, dass das Verbot der Folter ein absolutes Verbot ist – nicht verhandel-/ relativierbar. Die UN-Antifolterkonvention aus dem Jahr 1987 wurde auch von den USA unterzeichnet, sodass die Folge zwingend eine internationale Ächtung und Bestrafung der Täter erfordert.

Zum besseren Verständnis sei auf Artikel 2, Ziffer 2 der Antifolterkonvention verwiesen, in der es heißt *„Außergewöhnliche Umstände – gleich welcher Art – bei Krieg oder Kriegsgefahr, innenpolitische Instabilität oder ein sonstiger öffentlicher Notstand, dürfen nicht als Rechtsgrund für Folter geltend gemacht werden.“*

Trotz geäußerter Willensbekundung hat sich auch unter der Obama-Regierung nichts Grundlegendes verändert. Nach wie vor werden Menschenrechte sowie das nationale Verfassungsrecht ignoriert und einem vermeintlich höheren Ziel der Zerstörung, der „Achse des Bösen“ etc. geopfert.

Den Ausführungen von Wolfgang Neskovic in seinem Buch „Der CIA Folterreport“ kann ausdrücklich beigespflichtet werden, sofern er ausführt *„Der 11. September taugt nicht als Rechtfertigungsgrund für schwere Menschenrechtsverletzungen. Wer das nicht verstanden hat, hat die Funktion des Rechts nicht verstanden.“*

Unsere eigene Geschichte lehrt, dass jede Abkehr von staatlichen/völkerrechtlichen Normen und möge eine Straftat noch so grausam erscheinen, neues Unrecht hervorbringt mit fatalen Folgen für unsere demokratische Grundordnung. Jeder der hierzu schweigt oder lediglich Lippenbekenntnisse abgibt aus Angst - berufliche oder finanzielle Nachteile zu erleiden – ist ein Garant dafür, dass verbrecherische Handlungen dieser Art die demokratische Grundordnung sukzessive zerstören. Die Lektüre des CIA-Folterreports sollte für jeden einzelnen Bundestagsabgeordneten eine Pflichtlektüre sein.

III.

Aktuell wird global – vorrangig in den Mitgliedstaaten der NATO - ein weiteres Feindbild neben dem Terrorismus – ausgehend von Islamischen „Sektierern“ -, wie schon so oft in der Geschichte, aufgebaut. Russland wird in der öffentlichen Wahrnehmung primär auf seinen amtierenden Präsidenten Wladimir Putin reduziert. Ein Großteil der Presse verstärkt diesen Eindruck mit reißerischen Aufmachungen, die weder einen satirischen noch einen objektiven Bezug haben (reine Hetzpropaganda im Sinne ihrer Eigentümer/Förderer).

Für die USA ist die Ukraine zweifelsfrei ein geostrategischer Faktor ersten Ranges im Kampf gegen den Zuwachs an militärischem und ökonomischem und letztendlich politischem Einfluss Russlands und seiner Verbündeten/wirtschaftlichen Partner im Sinne der bereits punktuell erwähnten US-amerikanischen Strategiepapiere.

Die Ereignisse in der Ukraine/Krim sind letztendlich auch das Ergebnis einer jahrzehntelangen Vernachlässigung/bewussten Negierungen russischer Wirtschafts- und Sicherheitsinteressen.

1990 erklärte sich der damalige deutsche Außenminister Genscher vor laufenden Kameras wie folgt:

„Wir waren uns einig, dass nicht die Absicht besteht, das NATO-Verteidigungsgebiet auszudehnen nach Osten. Das gilt übrigens nicht nur in Bezug auf die DDR, die wir da nicht einverleiben wollen, sondern es gilt ganz generell.“

1990 nach einem Treffen mit dem damaligen US-Außenminister Baker in Washington betonte Genscher nochmals: ***„Was ich gesagt habe ist, dass es keine Absicht gibt, das Gebiet der NATO nach Osten zu erweitern.“*** Baker wiederholte dies nach einem Treffen mit dem damaligen russischen Präsidenten Gorbatschow und dem russischen Außenminister Schewardnadse, worauf hin Gorbatschow ausführte, dass ***„es keine Erweiterung der NATO nach Osten geben werde, nicht einen Inch.“***

Dennoch wurden 1999 Polen, Tschechien und Ungarn in die NATO aufgenommen, 2004 folgten unter dem Einfluss der bereits erwähnten Ereignisse des 11. September 2001 Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, Slowenien und die Slowakei und 2009 Albanien und Kroatien. Die Aufnahme weiterer ehemaliger Ostblockstaaten und Unionsrepubliken der ehemaligen Sowjetunion ist Gegenstand der Erörterung/Planung. Angebote Russlands zur Zusammenarbeit mit der NATO wurden hingegen auf einem niedrigen Level gehalten trotz der Tatsache, dass es Wladimir Putin war, der seinen damaligen amerikanischen Amtskollegen Georg W. Bush am 11. September 2001 als erster Staatschef anrief und ihm eine Koalition im Kampf gegen den internationalen Terrorismus anbot. Auch war es Russland unter Putin, der ohne Gegenforderungen zu stellen, die russischen Militärbasen in Kuba und Vietnam geschlossen hat und den Auf- und Ausbau von US-Militärstützpunkten in Zentralasien für den „Krieg gegen den Terror“, d. h. Al-Kaida und die Taliban in Afghanistan akzeptierte. Diese Tatsache ist auch im Zusammenhang mit der Lösung eigener innerstaatlicher Konflikte in Russland selbst zu betrachten.

Es waren russische Spezialeinheiten, die den US-Amerikanern in ihrem „Krieg gegen den Terror“ gezielte Unterstützung bei der Einnahme der afghanischen Hauptstadt Kabul gewährten. Gleichzeitig öffnete Russland sein Territorium für die Nachschubversorgung der NATO-Truppen in Afghanistan.

Die amerikanische Außenpolitik gegenüber Russland wird u.a. auch von einer einflussreichen osteuropäischen Emigrantenlobby maßgeblich mitbestimmt, die die Sowjetunion/ Russland als ihren potenziellen Feind betrachtet. Aufgrund dessen wurde Russland nur bedingt als Partner angesehen und daher wurde zu keinem Zeitpunkt ernsthaft in Erwägung gezogen, Russland in die „Sicherheitsstruktur“ der NATO-Mitgliedsstaaten einzubinden. So erklärte einer ihrer einflussreichsten Repräsentanten, der US-Geopolitiker Zbigniew Brzezinski jüngst vor dem US-Kongress, dass Russland auch die Hauptstädte Estlands und Lettlands erobern wolle. Daher sei es nach seiner Diktion zwingend erforderlich, dass der Westen weitere Truppen in diese Regionen entsenden sollte, um Russland militärisch Einhalt zu gebieten. Diese und viele weiterer Äußerungen und Veröffentlichungen von ihm und Gleichgesinnten verfolgen die, aus den Strategiepapieren der US-Regierung/Militär definierten Zielkoordinaten und erzeugen ganz bewusst Misstrauen und Hass gegen Russland/Putin mit verheerenden globalen Konsequenzen. Die Europäer sind von dieser Politik der Sanktionen wirtschaftlich massiv betroffen; im Gegensatz zu den USA, die lediglich ein vergleichbar geringes Handelsaufkommen mit Russland unterhalten, jedoch nachweislich von der Sanktionspolitik profitieren, indem sie ihren Handel mit Russland intensivieren, wie bereits in der Vergangenheit mit dem Iran.

Die aktuelle Entwicklung – insbesondere auf den Devisenmärkten – zeigt auf, dass der Euro im Rahmen eines bereits länger währenden Währungskrieges durch die aktuell innereuropäischen Konflikte mit seinen wirtschaftlichen Folgen/Konsequenzen weiterhin an Stabilität verliert.

Brzezińskis Publikationen zu diesem Thema haben mit der objektiven Realität nur wenig gemein und weisen ein fundamentales Unverständnis über die Ursachen und Entwicklungen auf unserem Planeten auf. Sie sind dennoch gefährlich, da sie maßgeblich auch aktuell die Außenpolitik der USA mitbestimmt und deren Ziele hegemonialer Großmachtspolitik definiert.

Auf der 43. Münchener Sicherheitskonferenz 2007 war es Wladimir Putin, der die NATO-Ost-Erweiterung als einen provozierenden Faktor bezeichnete und gleichzeitig die aktuelle Situation auf unserem Planeten aus russischer Sicht unter Verweis auf die eigenen Sicherheitsinteressen darstellte und darauf aufmerksam machte, dass sich Russland adäquate Reaktionen hierauf vorbehält.

Über Jahre hinweg wurde auch in der Bundesrepublik offiziell das geplante und in der Entstehung befindliche und nunmehr bereits in wesentlichen Segmenten errichtete Raketenabwehrschild in Europa als eine Reaktion auf die Bedrohung - ausgehend vom Iran - öffentlich befürwortet/begründet. Dies, obwohl bekannt war, dass der Iran von der Mehrzahl seiner Nachbarstaaten als auch dem Seeweg von US-amerikanischen Einheiten und ihren Verbündeten eingekreist ist und schon allein der Versuch einer militärischen Konfrontation mit Israel oder Saudi-Arabien oder anderen Anrainerstaaten eine massive militärische Vergeltung zur Folge hätte. Hinzu kommt, dass der Iran lediglich über Mittelstreckenraketen mit einer Reichweite von maximal 2.000 Km verfügt (Der BND hatte bereits in den 80-ziger Jahren vor dem Bau einer iranischen Atombombe – damals betrug das vermeintliche Zeitfenster nur wenige Monate – gewarnt.)

In einer richtungsweisenden Ansprache am 23.11.2011 im russischen Staatsfernsehen hat der damalige Präsident Dimitrie Medwedew die USA und ihre NATO-Bündnispartner zum weiteren Dialog aufgefordert und darauf hingewiesen, dass Russland den tatsächlichen Entwicklungen der Umsetzung des Raketenabwehrprogramms in jeder seiner Stufen beurteilen wird. Die wesentlichen Passagen der Ansprache sind aus der **Anlage 1** zu entnehmen

Auf Erklärungen zu den Sicherheitsbedenken/ -interessen der russischen Militärführung, des russischen Außenministeriums und einer Vielzahl hochrangiger russischer Politiker wird ausdrücklich verwiesen.

Mehrfach haben hochrangige Vertreter Russlands u.a. Präsident Putin – aufgrund der sich verschärfenden geopolitischen Situation/Konfrontation für Russland und befreundeter Staaten - unmissverständlich klargelegt, dass auf diese Entwicklungen mit angemessenen Schritten reagiert werden wird, um die Sicherheit Russlands und seiner Verbündeten allumfassend zu gewährleisten.

Am 15. bis 17. April 2015 fand in Moskau eine Konferenz zur internationalen Sicherheit statt.

Hieran nahmen zivile und militärische Vertreter aus mehr als 70 Staaten teil. Die allgemeine These einer umfassenden internationalen Isolierung Russlands aufgrund der verhängten Sanktionen im Rahmen der Ereignisse in der Ukraine ist somit widerlegt.

Themenschwerpunkt der Moskauer Konferenz war u.a. das „Transatlantische Sicherheitsproblem“.

Diese Konferenz gilt als Gegenpart zur Münchener Sicherheitskonferenz, wobei in Moskau Sicherheitsprobleme erörtert wurden für all die Staaten, die nicht Mitglied der NATO sind (primär der Staaten im Mittleren Osten, im asiatisch-pazifischen Raum, Südamerika, Südafrika usw.).

Mit Besorgnis werden der Konfrontationskurs der USA und seiner Verbündeten und die seit Jahren im Untergrund vorbereiteten und entsprechend der „geostrategischen Notwendigkeit“ aus der Sicht der USA initiierten „Bunten Revolutionen“ in einer Vielzahl von Staaten, u.a. auf dem Euro-Maidan, mit dem Ziel eines Machtwechsels im Interesse ihrer Initiatoren/Förderer betrachtet.

Außenminister Lawrow warnt in stetiger Regelmäßigkeit vor einer globalen Eskalation, die ihren Ursprung auch in der Missachtung der Sicherheitsinteressen der USA und der NATO-Mitgliedstaaten gegenüber einer Vielzahl von Staaten hat und der fehlenden Bereitschaft zu einem konstruktiven Dialog, der die Interessen aller beteiligten Staaten berücksichtigt (Friedliche Koexistenz).

S. K. Schoigu führte als russische Verteidigungsminister im Rahmen dieser Konferenz mehr als 10 bilaterale Gespräche mit ausländischen Verteidigungsministern und Militärs, u.a. mit dem serbischen Verteidigungsminister Bratislav Gasic`.

Der Verteidigungsminister Kasachstans Imanghi Tasmaghambetow und sein russischer Amtskollege gaben während der Konferenz bekannt, dass mit dem Aufbau eines gemeinsamen kasachisch-russischen Verteidigungssystems begonnen wurde. Primär geht es um die gemeinsame Verteidigung des Luftraums der Mitgliedstaaten, der Organisation des Vertrages über kollektive Sicherheit. Bekanntlich haben weitere Staaten ein fundamentales Interesse an einer Mitgliedschaft in dieser Organisation.

Der iranische Verteidigungsminister Hosein Dehqan stellte in den Mittelpunkt seiner Ausführungen die Notwendigkeit, dass sich China, Indien und Russland gemeinsam mit dem Iran der Osterweiterung der NATO und der Bedrohung der internationalen Sicherheit – ausgehend von dem US-amerikanischen Raketenabwehrschild – positionieren müssen.

Gleichzeitig wurde bekannt, dass der Iran und Russland eine gemeinsame Strategie gegen den Herrschaftsanspruch der USA verfolgen. Das aktuelle Atomabkommen mit dem Iran, den USA und anderen Beteiligten wird keine grundlegende Änderung der bestehenden (auch aufgrund der geschichtlichen Erfahrung seit dem Sturz M. Mossadeghs) Sichtweise herbeiführen.

Vereinbart wurde, dass China, Russland und der Iran sich zeitnah zu einem Dreiergipfel treffen, um eine umfassende - nunmehr auch militärische - Zusammenarbeit gegen die von der USA und der NATO verfolgte Politik der Expansion und Konfrontation zu intensivieren/auszubauen. In diesem Kontext steht auch die aktuelle Ankündigung Russlands der nunmehrigen Lieferung des russischen S-300 Luftverteidigungssystems an den Iran (das von Russland einseitig auf Eis gelegt wurde in der Hoffnung, dass sich die Beziehung zwischen Russland und den NATO-Mitgliedstaaten u.a. aufgrund dessen entspannt).

Von historischer Bedeutung sind die Ausführungen des chinesischen Verteidigungsministers Chang Wanquan während der Tagung in Moskau, der übereinstimmend mit dem russischen Verteidigungsminister betonte, dass die militärische Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten absoluten Vorrang hat.

Die Repräsentanten der Teilnehmerstaaten erklärten einmütig, dass sich die geopolitische Lage in absehbarer Zeit sehr grundlegend verändern wird, aufgrund der getroffenen bi- und multilateralen Übereinkünfte zwischen den bereits benannten Teilnehmerstaaten.

Diese Tatsachen müssen jedem einzelnen von Ihnen bewusst sein, um die Gefahren der aktuellen geopolitischen Situation – gerade in Hinblick auf die Entscheidungen gegenüber Russland, der Ukraine, China, Syrien und den Iran betreffend – zu erkennen/einzuordnen.

Russland, China und der Iran sehen das Raketenabwehrschild der USA und der NATO als ein offensives und nicht - wie gebetsmühlenartig von der westlichen Presse propagiert - als defensives Waffensystem an.

Alle Teilnehmerstaaten der Konferenz in Moskau betrachten – und dies zu Recht - das Raketenabwehrschild als eine existentielle Bedrohung für ihre Staaten an. Es ist für Russland, China und den Iran und der Mehrzahl aller eurasischen Staaten eine Tatsache/keine Mutmaßung, dass das „Raketenabwehrschild“ und das stetige Vorrücken der NATO an ihre Grenzen eine existenzielle Bedrohung darstellt.

Es gibt keinen Dissens zwischen den vorgenannten Staaten, dass das geostrategische Ziel der USA und ihrer Bündnispartner in militärischer Hinsicht darin besteht, einen Enthauptungsschlag führen zu können, der es dem militärischen Gegner unmöglich macht, einen adäquaten Gegenschlag zu führen. Daher ist es nur Folgerichtig, dass von Weißrussland über Armenien bis zur Halbinsel Kamschatka die russischen Luftverteidigungssysteme S-300 und S-400 (es handelt sich hierbei um hochmoderne, mobile, treffsichere Raketenabwehrsysteme) bereits in Stellung gebracht wurden.

Es ist zwingend davon auszugehen, dass auch zukünftig auf die militärische Bedrohung der USA seitens Russlands und seiner Verbündeten adäquat militärisch reagiert wird. Von hoher Symbolik waren in diesem Zusammenhang die Feierlichkeiten zum 70. Jahrestag des Sieges im Großen Vaterländischen Krieg in Moskau als neben Einheiten der russischen Waffengattungen die Parade-Einheit der Streitkräfte der Republik Aserbaidschan, die Parade-Einheit des selbstständigen Wachregiments der Streitkräfte der Republik Armenien, die Parade-Einheit der 5. selbstständigen Sondereinsatzbrigade der Streitkräfte der Republik Weißrussland, Kursanten der Militärhochschule des Heeres der Republik Kasachstan, die Parade-Einheit der Nationalgarde der Republik Kirgisien, Soldaten des Verteidigungsministeriums der Republik Tadschikistan, eines der ältesten Regimenter seiner Streitkräfte – die Grenadiere Indiens, eine Abteilung des Regiments der staatlichen Ehrenwache der mongolischen Streitkräfte, eine Elite-Einheit der serbischen Armee und letztendlich eine Abteilung der Ehrenwache der Heeres-, der Marine- und der Luftstreitkräfte Chinas teilnahmen.

Eine objektive, unvoreingenommene Analyse der umfangreichen und unmissverständlichen Signale/Verhandlungsangebote aus Russland seit 2000 in Kenntnis der verheerenden Folgen kriegerischer Auseinandersetzungen gegen die Sowjetunion und der bereits mehrfach praktizierten Sanktions-/Embargopolitik lässt nur einen Schluss zu, dass die NATO-Ost-Erweiterung und die militärische Präsenz der USA und ihrer Verbündeten an den Grenzen

Russlands und nicht nur in Europa eine ernsthafte Bedrohung russischer Sicherheitsinteressen darstellt. Die Negierung russischer Sicherheitsinteressen war und ist ein fundamentales Problem in der Lageeinschätzung der Entscheidungsträger in den Mitgliedstaaten der NATO im Rahmen der eskalierenden aktuellen Konfrontation. Es war nur eine Frage der Zeit, bis Russland dieser expansiven Entwicklung Einhalt gebietet. Die Gegenreaktion der NATO ist verheerend und höchst gefährlich für den Weltfrieden.

Der wahrhaftige Geist der US-Amerikanischen „Eliten“ drückt sich u. a. in einer Rede des US-Präsident Obama vor Kadetten der US-Army in West Point am 28. Mai 2014 aus, in der er u. a. ausführt:

„Auf den meisten Gebieten sind die USA im Vergleich mit dem Rest der Welt stärker als jemals zuvor.... Das sollten Sie bedenken. Auch unser Militär ist allen überlegen.“

An anderer Stelle seiner Rede führt Obama aus:

„Ich glaube an die Einzigartigkeit der USA mit jeder Faser meines Seins. Was uns so einzigartig macht, ist aber nicht unsere Fähigkeit, uns über internationale Normen und das Recht hinwegsetzen zu können, es ist unser Wille, sie durch unser Handeln durchzusetzen.“

Es wäre fatal, diese und eine Vielzahl weiterer Erklärungen/Ausführungen amerikanischer Spitzenpolitiker und Militärs sowie Wirtschaftsmagnaten zu diesem Thema lediglich als patriotischen Überschwang/Rhetorik einzuordnen, sondern diese Rede des amerikanischen Präsidenten erfolgte zum einen vor den Führungskräften der US-Army und zum anderen drückt sich in ihr der absolute/globale Führungsanspruch der USA auf allen Ebenen – insbesondere der militärischen – aus.

Der aktuelle Prozess, hin zu einem Krieg im Herzen Europas und somit eines 3. Weltkrieges, wird von der aktuellen US-Administration und ihren konservativsten Kräften, die den Interessen des amerikanischen Volkes diametral entgegenstehen, massiv vorangetrieben. Hierfür sprechen u. a. folgende Fakten.

Einführend sei auf eine Rede des amerikanischen Vizepräsidenten Joe Bidens vom 03. Oktober 2014 verwiesen, in der er u.a. ausführte:

„Wir haben Putin vor die einfache Wahl gestellt: Respektieren Sie die Souveränität der Ukraine oder Sie werden sich steigender Konsequenzen gegenübersehen. Dadurch waren wir in der Lage, die größeren der entwickelten Staaten dazu zu bringen, dass Russland zahlen werde müsse. Es ist wahr, dass sie das nicht tun wollten. Aber wiederum war es die Führungsrolle Amerikas und die Tatsache, dass der Präsident der Vereinigten Staaten darauf bestanden hat – ja Europa des Öfteren fast sagen musste, dass ihre Haltung eine Schande sei – sich zu erheben und wirtschaftliche Nachteile einzustecken, um dafür zu sorgen, dass die Russen dafür bezahlen müssen. Und die Folgen waren eine massive Kapitalflucht aus Russland, ein regelrechtes Einfrieren von ausländischen Direktinvestitionen, der Rubel auf einem historischen Tiefststand gegenüber dem Dollar, und die russische Wirtschaft an der Kippe zu einer Rezession.“

In einer Fernsehsendung am 3. Februar 2015 äußerte sich US-Präsident Obama in einem Interview mit CNN zu den Ereignissen der Ukraine sodann wie folgt.

"Janukowitsch flüchtete, nachdem wir eine Vereinbarung zur Machtübergabe in der Ukraine ausgehandelt hatten - (Janukowitsch then fleeing after we brokered a deal to transition power in Ukraine)".

Der amerikanische Präsident gibt somit indirekt die Beteiligung am Sturz des demokratisch gewählten Präsidenten Wiktor Janukowitsch zu.

Im November 2013 sprach sich Janukowitsch bekanntlich gegen eine Ratifizierung des Assoziierungsabkommens mit der EU aus und signalisierte eine Annäherung an den Wirtschaftsraum Russlands und seiner Vertragspartner.

Die Erklärung des Präsidenten der USA und seines Stellvertreters lassen erhebliche Zweifel an der öffentlichen Darstellung der Ereignisse auf dem Maidan und dem Abschuss eines malaysischen Passagierflugzeuges in der Ostukraine 2014 und weiterer Gräueltaten in diesem unerklärten Krieg gegen Russland aufkommen.

Flankiert werden diese Erklärungen von Statements des NATO-Oberbefehlshaber Philipp Breedlove und des NATO-Generalsekretärs Jens Stoltenberg und seines Vorgängers Anders Fogh Rasmussen. Der Grundtenor ist darauf ausgerichtet, die Gefahr - ausgehend von Russland - medienwirksam darzulegen mit dem Verweis, dass z.B. russische Panzer, russische Artillerie, russische Luftabwehrsysteme und russische Kampftruppen beim Einmarsch in die Ukraine gesichtet wurden. Auf die Vielzahl von Erklärung gleichen/ähnlichen Inhalts sei verwiesen.

IV.

Die aktuellen Ereignisse in der Ukraine sind richtungsweisend und gleichzeitig wurde eine Spirale des Wettrüstens, der Konfrontation und somit die Gefahr eines Weltkrieges - und nicht nur eines europäischen Krieges - neben den bereits verheerenden ökonomischen Auseinandersetzungen aufgrund von Wirtschaftssanktionen, dem Währungskrieg, verdeckter militärischer Aktionen durch den Einsatz von paramilitärischen Einheiten, privater Killerkommandos, eines umfassenden Einsatzes von Drohnen und eines Cyberkrieges auf ein höheres und gefährlicheres Level gehoben.

Zur Umsetzung der geostrategischen Ziele der USA hat ihr Repräsentantenhaus am 04. Dezember 2014 die H.Res. 758 verabschiedet. Es handelt sich um **die ultimative Kriegserklärung gegenüber Russland**, die eine entschiedene Verurteilung der Handlungen der Russischen Föderation unter ihrem Präsidenten Wladimir Putin, der (nach amerikanischem Verständnis) eine Politik der Aggression betreibt, die auf die politische und wirtschaftliche Unterdrückung der Nachbarstaaten ausgerichtet ist, zum Inhalt hat. Aufgrund der globalen Bedeutung mit all ihren Konsequenzen wird die H.Res. 758 an dieser Stelle vollständig wiedergegeben und auf die unannehmbaren Forderungen gegenüber Russland explizit hingewiesen.

„Das Repräsentantenhaus

(1) unterstützt entschieden die Bemühungen des Präsidenten Poroschenko und des ukrainischen Volkes um einen dauerhaften Frieden in ihrem Land, der den vollständigen Abzug der russischen Streitkräfte vom Territorium der Ukraine, die Wiederherstellung der international anerkannten Grenzen der Ukraine und die Entwaffnung der separatistischen und paramilitärischen Kräfte in der Ostukraine einschließt und eine Politik ermöglicht, die der Russischen

- Föderation die Möglichkeit nimmt, die Einschränkung der Energielieferungen und Handelshemmnisse als Waffen zu benutzen, um wirtschaftlichen und politischen Druck auszuüben und sich in die inneren Angelegenheit der Ukraine einzumischen,*
- (2) *bestätigt das Recht der Ukraine, Georgiens, Moldawiens und aller anderen Staaten auf die Wahrnehmung ihrer Souveränität innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen – ohne Interventionen aus dem Ausland – und ihr Recht auf eine eigene Außenpolitik, die den Interessen ihrer Völker am besten dient,*
 - (3) *verurteilt die politische, wirtschaftliche und militärische Aggression gegen die Ukraine, Georgien und Moldawien, die ständig von der Russischen Föderation ausgeht, sowie die ständige Verletzung der Souveränität, Unabhängigkeit und territorialen Integrität dieser Staaten,*
 - (4) *stellt fest, dass das militärische Eingreifen der Russischen Föderation in der Ukraine (A) die Bestimmungen der UN-Charta bricht, (B) alle 10 Prinzipien der Schlussakte von Helsinki aus dem Jahr 1975 verletzt, (C) gegen das Budapester Memorandum von 1994 verstößt, in dem sich die Russische Föderation verpflichtet hat, die Unabhängigkeit, Souveränität und die bestehenden Grenzen der Ukraine zu respektieren und auf gewaltsame Eingriffe in die territoriale Integrität oder politische Unabhängigkeit der Ukraine zu verzichten und (D) den internationalen Frieden und die Sicherheit bedroht,*
 - (5) *fordert die Russische Föderation auf, die illegale Annexion der Krim rückgängig zu machen, die Unterstützung der Separatisten auf der Krim zu beenden und ihre Streitkräfte zurückzuziehen – außer denjenigen, die sich nach dem 1992 geschlossenen Abkommen über die Stationierung der russischen Schwarzmehrflotte auf dem Territorium der Ukraine dort aufhalten dürfen,*
 - (6) *fordert den (US-)Präsidenten auf, darauf hinzuwirken, dass sich die US-Verbündeten und Partner in Europa und die anderen Staaten der Welt weigern, irgendwelche Ansprüche der Russischen Föderation auf die Krim, ihren Luftraum oder auf die sie umgebenden Gewässer de facto oder de jure anzuerkennen,*
 - (7) *fordert die Russische Föderation auf, ihre sämtlichen Truppen mitsamt ihrer militärischen Ausrüstung vom Territorium der Ukraine, Georgiens und Moldawiens zu entfernen und ihre politische, militärische und wirtschaftliche Hilfe für separatistische Kräfte zu beenden,*
 - (8) *fordert die Russische Föderation und die von ihr unterstützten und kontrollierten Separatisten in der Ukraine auf, ihre Verstöße gegen die am 5. September 2014 in Minsk vereinbarte Waffenruhe zu beenden,*
 - (9) *fordert den (US-)Präsidenten auf, gemeinsam mit den US-Verbündeten und Partnern in Europa und anderen Staaten auf der ganzen Welt Einreiseverbote, die Blockierung von Konten bei ausländischen Banken, gezielte Sanktionen und andere Maßnahmen gegen die Russische Föderation und ihre Führung zu verhängen, mit der Absicht, damit die Verletzung der Souveränität und der territorialen Integrität der Ukraine zu beenden, sowie den Abzug der russischen Truppen samt ihrer Ausrüstung von ukrainischem Territorium durchzusetzen und die Unterstützung separatistischer und paramilitärischer Kräfte zu stoppen,*
 - (10) *fordert den (US-)Präsidenten auf, die Regierung der Ukraine mit tödlichen Waffen und sonstiger militärischer Ausrüstung zu beliefern und*

- sie bei der Ausbildung ihrer Truppen und auch sonst zu unterstützen, damit sie ihr Territorium und ihre Souveränität effektiv verteidigen kann,*
- (11) *fordert den (US-)Präsidenten auf, die Regierung der Ukraine rechtzeitig mit geeigneten geheimdienstlichen Erkenntnissen und anderen relevanten Informationen zu versorgen, damit sie ihr Territorium und ihre Souveränität verteidigen kann,*
- (12) *fordert die US-Verbündeten in der North Atlantic Treaty Organization / NATO sowie die anderen US-Partner in Europa und in der ganzen Welt auf, die militärische Zusammenarbeit mit Russland einzustellen und den Verkauf tödlicher und nichttödlicher militärischer Ausrüstung an die russische Regierung zu verbieten,*
- (13) *versichert, dass die USA ihren Verpflichtungen aus dem NATO-Vertrag und insbesondere aus dessen Artikel 5 nachkommen werden und fordert alle Mitgliedsstaaten auf, auch ihren vollen finanziellen Beitrag zur Sicherung der kollektiven Verteidigungsbereitschaft zu leisten,*
- (14) *drängt den (US-)Präsidenten, in Abstimmung mit dem Kongress den Zustand und die Einsatzbereitschaft der US-Streitkräfte und der Streitkräfte der anderen NATO-Staaten zu überprüfen und festzustellen, ob deren Beiträge und Aktivitäten ausreichen, um den aus Artikel 5 erwachsenden Verpflichtungen zur kollektiven Verteidigung gerecht zu werden, und dafür Sorge zu tragen, dass eventuelle Mängel abgestellt werden,*
- (15) *begrüßt die Entscheidung Frankreichs, die Auslieferung der Hubschrauberträger der Mistral-Klasse an die Russische Föderation auf unbestimmte Zeit auszusetzen, und fordert die Regierungen der USA, Frankreichs und anderer Partner sowie die NATO auf, darüber zu beraten, ob diese Schiffe angekauft werden können, um ihre Auslieferung an die Russische Föderation zu verhindern,*
- (16) *drängt den (US-)Präsidenten, der Russischen Föderation öffentlich vorzuwerfen, dass sie ihren Verpflichtungen aus dem INF-Vertrag über nukleare Mittelstreckenraketen nicht nachkommt, und alles zu unternehmen, damit sie diese Verpflichtungen einhält,*
- (17) *drängt den (US-)Präsidenten, gemeinsam mit den Asiaten, Europäern und anderen Verbündeten eine umfassende Strategie zu entwickeln, um sicherzustellen, dass die Russische Föderation keine Vorteile aus der Entwicklung militärischer Systeme ziehen kann, die den INF Vertrag verletzen,*
- (18) *hält die Stationierung russischer Atomwaffen auf ukrainischem Territorium für eine destabilisierende Provokation,*
- (19) *fordert die Ukraine und andere Staaten auf, sich um Alternativen in der Energieversorgung zu bemühen, um der Russischen Föderation die Möglichkeit zu nehmen, ihre Energielieferungen als Mittel zur Ausübung politischen oder wirtschaftlichen Drucks einzusetzen, die Erdgasströme nach Westeuropa umzukehren und mehr Flüssiggas aus den USA zu importieren, sowie die Energieausnutzung zu verbessern*
- (20) *fordert den (US-)Präsidenten und das US-Außenministerium auf, eine koordinierte Strategie zu entwickeln, um Staaten mit einem großen Anteil Russisch sprechender Bürger mit Informationen in russischer Sprache versorgen zu können, und deshalb vorhandene Sender wie die Voice of America und Radio Free Europe / Radio Liberty - RFE/RL besser zu nutzen, mit einheimischen Sendern anzustreben und dafür die Unterstützung regionaler Regierungen zu gewinnen,*

- (21) *fordert das US-Außenministerium auf, von seinen wichtigsten diplomatischen Vertretungen in Europa den politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Einfluss Russlands und der staatlich finanzierten russischen Medien bewerten zu lassen und in Zusammenarbeit mit den Regierungen der europäischen Länder geeignete Gegenmaßnahmen zu ergreifen,*
- (22) *fordert die Russische Föderation auf, ihre Unterstützung für das Assad-Regime in Syrien einzustellen,*
- (23) *drängt den (US-)Präsidenten, die Russische Föderation öffentlich und in Gesprächen aufzufordern, ihr destruktives Verhalten bei Begegnungen ihrer Vertreter mit Vertretern der USA aufzugeben,*
- (24) *fordert die Russische Föderation auf, sich um für beide Seiten vorteilhafte Beziehungen zu den USA zu bemühen, die auf der Respektierung der Unabhängigkeit und Souveränität aller Staaten und deren Recht beruht, ihre Zukunft – einschließlich ihrer Beziehungen zu anderen Nationen und internationalen Organisationen – ohne Einmischung, Einschüchterung oder von anderen Staaten ausgeübtem Zwang frei ausüben zu können und*
- (25) *fordert die Wiederherstellung enger und kooperativer Beziehungen zwischen den Völkern der USA und der Russischen Föderation, die auf dem gemeinsamen Streben nach Demokratie und Frieden für alle Staaten und der Respektierung der Menschenrechte beruhen.“*

Dem Gesetz des Repräsentantenhauses der USA H.Res. 758 folgte am 03. April 2015 das Gesetz Nr. 2541 der Ukraine, das auf die Ausrufung des Kriegsrechts in naher Zukunft schließen lässt. Dieses Gesetz wird in wesentlichen Aussagen aufgrund seiner Bedeutung für die weitere Entwicklung in der Ukraine und den hiermit verbundenen globalen Konsequenzen stichpunktartig wiedergegeben.

Das Gesetz Nr. 2541 hat u.a. zum Inhalt

- einen verstärkten Schutz wichtiger Objekte der nationalen Wirtschaft.
- die Einführung der **Arbeitsdienstpflicht** für Nichtbehinderte
- **die Enteignung** von privaten oder kommunalen Eigentum für die Bedürfnisse des Staates unter Kriegsrecht und Einsatz für die Verteidigung,
- **das Verbot von friedlichen (!) Versammlungen**, Kundgebungen, Märsche und Demonstrationen und anderen Veranstaltungen
- die **umfassende Zensur**, die sich auch auf das **Verbot von ausländischen Sendern** bezieht.
- **Ausgangssperren** (Verbot des Aufenthalts zu einer bestimmten Tageszeit auf den Straßen und in anderen öffentlichen Orten ohne spezielle Genehmigungen und Bescheinigungen),
- **die Beschränkung von Ein- und Ausreise**, die Freizügigkeit von Bürgern, Ausländern, Staatenlosen und des Fahrzeugverkehrs
- **das Verbot oder die Beschränkung des Aufenthalts- oder Wohnortes** der Bürger,
- **die Durchsuchung/Kontrolle** der Dokumente der Bürger, und deren Sachen, Fahrzeuge, Gepäck und Fracht, und Häuser,
- die Sonderregelung für die Herstellung und den Verkauf bestimmter Medikamente/ Suchtstoffe
- die Beschlagnahme der Schusswaffen und Munition von Bürgern und Institutionen/ Organisationen, militärischer Ausrüstung, Sprengstoffe, radioaktive und chemischer Stoffe und Materialien und Gifte,

- **das Verbot, den Wohnort ohne die Erlaubnis des Militärs** oder des Geheimdienstes zu wechseln, soweit man für den Dienst in Militär oder Geheimdienst gelistet ist,
- **die Beschlagnahme von privatem Wohnraum** für Unterbringung von Angehörigen von Militär, Polizei, Einheiten, Dienststellen und Einrichtungen;
- verschiedene Versorgungs- und Evakuierungsmaßnahmen und Ermächtigungen
- **die Absetzung der Leiter von Unternehmen/Institutionen** wegen „mangelhafter Pflichterfüllung“
- zusätzliche Maßnahmen zum Schutz von Staatsgeheimnissen
- **die Einrichtung von Internierungslagern für Bürger von Ländern, die eine „Aggression gegen die Ukraine“ androhen oder ausführen.**

Nachfolgend hat das ukrainische Parlament (Rada) am 04. Juni 2015 das Gesetz Nr. 2953 verabschiedet, welches auch den Kriegseinsatz und Militäroperationen ausländischer Armeen auf ukrainischen Staatsterritorium autorisiert. Entsprechende Vollmachten hierfür wurden dem ukrainischen Präsidenten per Gesetz erteilt. Wahrheitswidrige Aussagen Poroschenkos, dass zurzeit 14 russische Bataillone mit mehr als 9000 russischen Soldaten auf dem Territorium der Ostukraine operieren, bestätigen, dass das Spiel mit dem Feuer ein Maß erreicht hat, das alle friedensliebenden Kräfte auf unserem Planeten wachrütteln muss.

Die vorgenannten Gesetze sind als eine Einheit zu betrachten in Umsetzung der konkreten Ziele der USA und ihre prowestlichen/faschistischen Helfershelfer in der Ukraine.

Die konsequente Umsetzung dieser Politik der Konfrontation und des Krieges gegenüber Russland und seinen Verbündeten sei an einigen aktuellen Beispielen aufgezeigt.

Unmittelbar nach den Ereignissen auf dem Maidan und der Krim wurde eine Vielzahl von antirussischen/militärischen/ökonomischen/informellen Maßnahmen seitens der USA ergriffen, um die Beziehungen zwischen Russland und der EU gezielt einzuschränken. Im April 2015 hat der Verteidigungs-Ausschuss des US-Kongresses in Umsetzung der H.Res 758 eine massive Militärhilfe für die Ukraine auf dem Weg gebracht. Waffen und technisches Gerät in einem Wert von offiziell 200 Millionen US-Dollars wurden bereitgestellt, auch zum Erwerb/Lieferung von tödlichen Präzessionswaffen aus den Waffenschmieden der USA und anderer NATO-Mitgliedstaaten (ein Konjunkturprogramm für den militärisch-industriellen Komplex zu Lasten der amerikanischen Steuerzahler). Zwischenzeitlich werden im großen Maßstab seitens der USA hochmoderne Waffen an die ukrainische Armee geliefert. Hierzu gehören Humvee-Geländewagen (230), Kampfdrohnen, Schutzwesten, Nachtsichtgeräte, Radarsysteme, Panzerfäuste usw. Trotz des drohenden Staatsbankrotts erwirbt die Ukraine mit der finanziellen Unterstützung des IWFs und der EU in Milliardenhöhe hochmoderne Waffen in den Vereinigten Arabischen Emiraten, den USA und mehreren westeuropäischen Staaten. Die Wunschliste der Kiewer Regierung scheint diesbezüglich grenzenlos.

Folgende vorrangig militärische Maßnahmen sah die USA/NATO als „notwendig“ an, um nach ihrem Verständnis den Konflikt in der Ukraine einer Lösung in ihrem Sinne zuzuführen.

- Am 10. April 2014 folgten dem US-Lenkwaffenzerstörer „Donald Cook“, der im Schwarzen Meer patrouillierte, 2. US-Zerstörer
- Der US-Zerstörer „Truxtun“ nahm an einem Manöver Bulgariens und Rumäniens teil. (Der Einsatz eines Schiffsverbandes der USA im Schwarzen Meer stellt eine eindeutige Verletzung des Vertrages von Montreux dar.)

- Am 20. Mai 2014 forderte US-Vizepräsident Joe Biden eine verstärkte militärische Präsenz an der Ostflanke Russlands und dies zu Wasser, zu Lande und in der Luft und kündigte einen umfangreichen Aktionsplan für das Schwarze Meer an.
- Bei Manövern in der Schwarzmeerregion kamen u. a. im Rahmen der durchgeführten Luftwaffenübungen mehrfach F16 Kampffjets zum Einsatz.
- Am 08. Januar 2015 wurden durch den US-Verteidigungsminister die Ergebnisse der European Infrastructure Consolidation Review / EIC (der Untersuchung zur Verdichtung der US-Streitkräfte in Europa) vorgelegt, die auch mehrere Veränderungen bei den U.S. Air Forces in Europa und den Air Forces Africa / USAFE-AFAFRICA einfordert (deren Hauptquartier sich auf der US Air Base Ramstein befindet). Laut dieser Studie wird das Pentagon die 606 h Air Control Squadron / ACS von der Air Base Spangdahlem in Deutschland auf die Air Base Aviano in Italien verlegen, um in Spangdahlem die Voraussetzungen für die Aufnahme der 352nd Special Operations Group zu schaffen, die aktuell noch auf dem Flugplatz Mildenhall der Royal Air Force in Großbritannien stationiert ist. Die 352 nd Special Operations Group / SOG ist die Luftkomponente des Special Operations Command im EUCOM. **Im Auftrag des Kommandeurs des Special Operations Command Europe (in Stuttgart-Vaihingen) ist die Gruppe zuständig für die Planung und Durchführung von Spezialoperationen; unter Einsatz spezieller Flugzeuge, Taktiken und Luftbetankungstechniken transportiert und versorgt sie militärische Einsatzkommandos.** Diese Einheiten können auch Hubschrauber und Kipprotorflugzeuge in der Luft betanken und Wettervorhersagen für Spezialoperationen erstellen. Die Einheit besteht aus fünf Squadrons und verfügt über zwei verschiedene Versionen des Flugzeugtyps MC-130 und das Kipprotorflugzeug CV-22 Osprey (Fischadler)
- **Die landgestützten Atomraketen der US Air Force des Typs Minuteman 3. (Intercontinental Ballistic Missiles / ICBMs - interkontinentale ballistische Raketen, Interkontinentalrakete) werden im Eiltempo modernisiert. Es handelt sich hierbei um Atomwaffen, die über eine globale Reichweite verfügen.**
- Generalleutnant Ben Hodges, der Chef der US Army Europe / USAREUR (in Wiesbaden), hatte bereits am 21. Januar 2015 angekündigt, im Frühjahr ein Kontingent US-Soldaten in die Ukraine zu entsenden, das vier Kompanien der Nationalgarde der Ukraine / NGU trainieren wird. Die genaue Anzahl der US-Soldaten, die auf dem Truppenübungsplatz Jaworiw in der Nähe der im Westen der Ukraine gelegenen Stadt Lwiw zum Einsatz kommen werden (Lemberg; einer Hochburg faschistischer Gruppierungen in der Ukraine), war zum Zeitpunkt der Niederschrift dieses Anschreibens an Sie noch nicht festgelegt. Pentagon-Sprecherin Lt. Col. Vanessa Hillman äußerte sich im Januar 2015 gegenüber Defense News, dass der Trainingseinsatz im Rahmen eines Maßnahmenbündels des US-Außenministeriums "zur Stärkung der ukrainischen Polizeikräfte, der Wahrung der inneren Sicherheit und der Durchsetzung des Rechts" erfolgt. Die Obama-Regierung hatte bis zu diesem Zeitpunkt bereits 19 Millionen Dollar aus dem Global Security Contingency Fund für den Aufbau und das Training der NGU zur Verfügung gestellt.

- Zur Sicherung des EUCOM-Befehlsbereiches (mit Sitz in der BRD) verlegte die US Air Force im Rahmen der Operation Atlantic Resolve Kampfjets vom Typ A-10 Thunderbolt auf die US Air Base Spangdahlem in Deutschland. Mit den 12 A-10 und der benötigten Ausrüstung werden auch etwa 300 US-Soldaten, die zum 355 th Fighter Wing (Kampfgeschwader) auf der Davis-Monthan Air Force Base in Arizona gehören, in Deutschland stationiert. Vom Hoheitsgebiet der BRD aus werden diese Militärflugzeuge auch auf Flugplätzen der osteuropäischen NATO-Staaten „vorübergehend“ stationiert.
- Am 02.02.2015 wurde ein von acht ehemaligen führenden US-Offiziellen verfasster Report "Preserving Ukraine's Independence, Resisting Russian Aggression: What the United States and NATO Must Do" veröffentlicht mit dem Inhalt/der Zielstellung die Unabhängigkeit der Ukraine zu bewahren und der russischen Aggression zu widerstehen. Der Report beschäftigt sich mit den Fragen, wie die USA und die NATO reagieren müssen, um eine breit angelegte politische Debatte über die Ukraine anzustoßen, in der die USA aufgefordert sind, der Ukraine für 3 Milliarden Dollar Defensivwaffen und sonstige Militärausrüstung zu liefern, darunter Panzerabwehr- raketen, Aufklärungsdrohnen, gepanzerte Humvees und Radarsysteme, mit denen sich die Stellungen „feindlicher“ Raketenwerfer und Geschütze aufspüren lassen. In dem Report wird u. a. auch gefordert: ***"Der Westen muss Russland von einer weiteren Großoffensive in der Ukraine abschrecken, indem er die Risiken für Moskau erhöht. Dazu muss Militärhilfe in weit größerem Umfang als bisher geleistet werden, auch durch die Lieferung von Defensivwaffen, die zum Töten geeignet sind."***
- Anfang Februar 2015 war in der New York Times zu lesen, dass aufgrund der Rückschläge der ukrainischen Armee und ihrer faschistischen Milizen im Zuge der jüngsten Offensive gegen prorussische separatistische Kräfte in der Ostukraine, die Obama-Regierung direkte Waffenlieferungen an das von der NATO gestützte Regime in Kiew favorisiere. **In dem Artikel der New York Times wird ein Report zitiert, der gemeinsam von der Brookings Institution, dem Atlantic Council und dem Chicago Council on Global Affairs erarbeitet und dem Präsidenten Obama übergeben wurde, in dem empfohlen wird, den Krieg in der Ukraine zu eskalieren.** Nach Informationen der New York Times nähern sich führende US-Offizielle den in dem Report erhobenen Forderungen immer weiter an. Der NATO-Oberkommandierende General Philip M. Breedlove, Verteidigungsminister Chuck Hagel, US-Außenminister John Kerry und US-Generalstabschef Martin Dempsey haben sich für direkte Waffenlieferungen an Kiew ausgesprochen. Gleiches gilt für die Nationale Sicherheitsberaterin Susan Rice und US-Präsident Obama und dies trotz der Tatsache, dass der **Generalstab der ukrainischen Streitkräfte Ende Januar 2015 eingestanden hat, dass keine regulären Truppen Russlands am militärischen Konflikt im Osten der Ukraine beteiligt sind.** Zuvor hatten ukrainische und westliche Politiker/Medien Russland wiederholt beschuldigt, mit Truppen in der Ost-Ukraine einmarschiert zu sein. Auf der Seite der Volksmilizen in den Gebieten Donezk und Lugansk kämpfen zwar "einige" Russen, jedoch keine regulären russischen Truppen, wie der ukrainische Generalstabschef Viktor Muschenko mitteilte. "Wir haben einige Fakten, dass einzelne Soldaten der russischen Streitkräfte und russische Staatsbürger im Bestand der illegalen bewaffneten Formationen an den Kampfhandlungen teilnehmen", sagte Muschenko. **"Wir führen aber keine Kämpfe mit Einheiten der regulären russischen Armee"**.

- Auch das US-Außenministerium hatte bisher keinen Beweis dafür, ob und gegebenenfalls wie viele russische Militärs sich auf dem Territorium der Ukraine aufhalten könnten. Dies teilte Ministeriumssprecherin Jen Psaki im Januar 2015 auf einer Pressekonferenz in Washington mit. Auf Bitte von Journalisten, Stellung zur jüngsten Erklärung des ukrainischen Präsidenten Pjotr Poroschenko zu nehmen, wonach Russland bis zu 9.000 Soldaten in das Nachbarland eingeschleust habe, erklärte Psaki, sie könne keine konkrete Zahl belegen. ***"Wir haben Meldungen gelesen, dass Russland zwei taktische Bataillone in die Ukraine entsandt haben soll. Aber unabhängige Quellen können das bislang nicht belegen."***
- Die Spirale der Eskalation wird von einer Vielzahl von Manövern zur See und zu Lande der NATO massiv forciert. Vom 04. bis 20. Juni 2015 fand ein großes Nato-Seemanöver (BALTOPS) in der Ostseeregion statt, an dem Soldaten der US-Navy teilnahmen, in Summe 5.500 Soldaten und Offiziere aus 17 Staaten, u.a. aus Schweden, Finnland und Georgien (als Nicht-NATO-Mitgliedstaaten), 49 Schiffe und 61 Flugzeuge sowie 1 U-Boot. Das Zusammenwirken der Seestreitkräfte der teilnehmenden Nationen stand im Zusammenhang mit der Luftverteidigung, Abriegelung von Seestraßen und der Bekämpfung von feindlichen U-Booten.
- Russland wird mit steigender Tendenz medienwirksam als Aggressor dargestellt, der die Krim widerrechtlich annektiert, den Frieden in der Region untergräbt, den Krieg in der Ostukraine anzettelt, die Kämpfer der Donbass-Milizen mit Waffen modernster Bauart, mit Soldaten und Ausbildungsmaßnahmen unterstütze und des Weiteren mit der Anwendung von Gewalt droht, um seine strategischen Ziele nach Auffassung der westlichen Regierungen umzusetzen. In diesem Kontext erklärte sich erst am 28. Mai 2015 der stellvertretende NATO Generalsekretär A. Vershbow.
- Seit dem 11. September 2001 haben die USA in weiteren 38 Staaten Militärstützpunkte errichtet und ihr globales militärisches Netzwerk massiv – vorrangig in der Grenznähe Russlands - weiter ausgebaut. Es ist auch zukünftig zu erwarten, dass in Grenznähe Russlands und Chinas weitere US-Militärbasen – vorrangig im pazifischen Raum und in Osteuropa - errichtet werden. Ein Blick auf die Weltkarte, auf der alle Militärbasen markiert sind, bestätigt diese Tatsache sehr anschaulich. Vergleicht man die markierten ausländischen Militärbasen Russlands, Chinas und des Irans und weiterer ausgewählter Staaten mit denen der USA und anderer NATO-Mitgliedstaaten, so wird die US-amerikanische Dominanz mehr als deutlich.
- Erstmalig in der Geschichte der US-Armee wurden am 02. Mai 2015 14 Bradley-Schützenpanzer und begleitende Transportfahrzeuge an Bord einer Eisenbahnfähre von Varna (Bulgarien) über das Schwarze Meer zum Hafen Batumi in Georgien transportiert.
Hintergrund war ein Manöver („Noble Partner“), an dem Soldaten des 2. Bataillons des 7. Regiments der 3rd Infantry Division teilnahmen.
In diesem Zusammenhang sei darauf verwiesen, dass grundsätzlich alle diese Manöver über das Oberkommando von EUCOM in Deutschland befehligt/operativ begleitet werden.
- Der ukrainische Staatspräsident Poroschenko ernannte kürzlich den ehemaligen georgischen Präsidenten Michael Saakaschwili, der in seiner Heimat per Haftbefehl

wegen Unterschlagung und Amtsmissbrauch gesucht wird und in den USA lebt, zum Gouverneur der Region von Odessa.

Saakaschwili hat einen maßgeblichen Anteil daran, dass es im Sommer 2008 zu der militärischen Konfrontation/Auseinandersetzung zwischen Georgien und Russland kam.

Der von den USA „vorgeschlagene“ Gouverneur von Odessa hat ukrainische Soldaten und Wehrfähige aufgerufen, Soldaten im Dienste der ukrainischen Armee zu werden, um prorussische Separatisten in der Ostukraine zu bekämpfen. Erwähnenswert ist dieser Umstand zum einen, da diese Person auf Wunsch der USA Gouverneur der Region von Odessa wurde und diese eine wichtige geostrategische Lage/Bedeutung hat, u.a. für die Versorgung und den Schutz der Bevölkerung in Transnistrien (Moldavien) seitens Russlands. Die USA sind der Auffassung, dass Saakaschwili ein Garant dafür ist, ihre militärischen und ökonomischen Interessen in dieser Schlüsselregion auch mit Mitteln der militärischen Gewalt umzusetzen.

Es ist nur eine Frage der Zeit bis Russland zum Schutz seiner geostrategischen Interessen und der Interessen der mehrheitlich russischstämmigen Bevölkerung Transnistriens aufgrund der expansiven Politik der NATO/USA im Bündnis mit der Ukraine gegebenenfalls auch militärisch gezwungen wird, zu intervenieren.

- Der Verteidigungsminister der USA Ashton Carter kündigte vor wenigen Wochen an, dass ca. 1.000 Schützenpanzer, Artilleriesysteme und weitere Kampffahrzeuge und große Mengen Kriegsgerät in Zentral- und Osteuropa stationiert werden. Dies erfolgt stetig unter dem Deckmantel der Ausbildung lokaler Polizisten und Soldaten und militärischer Manöver. Die New York Times berichtete im ersten Halbjahr 2015, dass die USA erstmals seit dem Ende des kalten Krieges mehr als 1.200 Panzer u. a. Kampffahrzeuge in **Osteuropa** in Stellung bringen, um eine mögliche „russische Aggression“ zu stoppen.

Hinzu kommen die Truppenkontingente, die permanent aufgestockt werden, sowohl an der Nord- und Südflanke Europas und der Hauptstreitmacht der USA in West-/Mitteleuropa.

- Besorgniserregend ist darüber hinaus, eine der jüngsten Ankündigungen des Pentagons, das Nuklearwaffenarsenal der USA in einem beispiellosen Umfang (dem Größten seit dem Ende des sogenannten Kalten Krieges) zu modernisieren und mit modernsten Mehrsprengköpfen auszustatten. Die Anzahl der Atomsprengköpfe erhöht sich somit um ein Vielfaches, trotz der Beibehaltung der Anzahl der Trägerraketen. Dies gilt auch und insbesondere für das Atomwaffenarsenal der USA in Deutschland (Büchel) und Westeuropa. Das eingeplante Budget hierfür beziffert sich auf aktuell 60 Milliarden US-Dollar.

Alarmierend ist auch, dass an Manövern in den baltischen Staaten strategische Bomber teilnehmen, die in der Lage sind, Atomsprengköpfe an Bord mitzuführen. Es ist davon auszugehen, dass Meldungen in diesem Kontext sich in den nächsten Wochen/Monaten aufgrund unterschiedlichster Vorwände (Krieg in der Ukraine, Transnistrien, Südossetien und weiteren Staaten, die ehemals dem Verbund der Sowjetunion angehörten, oder unvorhersehbare Entwicklungen in Südeuropa, in Syrien, Irak, Jemen, Terroranschläge in Europa) häufen werden. Dies bestätigt die Luftwaffen-Staatssekretärin Deborah Lee James des Pentagon mit dem Verweis

darauf, dass die USA in Begriff sind, F-22-Kampffjets als mögliche Träger von Atomwaffen nach Europa zu verlegen. Ausgestattet sind die Kampffjets mit Tarnkappentechnik, die nur schwer von einem Radar erfasst werden können.

- Alle Waffengattungen der Bundeswehr sind in diese Spirale der Eskalation eingebunden. Erst jüngst wurde angeordnet, dass sie an zwei Militärübungen im Sommer 2015 in der Ukraine teilnimmt (Manöver „Rapid Trident“ und „Sea Breeze“). An dem Manöver „Rapid Trident“ (Dauer 11 Tage, ab 20. Juli 2015) nahmen ca. 1.800 Soldaten aus 18 Ländern im westukrainischen Jaworiw bei Lwiw teil. 2014 waren es noch 1.200 Soldaten. Das Manöver „Sea Breeze“ fand vom 31. August bis zum 12. September 2015 vor der ukrainischen Schwarzmeerküste statt. Sofern ein Sprecher der amerikanischen Streitkräfte in Europa betont, dass es sich um eine jährliche Routineübung handelt und nicht in Verbindung mit irgendwelchen tatsächlichen Weltereignissen steht, so sei darauf verwiesen, dass zu diesem Zeitpunkt das Potenzial für eine Eskalation zwischen der Ukraine und Russland erneut sehr hoch sein wird.

In dem Zeitraum vom 28. September 2015 bis 06. November 2015 wird laut Auskunft der Bundeswehr eine weitere NATO-Großübung in Italien, Portugal und Spanien und im angrenzenden Atlantik und Mittelmeergebieten stattfinden. Ca. 36.000 Soldaten und Soldatinnen werden hieran mit mehr als 130 Kampfflugzeugen, 60 Helikoptern, 60 Schiffen und U-Booten voraussichtlich aus allen NATO-Mitgliedstaaten und weiteren 7 Nationen als Beobachter beteiligt sein. Bundeswehr-Generalleutnant Roßmanith sprach davon, dass *„die gesamte Bandbreite der Handlungsmöglichkeiten und -fähigkeiten demonstriert werden, welche die NATO in die Lage versetzt“* entsprechende Wirkungen zu entfalten. Im Rahmen dieses Manövers nimmt die Bundeswehr in Vorbereitung, Planung und Führung eine besondere Stellung ein. Das multinationale Kommando „Operative Führung“ hat seinen Sitz in Ulm. Trident Juncture wird vom Deutschen Bundeswehrgeneral Domröse – Befehlshaber des „Joint Force Command Brunsum“ befehligt

Die Bundeswehr stellt ca. 3.000 Soldaten aus allen Teilstreitkräften und Organisationsbereichen u. a. einen Gefechtsverband der Gebirgstruppe, amphibische Pioniere sowie 2 Fregatten, ein Einsatztruppenversorger, mehrere Kampfschiffe und Boote, Lufttransport- und Luftbetankungsflugzeuge sowie Unterstützungskräfte der Streitkräftebasis und ein Sanitäts-Rettungszentrum usw.

Russland wurde pro forma als Beobachter eingeladen, jedoch wird anhand einer Aussage von Generalleutnant Roßmanith: „Sie werden uns so oder so beobachten, eingeladen oder nicht“ sehr deutlich, dass es hierbei um keine Geste der Annäherung und Verständigung geht, sondern um eine Machtdemonstration der Stärke.

- Mitte Juni 2015 konkretisierte der US-Verteidigungsminister Ashton Carter im Münster während eines Treffen der Verteidigungsministerien von Deutschland, Norwegen und den Niederlanden die Unterstützung für „die Speerspitze der NATO“, die im Rahmen der Umsetzung der Vereinbarung in Wales geschaffen wurde. Diese Elite-Einheit (Rapid Reaction Force) der NATO wird seitens der USA mit geheimdienstlichen Erkenntnissen, Überwachungskapazitäten, Transportflugzeugen, Bomber, Kampffjets, Lenkwaffenzerstörer, Spezialkräften, Überwachungskapazitäten und logistischer Unterstützung und weiterer militärischer Maßnahmen unterstützt. Die Elitetruppe wird mit Waffen, Überwachungssystemen und einer logistischen

Unterstützung in einem Grad gefördert, der anderen NATO-Staaten nicht zur Verfügung steht; ist jedoch gleichzeitig mit der Verpflichtung/Forderung verbunden, die Hauptlast an Bodentruppen zu stellen.

Jüngst gab der Verteidigungsminister der USA bekannt, dass er mit den NATO-Partnern Estland Gespräche führen wird, in denen es auch um die Lieferung von modernsten Waffensystemen geht. In Umsetzung befindet sich die Stationierung weiteren Militärgeräts in Polen mit dem Ziel, eine ganze US-Brigade allumfassend auszustatten. Nach dem Willen der USA wird umfassendes Militärgerät in Osteuropa dauerhaft stationiert. Wortwörtlich führte er in diesem Zusammenhang in Berlin aus: *„Wir wollen weder einen Kalten Krieg noch einen Heißen Krieg mit Russland. Wir wollen Russland nicht zum Feind abstempeln, um Missverständnisse zu vermeiden. Wir würden unsere Verbündeten schützen und die auf Regeln gegründete internationale Ordnung verteidigen, damit sie uns auch in Zukunft erhalten bleibt. **Deshalb werden wir allen russischen Versuchen entgegenzutreten, den Einflussbereich der untergegangenen Sowjetunion wiederherzustellen.**“* (Somit könnte der Bündnisfall auch für die Ukraine – Ostukraine, Krim -, Transnistrien, Kirgistan und allen ehemaligen Unionsrepubliken, d.h. um souveräne Staaten, die nicht der NATO oder EU angehören – auf welcher juristischen Grundlage auch immer/völkerrechtswidrig erklärt werden..)

- Laut eines internen Berichts des Chefs des US-Generalstabs Martin Dempsey, der am 04. Juni 2015 auszugsweise bekannt wurde, geht hervor, dass die USA/Pentagon erwägt Cruise Missiles mit Atomsprengköpfen in Europa erneut zu stationieren, aufgrund von Verstößen Russlands gegen den INF-Vertrag. Der britische Außenminister Philip Hammond reagierte sofort und signalisierte die Bereitschaft Großbritanniens US-Atomraketen auf seinem Territorium erneut stationieren zu lassen, obwohl erst 2006 der Abzug der Cruise Missiles abgeschlossen war. Jüngst hat sich auch die Bundeskanzlerin zur Stationierung von weiteren amerikanischen Atomraketen und der Modernisierung der Vorhandenen auf deutschem Territorium ausgesprochen, entgegen aller bisherigen Beteuerungen und Koalitionsvereinbarungen während ihrer Kanzlerschaft. Eine breite öffentliche Diskussion zu dieser existenziellen Frage ist unerwünscht und wird weder thematisiert noch nachvollziehbar begründet. Somit wird auch die Bundesrepublik in einen möglichen atomaren Schlagabtausch mit deutscher militärischer Beteiligung (deutsche Piloten werden in Büchel für Einsätze mit Atomraketen trainiert) einbezogen.

Der INF-Vertrag hat u.a. zum Inhalt, dass bodengestützte ballistische Raketen und Marschflugkörper mit einer Reichweite von 1000 – 5500 und von 500 – 1000 km in dem vereinbarten Umfang zu zerstören sind.

Der Verstoß Russlands gegen den INF-Vertrag besteht nach westlicher Auffassung darin, dass die taktischen Marschflugkörper R-500 russischer Bauart unter den INF-Vertrag fallen. Tatsächlich haben diese Raketen eine Reichweite von weniger als 500 km. Die neuen ballistischen interkontinentalen Atomraketen Russlands RS-26 haben jedoch eine Reichweite von über 5.500 km.

Diese an Korrektheit mangelnden Vorwürfe/Lügen reihen sich ein in eine umfassende Diskreditierung Russlands mit dem Ziel der Ablenkung und Durchsetzung eigener militärpolitischer Ambitionen und dem Versuch Russland daran zu hindern, Raketen zu entwickeln, die das US-Raketenabwehrschild eliminieren bzw. umgehen können.

Die USA unternimmt den untauglichen Versuch, von eigenen Verletzungen des INF-Vertrages abzulenken, da sie selbst neue Mittelstreckenraketen entwickelt, die unter den INF-Vertrag fallen, wie z.B. die Mittelstreckenrakete MRT-1 und die Langstreckenrakete LRALT mit einer Reichweite von ca. 2000 km. Aktuell ist die Stationierung von 24 landgestützten Marschflugkörpern mit Abschussvorrichtungen und zwar 2015 in Rumänien und 2018 in Polen (oder eher) geplant. Auch diese Marschflugkörper werden in das US-Raketenabwehrschild in Europa integriert.

Die exemplarischen Ausführungen bestätigen, dass die Kriegsgefahr in der gegenwärtigen Phase der geschichtlichen Entwicklung unserer Zivilisation nicht von Russland ausgeht, sondern zweifelsfrei von den USA und seinen Verbündeten.

Das gegen Russland und seine Verbündeten gerichtete aggressive militärische Vorgehen bleibt, wie an anderer Stelle noch auszuführen ist, nicht unbeantwortet. Der russische Präsident positionierte sich hierzu u. a. wie folgt: *„Wenn jemand unser Territorium bedroht, zwingt das uns dazu, unsere Streitkräfte gegen die Staaten in Stellung zu bringen, von denen diese Bedrohung ausgeht.“* Deutlicher kann die Botschaft an die USA und alle NATO-Mitgliedstaaten nicht sein. Die Staaten, die lediglich als Aufmarschgebiet für die Truppenkontingente der USA/NATO dienen, spielen nur eine untergeordnete Rolle. Putin erklärte sich zu den für Russland existenziellen Fragen wie folgt: *„Warum sollten wir das nicht tun? Es ist doch die von der USA beherrschte NATO, die sich unseren Grenzen immer mehr nähert. Wir bewegen uns nirgendwo hin. Ich will keine Angst schüren. Natürlich analysieren wir sehr genau alles, was um uns herum vorgeht; bis jetzt sehe ich noch nichts, was uns zu direkten Gegenmaßnahmen zwingen könnte. Wirklich beunruhigt uns nur der im Aufbau befindliche Raketenabwehrschild, weil er eine große strategische Bedeutung hat.“* Diese Lageeinschätzung des russischen Präsidenten könnte sich aufgrund der aktuellen und zukünftigen militärischen Konfrontation der USA und NATO an den russischen Grenzen sehr schnell verändern.

Putin und hochrangige Militärs Russlands haben aufgrund des stetig wachsenden Gefährdungspotentials erst jüngst die Beschaffung von 40 neuen Interkontinentalraketen für die russischen Atomstreitkräfte angekündigt, die auch durch die modernste Raketenabwehr der NATO nicht eliminiert werden können. Angekündigt wurde darüber hinaus, dass die Militärpräsenz entlang der Westgrenze Russlands erhöht und die strategische Westflanke verstärkt wird u. a. durch die Stationierung von taktischen Raketen des Typs Iskander und weiterer Truppenkontingente und Waffensysteme in Weißrussland sowie Kaliningrad. Diese militärischen Gegenmaßnahmen sind nur exemplarisch und könnten seitenweise fortgesetzt werden. Gleiches gilt auch für die Entwicklungen im Pazifik, da sich sowohl Russland als auch China und weitere Staaten massiv von den US-Streitkräften aller Waffengattungen bedroht fühlen.

Letztendlich ist die USA aufgrund ihrer desolaten Wirtschaftssituation und der Gefahr des Verlustes der Stellung des US-Dollars als Weltleitwährung sowie ihrer hegemonialen Bestrebungen gezwungen, alle Möglichkeiten zur Aufrechterhaltung ihrer monopolaren Stellung auf unseren Planeten zu aktivieren. Dies könnte nur für einen gewissen geschichtlichen Zeitraum gelingen, sofern ein dauerhafter weltweit geführter Krieg, der bereits 2001 begann, den Zufluss von Kapital/ Aufträgen für den militärisch-industriellen Komplex der USA und der amerikanischen Wirtschaft im allgemeinen ununterbrochen sichert/gewährleistet und der US-Dollar unangefochten weiterhin die Weltleitwährung bleibt bzw. die zukünftigen Wirtschaftsstrukturen der sogenannten neuen Weltordnung den

Grundsätzen ihrer geistigen Väter und Verfechter des angelsächsischen Raums und Westeuropas entsprechen.

Die Anzahl der Manöver, der Provokationen, der Desinformationen, der Sanktionen gegen Russland und zukünftig verstärkt gegen China wird nicht nachlassen, sondern eher zunehmen und die Befürchtung vieler Bürger bestätigen, dass wir nicht nur einem ökonomischen Desaster entgegensehen, sondern auch einem 3. Weltkrieg. Diese Einschätzung findet Bestätigung u. a. darin, dass nunmehr auch Kampffjets der Luftwaffe der Bundeswehr Seite an Seite mit US-Kampffjets und weiterer NATO-Mitgliedsstaaten, u. a. im Hoheitsgebiet der baltischen Staaten mit voller Kriegsbewaffnung an den Grenzen Russlands patrouillieren/provozieren. Der Luftwaffeninspekteur, Generalmajor Karl Müller, äußerte sich hierzu wie folgt:

„Das ist kein Mittel zum Eskalieren. Das ist nur ein Mittel, um sich auf Augenhöhe begegnen zu können. Und es ist ein Mittel, der Motivation für die Soldaten, die das zu tun haben.“

Zur Kriegsausrüstung eines Eurofighters gehören Infrarot-Kurzstreckenraketen, radargesteuerte Mittelstreckenraketen, eine Kanone und ein elektronisches Abwehrsystem mit radar- oder infrarotgesteuerten Täuschkörpern. Die Kriegsgefahr ist in den letzten 2 Jahren auch aufgrund der verheerenden Außenpolitik der Bundesrepublik exponential angestiegen.

V.

Im September 2014 während des NATO-Gipfels in Wales wurde von führenden Politikern seiner Mitgliedstaaten der Plan von gebündelten Maßnahmen zur Verbesserung der Handlungsfähigkeit der NATO beschlossen mit dem Ziel sicherzustellen, dass das Bündnis schnell und entschieden auf „neue Sicherheitsrisiken“ reagieren kann. Die NATO-Mitgliedsstaaten gehen offiziell davon aus, dass primär von Russland, dem Mittleren Osten und von Nordafrika „Sicherheitsrisiken“ ausgehen.

Der angenommene Readiness Action Plan der NATO basiert auf zwei Säulen. Es handelt sich zum einen um „Sicherungsmaßnahmen“, die ausgelegt sind auf eine erhöhte Militärpräsenz und Aktivitäten zur Sicherung und Abschreckung. Des Weiteren geht es um Anpassungsmaßnahmen zur Gewährleistung und Änderung der langfristigen militärischen Fähigkeiten, die gesetzten politischen und militärischen Ziele situationsbedingt umzusetzen.

In der abschließenden Erklärung auf dem NATO-Gipfel in Wales heißt es u. a., dass zu den Sicherungsmaßnahmen auch die *„auf Rotationsbasis beruhende fortgesetzte Anwesenheit von Luft-, Land- und Seestreitkräften und die Durchführung von Manövern im Osten des Bündnisgebietes gehören sollen“*. Alle 28 Mitgliedstaaten werden sich nach dem Verständnis der politisch Verantwortlichen und ihrer Militärs an den Manövern beteiligen. Je nach Sicherheitslage sollen die militärischen Maßnahmen verstärkt oder reduziert werden. Die bereits erwähnten Großmanöver – insbesondere im September 2015 ff.- sind ein Beleg für die konsequente Umsetzung der getroffenen Vereinbarungen auf dem NATO-Gipfel in Wales.

Die Umsetzung der beschlossenen aggressiven „Sicherungs- und Anpassungsmaßnahmen“ der NATO wird in folgende Schritten realisiert.

- Die Anzahl der Kampffjets, die Luftüberwachungspatrouillen, die **über den baltischen Staaten zum Einsatz kommen, werden von 4 auf 16 erhöht. Gegenwärtig stellen** Kanada, **Deutschland**, die Niederlande und Portugal Flugzeuge hierfür zur Verfügung.

- AWACS-Überwachungsflüge über den **östlichen NATO-Staaten** wurden angeordnet. Es patrouillieren mehr denn je Kriegsschiffe in der Ostsee, im Schwarzen Meer und im Mittelmeer.
- **Zu Ausbildungs- und Übungszwecken werden Bodentruppen in die östlichen Gebiete der NATO rotierend verlegt.** Dieser Prozess wurde zwischenzeitlich sehr stark forciert.
- **Allein 2014 wurden mehr als 200 Manöver durchgeführt**, die von der NATO oder von einzelnen Mitgliedsstaaten organisiert wurden. Beispielhaft sei auf die Manöver Black Eagle (Schwarzer Adler) vom 20. Oktober bis zum 5. Dezember 2014 mit 2.000 britischen und polnischen Soldaten in Polen verwiesen sowie auf das Manöver Steadfast Javelin (Standhafter Wurfspeer) vom 16. bis 23. Mai 2014, an dem 6.000 Soldaten aus neun NATO-Staaten in Estland teilnahmen, das Manöver Steadfast Javelin II vom 2. bis 8. September 2014, an dem 2.000 Soldaten aus 10 NATO-Staaten im Baltikum teilnahmen, so u.a. Deutschland und Polen und bei dem Manöver Iron Sword (Eisernes Schwert) vom 2. bis 14. November 2014 nahmen 2.280 Soldaten aus 9 NATO-Mitgliedstaaten in Litauen teil.
- **Mehrere NATO-Mitgliedstaaten haben Bodentruppen und Flugzeuge zu Ausbildungs- und zu Übungszwecken auf bilateraler Basis in östliche NATO-Staaten/Anrainerstaaten Russlands befehligt.** Die USA hatten in diesem Zusammenhang Truppen der 1st Cavalry Division der 1st Brigade Combat Teams der US Army (ausgerüstet mit Panzern, Fahrzeugen und anderer schwerer Ausrüstung) nach Lettland, Litauen und Polen befehligt.
- Die Aufwertung der NATO Response Force/NRF wurde beschlossen mit dem Ziel, die Flexibilität und Schlagkraft zu erhöhen. Die Bodentruppen wurden/werden umstrukturiert und ihre einzelnen Einheiten durch Luft- und Seestreitkräfte verstärkt; sie sollen nach dem Willen der NATO-Oberbefehlshaber stets kurzfristig einsatzfähig sein und schnell auf Bedrohungen reagieren können. Insgesamt könnten die NRF-Bodentruppen Divisionsstärke erreichen; (bei der US-Army beträgt die Divisionsstärke zwischen 17.000 und 21.000 Soldaten)
- Im Rahmen der Umstrukturierung der NRF wird als "Spearhead" (Speerspitze) eine Very High Readiness Task Force (eine Einsatzgruppe mit sehr hoher Einsatzbereitschaft) gebildet, die aus einer Bodentruppe mit mehreren Tausend Soldaten besteht und durch Luft-, See- und Spezialkräfte verstärkt wird, mit dem Ziel, innerhalb weniger Tage einsatzfähig zu sein. Die NATO beabsichtigt diese neue Einheit spätestens Anfang 2016 in den Dienst zu stellen. **(Die Führung der Bodentruppen wird dem Deutsch-Niederländischen Korps in Münster unterstehen)**
- Die Verlegung von Fallschirmjägern des Unterstützungsbataillons der 173 Airborne Brigade (in Vicenza) erfolgte am 10. April 2015 nach Jaworin in der Ukraine im Rahmen der Ausbildungsmaßnahme „Fearless Guardian“ (=furchtloser Wächter) für die erst jüngst gebildete Nationalgarde der Ukraine. Dem ging bereits der Konvoi „Dragoon Ride“ voraus.
- Die Schlagkraft der NATO-Seestreitkräfte wird durch mehrere militärische Kampfschiffe unterschiedlicher Schiffstypen massiv erhöht;
Die Errichtung multinationaler NATO-Kommando- und Kommunikationseinrichtungen in den östlichen NATO-Staaten Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Polen und Rumänien, wird mittels rotierender Besetzung ständig funktionsfähig gehalten.

- Dies gilt auch im Rahmen der Erhöhung der Verteidigungsbereitschaft des Hauptquartiers des Multinational Corps Northeast in Szczecin (Stettin) in Polen und die Verstärkung seiner Rolle als Zentrum für die militärische regionale Kooperation der betreffenden Waffengattungen.
- **Kampffjets (F16) und Soldaten der 510. Fighter Squadron trainieren gemeinsam mit estnischen, schwedischen und finnischen Soldaten ca. 60 Meilen von der russischen Grenze entfernt und wären in der Lage, in wenigen Minuten St. Petersburg zu erreichen. Es besteht russischerseits zu Recht die Befürchtung, dass die häufige/zunehmende Anwesenheit von atomwaffenfähigen US-Kampffjets im Baltikum zur Stationierung von Atomwaffen in der Nähe zur russischen Grenze führen wird. Die dauerhafte Präsenz von hunderten US-amerikanischen Schützenpanzern, Kampfpanzern und Hubschraubern und anderer NATO-Mitgliedstaaten auf dem Territorium der Baltischen Staaten ist zu einer unwiderlegbaren Tatsache geworden.**

Die Umsetzung der Sicherungs- und Anpassungsmaßnahmen wird flankiert durch

- Das Anlegen vorgeschobener Depots für Ausrüstung und militärischen Bedarf;
- Die Verbesserung der Verteidigungsfähigkeit der östlichen NATO-Partner durch den Ausbau der nationalen Infrastruktur, von Flugplätzen und Häfen;
- Die Aktualisierung der Verteidigungspläne für Osteuropa;
- Verstärkte gemeinsame Übungen zur Verbesserung des Krisenmanagements und der kollektiven Verteidigung.
- **Die Verlegung von schwerer Waffentechnik und Soldaten nach Westeuropa zur Verstärkung der rotierenden Einheiten. So wurden erst jüngst Soldaten aus den USA nach Grafenwöhr verlegt, um Vorort an einem groß angelegten Manöver teilzunehmen. Generell ist zu verzeichnen, dass in einem großen Umfang schwere Waffentechnik nach Westeuropa aus den USA und Kanada verlegt wird, um bestehende Depots aufzustocken und neue Depots mit schwerer Waffentechnik anzulegen. Dies gilt insbesondere auch für Nordeuropa (Nordflanke, u.a. in Norwegen). M1A1-Panzer, Bergepanzer, gepanzerte Fahrzeuge mit erweiterter Kapazität, Räumungspanzer, amphibische Kampffahrzeuge und unterschiedlichste Militärtransporter sowie weitere Rüstungsgüter werden in klimatisierten Höhlen/Bunkern in Norwegen (in der Region Trondelag) wie in weltweit weiteren 36 strategischen Versorgungspunkten der US-Armee für Manöver oder einen eventuellen Kriegsfall vorrätig gehalten.**

In Wales wurden u. a. auch die damaligen Afghanischen Präsidentschaftskandidaten aufgerufen sich zu verpflichten, die Forderungen nach strafrechtlicher Immunität aller am Kriegseinsatz beteiligten US-Bürger unverzüglich zu unterzeichnen. Dies ist symptomatisch für alle Kriege, an denen US-Streitkräfte offiziell und im Geheimen teilnehmen.

Ein wesentliches Augenmerk wurde dem Kampf gegen Cyberangriffe „gegen feindliche Mächte“ gelegt und beschlossen, ein Schnelleinsatzkommando von 4.000 Mann aus 7 Ländern unter britischem Oberkommando zu bilden. Gleichzeitig wurden die NATO-Mitgliedstaaten aufgefordert, ihre Militärausgaben drastisch zu erhöhen. Über den Beitritt Montenegros in die NATO wurde gleichfalls verhandelt.

Diese und eine Vielzahl weiterer Fakten/Maßnahmen stellen unter Beweis, dass die NATO planmäßig und sehr zielstrebig den militärischen Druck auf Russland und seine Verbündeten erhöht und die Gegenreaktionen Russlands hierauf als Rechtfertigung für weitere noch gefährlichere Truppenkonzentrationen an den Grenzen Russlands nutzt. Der Gesamtumfang des militärischen Truppenaufmarsches an den Grenzen Russlands – sowohl in Osteuropa als auch in Asien und in der Arktis, zu Wasser, zu Lande, in der Luft und im Weltraum - erschließt sich den Nichtmilitärs nur ansatzweise. Es fehlen verlässliche Informationen zu der Anzahl/Ausrichtung von militärischen Satelliten, den Standorten von militärischen/mit Nuklearwaffen bestückten U-Booten und Kriegsschiffen und über die mehr als 800 weltweit existierenden Militärbasen der USA und deren Mobilmachung/Vernetzung des Einsatzes/der Unterstützung von paramilitärischen Einheiten, etc. im Rahmen dieser auf Konfrontation ausgerichteten Politik.

In diesem Kontext ist das Augenmerk auch auf eine der größten Wachstumsbranchen in den letzten 2 Jahrzehnten der Entstehung von privaten Militärfirmen zu richten, die offene und verdeckte Kriegseinsätze im Auftrag ihrer Geldgeber führen und dies auf allen Kontinenten/Krisengebieten. Die Militärfirmen übernehmen zwischenzeitlich Aufgaben, die einst der staatlichen Hoheit oblagen - wie z.B. die Entwicklung von Überwachungssoftware, von Risikoanalysen, der Ausspähung von Angriffszielen, die Ausführung von Kampfeinsätzen in Krisen-/Kriegsgebieten usw.

Zu den Auftraggebern gehören Regierungen, Geheimdienste, Organisationen, Oligarchen, Konzerne und Finanzinstitute die über die notwendigen finanziellen Mittel verfügen.

Donald Rumsfeld – ehemaliger US-Verteidigungsminister – erklärte sich zu dieser Entwicklung wie folgt.

„Alles, was nicht zum Kernbereich des Militärs gehört, muss ausgelagert werden.“

Der Begriff Kernbereich wurde jedoch seinerseits oder durch Dritte bisher nicht weiter definiert. Der gesamte globale Bereich privater Militärfirmen steht in einer engen Beziehung mit der Rüstungsindustrie/den Waffenhändlern.

Schon sehr frühzeitig wurde die gesamte Rüstungsindustrie in den Vereinigten Staaten und Westeuropa nach dem Ende des 2. Weltkrieges privatisiert und die staatlichen Kontrollen bewusst reduziert. Ein Großteil der sogenannten leichten Waffen, auf deren Konto 90% aller Toten und Verletzten in Kriegen und Krisengebieten gehen, wurden in der Mehrzahl aller waffenexportierenden Staaten an den offiziellen staatlichen Kontrollen vorbei über private Waffenhändler und private Militärfirmen vertrieben. Auch diesbezüglich hat die Bundesrepublik umfangreiche Erfahrungen – wie der Fall Schneider und seine engen Kontakte zu hochrangigen Politikern und seine Parteispenden an diese bestätigten (Parteispende von 100.000 DM).

Die privaten Militärfirmen stellen in den USA und Großbritannien einen wichtigen wirtschaftlichen/militärischen Faktor dar, der maßgeblich das Bruttosozialprodukt eines Landes mitbestimmt.

Häufig agieren die Militärfirmen im Hintergrund und sind für die Ausbildung und Beratung zuständig oder für die Aufklärung, um mit ihrem technischen Know-how und ihrer elektronischen Vernetzung Zielkoordinaten in Echtzeit an ihre Auftraggeber weiterzugeben und z.B. Kurzkorrekturen in Militäreinsätzen vorzunehmen.

In Trainingscentern und Ausbildungscamp wird ihr Personal ausgebildet, so u.a. auch für die Bewaffnung und Sicherung von strategisch wichtigen Anlagen, Erdölplattformen oder Erdölfördergebieten, baulicher Anlagen aller Art und diverser Personen/Personengruppen. Das Personal der Militärfirmen ist hochdotiert und kommt weltweit zum Einsatz.

Zwischenzeitlich beschäftigen Militärfirmen über 1,5 Millionen Söldner weltweit. Hinzu kommen weit über 1 Million Söldner, die außerhalb der PMF- Strukturen tätig sind. Unter ihnen eine Vielzahl von sogenannten Kindersoldaten.

Die Jahresumsätze der Marktführer der Militärfirmen bewegen sich im Milliardenbereich. Die zweitgrößte Militärfirma (G4 S) hat einen Umsatz von über 5 Milliarden EUR. Die größten und somit einflussreichsten Militärfirmen kommen aus den USA, Großbritannien und Israel.

Die Privatisierung des Krieges ist somit Teil der Schaffung der absoluten Herrschaft des Finanz- und Großkapitals unter Ausgrenzung/Abschaffung demokratischer Grundstrukturen.

Auch in Deutschland wird verstärkt die Auslagerung von Aufgaben, die der Bundeswehr oblagen, vorangetrieben, wie z.B. die private Bewirtschaftung von Fuhrparks, die Uniformherstellung, die Versorgung usw.

Dies ist der bedenkliche Beginn der immer stärkeren Privatisierung von Kriegseinsätzen. Interessant ist in diesem Zusammenhang auch der Umstand, dass die zum Einsatz kommenden Militärfirmen rechtlich so abgesichert sind, dass sie strafrechtlich fast nicht verfolgt werden können. Diese Entwicklung erschwert es, punktuell einen Aggressor zu definieren. Die fehlende Transparenz über die Umsätze, Geldflüsse – oftmals über Dritte (Tarnfirmen) lässt nicht erkennen, welche staatlichen oder wirtschaftlichen Interessen dem Handeln der Militärfirmen zugrunde liegen.

Die Geschichte/Gräueltaten der Militärfirma Blackwater USA/Worldwide – nunmehr Academi - dürfte allen Lesern bekannt sein und die zunehmenden Gefahren dieser Entwicklung für die Zukunft erahnen lassen.

VI.

Um die aktuelle US-Außenpolitik objektiv einordnen zu können, werden einige Passagen der Verlautbarungen des Chefs des US-Think-Tanks Stratfor, George Friedman, während einer Pressekonferenz 2015 an dieser Stelle wiedergegeben. Sie sind im Rahmen dieses Anschreibens an Sie unverzichtbar, um ein Verständnis bezogen auf die Außenpolitik der USA in Bezug auf die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion/Russland in einen geschichtlichen/aktuellen Kontext zu stellen.

Zitat:

„Das Hauptinteresse der US – Außenpolitik, während des letzten Jahrhunderts, im ersten und zweiten Weltkrieg und im Kalten Krieg waren die Beziehungen zwischen Deutschland und Russland. Vereint sind sie die einzige Macht die uns bedrohen kann [...]

Letzte Woche oder vor 10 Tagen war der Oberbefehlshaber der US- Armee im Europe General Ben Hodges zu Besuch in der Ukraine. Er kündigte dort an, dass die US Ausbilder in die Ukraine demnächst offiziell kommen werden und nicht nur inoffiziell. Er hat dort tatsächlich Orden an die ukrainischen Kämpfer verteilt, obwohl es gegen das militärische Protokoll ist, das Soldaten Orden von fremden Armeen annehmen. Doch er tat das, weil er damit zeigen wollte, dass die ukrainische Armee seine Armee ist.

Dann ging er weg und verkündete in den Baltischen Staaten, dass die Vereinigten Staaten Panzer, Artillerie und andere militärische Ausrüstung in die Baltischen Staaten, Rumänien, Polen und Bulgarien in Stellung bringen würden. Das ist ein sehr

interessanter Punkt und gestern haben die Vereinigten Staaten angekündigt, dass sie vorhaben Waffen in die Ukraine zu liefern. Das wurde in der Nacht dementiert, aber sie tun das, die Waffen werden geliefert.

Und bei all diesen Handlungen agieren die Vereinigten Staaten außerhalb des Rahmens der NATO. Weil NATO-Entscheidungen von allen NATO-Mitgliedern einstimmig getroffen werden müssen und jedes Land ein Veto einlegen kann. Die Türken machen das jetzt schon aus Jux.

Der Punkt bei der ganzen Sache ist, dass die USA einen Cordon Sanitaire, einen Sicherheitsgürtel um Russland herum aufbauen. Und Russland weiß das. Russland glaubt die USA beabsichtigen die russische Förderration zu zerschlagen. Ich denke wir wollen sie nicht töten, sondern Ihnen nur ein wenig wehtun. [...]

Die Aufrechterhaltung der Kontrolle über die Ozeane und des Weltalls ist die Grundlage unserer Macht. Der beste Weg eine feindliche Flotte zu besiegen, ist zu verhindern, dass diese gebaut wird. Der Weg den die Britten gegangen sind, um sicherzustellen, dass keine europäische Macht die Flotte bauen konnte, ist, dass die Europäer einander bekämpften. [...]

Wir sind noch nicht einmal bereit für das 3. Kapitel des Buches. Die Frage die sich jetzt für die Russen stellt, werden sie die Ukraine wenigstens als eine neutrale Pufferzone erhalten oder wird der Rest des Westens soweit in die Ukraine vordringen, das er nur noch 100 km von Stalingrad und 500km von Moskau entfernt ist. Für Russland ist der Status der Ukraine eine existenzielle Bedrohung und die Russen können das nicht ignorieren. Wie weit werden die USA gehen, falls Russland sich weiterhin an die Ukraine klammert. Es ist kein Zufall, dass der General Hodges, der ernannt wurde um für all dies gerade zu stehen davon spricht Truppen in Rumänien, Bulgarien, Polen und den Baltischen Staaten in Stellung zu bringen [...]

George Friedmans Erklärungen und die einer Vielzahl seiner Kollegen bestätigen erneut die Notwendigkeit, die geschichtlichen Ereignisse – insbesondere des 1. und 2. Weltkrieges einer wissenschaftlich unabhängigen Analyse zu den Ursachen dieser Heimsuchungen zu unterziehen, wobei die Stellung Großbritanniens und der USA sowie des globalen Großkapitals eine besondere Aufmerksamkeit zu widmen ist.

Aufgrund seiner Brisanz ist der gesamte Wortlaut der Ausführungen Friedmans der **Anlage 2** zu entnehmen. In diesem Kontext sollte die US-Außenpolitik Ihrerseits einer unvoreingenommenen Prüfung für Ihre zukünftigen Entscheidungen in Bezug auf Russland und seinen Verbündeten sowie der USA und NATO unterzogen werden und die herausragende Bedeutung der BRD als Aufmarschgebiet der US-Army in Mitteleuropa Ihnen stets bewusst sein.

Der seit dem 11. September 2001 beschworene Kampf gegen den global agierenden Terrorismus hat seinen Ursprung primär in der Außenpolitik gegenüber Russland. Hierzu führte die ehemalige Außenministerin der USA, Hillary Clinton in einem Interview und vor dem US-Congress u. a. aus: „Um ehrlich zu sein, muss man zugeben, dass wir uns das Problem (Terrorismus) selber erzeugt haben, mit dem wir uns jetzt konfrontiert sehen. Als die Sowjetunion mit ihren Streitkräften in Afghanistan einmarschierte, hatten wir plötzlich eine brillante Idee, im benachbarten Pakistan militante Einheiten der Islamisten zu organisieren, sie mit Raketen „Stingers“ und anderem Militärzeug auszustatten und sie zum Kampf nach Afghanistan gegen die Sowjetunion zu schicken [...] Aber wir ließen diese gut ausgebildeten, erfahrenen, religiös fanatischen und bestens bewaffneten Islamisten in Pakistan und Afghanistan, es war eine ganze Armee von Ihnen dort geblieben, ausgerüstet mit Waffen und

allem Equipment. Das haben wir getan, weil zu der Zeit wir uns keinerlei Gedanken über diese dort verbliebenen Islamisten gemacht haben, denn wir haben uns gedacht, diese bewaffnete Armee von Islamisten würde immer weiter die Streitkräfte der Sowjetunion verfolgen, bis der Krieg das Territorium der UdSSR erreichen würde und wir haben uns damals gesagt: 'Ok! Wunderbar! So ist es noch besser!' [...]"

Die Ausführungen der US-amerikanischen Außenministerin bestätigen, dass die USA Geburtshelfer und Förderer des global agierenden Terrorismus, auch der ISIS, waren und sind und die Vereinigten Staaten von Amerika sowie die ehemaligen Kolonialmächte der Region unter Nutzung ihrer Geheimdienste sowie ihrer Verbündeten und geduldeten Vasallen den aktuellen Terror, der ein globales Ausmaß angenommen hat, für ihre Zwecke sowohl militärisch als auch propagandistisch nutzen. Der Aggressionskrieg gegen den Irak, gegen Libyen, der unerklärte Krieg gegen Syrien, der Krieg Saudi-Arabiens und seiner Verbündeten gegen Jemen, die gesamte Destabilisierung des Nahen Ostens und Nordafrikas unter Nutzung unterschiedlichster wirtschaftlicher, religiöser, ethnischer Interessen sind Bestandteil einer menschenverachtenden Politik mit dem Ziel, die Region und ihre Grenzen (ein Relikt aus dem Ende der Kolonialzeit und des Osmanischen Reiches) neu – nach ihren wirtschaftlichen/machtpolitischen Interessen – zu strukturieren. Der Zerfall von Staaten, wie Syrien, dem Irak und Libyen, wurden gezielt herbeigeführt. Sie dienen gleichzeitig als Rekrutierungsgebiete für bestehende und neue fanatische, mit hochmodernen Waffen ausgerüstete Terrorbanden unterschiedlichster religiöser Strömungen.

Die aktuelle Entwicklung im Nahen Osten wird bestimmt durch den Kampf Russlands und seiner Verbündeten gegen den „Islamischen Staat“. Die USA stuft die ISIS als eine der größten Gefahren für ihre nationale Sicherheit ein und erklärte ihm den Krieg. Leon Panetta, Ex-US-Verteidigungsminister sprach von einem 30jährigen Krieg, der zur Bekämpfung der ISIS notwendig sein könnte. Der Kampf gegen den IS wird seitens der USA und seiner Verbündeten halbherzig, d. h. nicht zielstrebig mit aller Konsequenz geführt trotz der verheerenden/völkerrechtlichen Verbrechen dieser Organisation. Sieht man sich die Entstehung des IS, später ISIS genauer an, so wird man feststellen, dass diese Strömung von fanatischen Terroristen seinen Ursprung im Jahr 2003 hatte und der „Islamische Staat“ bereits 2006 im Irak aufgrund des bewusst herbeigeführten Machtvakuum gegründet werden konnte. Seit Juni 2013 finanziert die USA/CIA massiv syrische Rebellen. Die „Freie Syrische Armee“ wurde massiv von Saudi-Arabien, Katar, Jordanien, der Türkei, Israel und der USA mit Waffen beliefert und finanziell unterstützt. Somit war die Grundlage gelegt, dass der ISIS aufgrund, der Tatsache, dass die „Freien Syrischen Armee“ mit ihr kooperiert, in den Besitz hochmoderner Waffen aus den vorgenannten Staaten gelangte und dies mit Billigung der Waffenlieferanten. Die Ausdehnung des Kalifats ist Deckungsgleich mit dem beträchtlichen Zufluss/dem Besitz hochmoderner Waffen über den beschriebenen Weg.

Nach Auskunft von Daniel McAdams vom Ron-Paul-Institut in den USA ist die ISIS die bestfinanzierte Terrorgruppe der Welt, die sich u. a. durch den Verkauf von Erdöl finanziert. Abnehmer des von der IS auf den Markt gebrachten Erdöls ist u. a. die Türkei, ohne hierfür sanktioniert zu werden. Es stellt sich die Frage, weshalb nicht zu allererst eine absolute wirtschaftliche Sanktionierung des „Islamischen Staates“ erfolgt, um ihm die finanziellen Grundlagen weltweit zu entziehen.

Infiziert sind zwischenzeitlich auch große Gebiete Zentralasiens, dies sind jedoch genau die Territorien, die für die Herrschaft über die Energieressourcen auf unserem Planeten von außerordentlicher Bedeutung sind. Daher ist der Nahe und Mittlere Osten und Nordafrika von geostrategischer wirtschaftlicher Bedeutung ersten Ranges für alle Industriestaaten. Diese

Verbrechen an den Völkern des Nahen und Mittleren Ostens und Nordafrikas sind ursächlich für die massiven Emigrationsbewegungen nach Europa und in insbesondere in die BRD. Die aktuelle Medienkampagne verdeckt zum einen die Ursächlichkeit dieser massiven, millionenfachen Leiden der betroffenen Bevölkerungsgruppen und zum anderen den Blick für die drohenden Gefahren eines Weltkrieges.

Die gewaltigen Energieressourcen dieser Regionen, insbesondere Saudi-Arabiens, des Iraks, Irans und des Kaspischen Beckens sind für diese Fluch und Segen zugleich. Für die USA und Ihre Verbündeten gibt es für ihre einheimische Industrie und ihren vermeintlichen Wohlstand keine Alternative zu den Energieressourcen dieser Staaten (trotz des umweltschädlichen Fracking). Wer über die Erdöl- und Erdgasreserven und über die Adern/Beförderungsstrecken/Pipelines dieser Regionen bestimmt/diese beherrscht, kann jedem, der von ihnen abhängig ist, seine wirtschaftlichen und politischen Interessen aufzwingen und den Weltmarktpreis auch als ökonomischen Hebel/Waffe nutzen. In diesem Kontext erklärt sich die überdurchschnittliche Präsenz der USA in dieser Region nach dem 11. September 2001 sowie auch der Konflikt zwischen Israel und Palästina (aufgrund von Erdgas-/Erdölressourcen an ihren Küsten im Mittelmeer) und eine Vielzahl von nicht im Focus stehenden Konflikten, die Masse an Zeltstädten, der gesteuerte Exodus breiter Volksmassen nach Europa, die humanitären Krisen, die Zerstörung unwiederbringlicher Kulturgüter/-schätze, die Zerstörung der Umwelt, entwurzelte Generationen auf der Suche nach ihrer Bestimmung, die sie leider oftmals in religiös fanatischen Gruppierungen treibt.

Der Ressourcenreichtum dieser Regionen hat u. a. auch zur Folge, dass der finanzielle Reichtum Einzelner oder dieser Staaten es dem militärisch-industriellen Komplex auch Deutschlands ermöglicht, Waffentechnik im großen Stil mit horrenden Gewinnen zu verkaufen. Stellvertretend hierfür steht der größte Waffendeal der Neuzeit zwischen den USA und Saudi-Arabien vor wenigen Jahren in einem Umfang von mehr als 60 Mrd. US-Dollar. Mit der systematischen Zerstörung einzelner Staaten werden deren finanziellen Ressourcen aufgebraucht und Staaten wie der Irak müssen sich u. a. über den IWF verschulden zu den ihnen vorgegebenen Konditionen. Dieses Paradoxon und viele weitere sind Teil des vielschichtigen globalen Kampfs um Profit, Einfluss und Kontrolle in diesen Regionen.

Die Auseinandersetzungen im Nahen Osten stehen auch für eine Politik des Rollback, das die USA gegenüber China und Russland betreibt, die in zweistelliger Milliardenhöhe Investitionen in diesen Staaten, wie Irak, Syrien und Libyen in den letzten Jahrzehnten getätigt haben. Die ISIS finanziert sich mit Duldung der USA und Großbritannien im großen Stil über Exporte von Erdöl und Erdgas, ohne Sanktionen fürchten zu müssen oder vernichtende Militärschläge. Sollte Russland auch aus eigenen Sicherheitsinteressen heraus mit seinen Verbündeten aktiv in die Auseinandersetzungen im Nahen Osten militärisch intervenieren, würde sich die Situation regional zu Lasten der Terrorbanden/ISIS grundsätzlich verändern. Die Nahostpolitik der USA kann nur als desaströs eingestuft werden; zumindest den Friedensprozess betreffend, jedoch nicht für diejenigen, die von diesen menschenverachtenden Kriegen profitieren.

Alle Teilnehmer in dieser Auseinandersetzung um die größten gegenwärtig erkundeten fossilen Rohstoffreserven auf unserem Planeten sollten sich darüber im Klaren sein, dass derjenige, der Wind säht, Sturm ernten wird.

VII.

Empörend – und nicht in Worte zu fassen- ist die Tatsache, dass die US-Regierung gemeinsam mit ihren Verbündeten – auch der BRD – 70 Jahre nach der Kapitulation Nazi-

Deutschlands und in Kenntnis der Gräueltaten der Nazis und einer Vielzahl weiterer Kriegsteilnehmer, nunmehr ukrainische Faschisten, die aktuell zu tausenden in Kiew aufmarschieren, um ihren politischen Forderungen Nachdruck zu verleihen, in ihre politische/militärische Strategie in der Ukraine einbeziehen (wenn auch nur als Kanonenfutter) und neben der regulären ukrainischen Armee diese ausbildet und mit Waffen versorgt oder dies billigend in Kauf nimmt. „The Associated Press“ meldete am 31. März 2015 hierzu:

„Die USA wollen im April 2015 Soldaten in die Ukraine schicken, um die Einheiten der Nationalgarde des Landes zu trainieren. Zu diesen Einheiten gehört auch das in die Kritik geratene Asow-Bataillon, das sich aus weit rechts stehenden Freiwilligen zusammensetzt und ein bekanntes deutsches Nazisymbol als Verbandsabzeichen gewählt hat.“

Neben dem Asow-Bataillon existieren mehre weitere faschistische Gruppierungen, deren Vorbild u.a. Stefan Bandera – ein führender Kopf der ukrainischen nationalistischen Bewegungen in den 30-iger bis 50-iger Jahren (der OUN) war, der maßgeblich an der Ermordung, z.B. des polnischen Innenministers Bronislaw Pienacki am 15. Juni 1934 beteiligt war und an den zivilen Massakern im Gebiet von Wolhynien und Ostgalizien, denen mehrere Zehntausend Zivilisten zum Opfer fielen.

Das Wiedererstarken faschistoider Strukturen und das Gesetz der Rada der Ukraine vom 09. April 2015 zur Anerkennung dieser Organisationen (ukrainischer Nationalisten und der ukrainischen Aufstandsarmee) als Kämpfer für die Unabhängigkeit der Ukraine im 20. Jahrhundert und die Erhebung des berüchtigten Stefan Banderas und Roman Schuchewitsch zu Nationalhelden der Ukraine hat zu erheblichen Gegenreaktionen auf polnischer Seite geführt. Ursächlich hierfür sind u.a. die Massenmorde in Janowa Dolina, in Huta-Pieniacka, Sahryn, Pidkamin, ausgehend von ukrainischen Faschisten.

Diese exemplarischen Ausführungen zeigen, wie konkret sich die Gefahrenlage für Russland darstellt. Zwangsläufig werden seitens Russlands, Chinas, Weißrusslands, Kasachstans, Irans, Venezuelas, Boliviens und vieler anderer Staaten Gegenmaßnahmen einzeln und verstärkt im Verbund ergriffen, um der sich potenzierenden Gefahr kriegerischer Auseinandersetzungen entgegen zu wirken. Die militärische Option (Erstschlagdoktrin) des Einsatzes von atomaren Waffen besteht sowohl für die NATO als auch für Russland und China. Eine verheerende Spirale des Wettrüstens wurde nunmehr gezielt in Gang gesetzt trotz oder genau aufgrund einer sich weiter vertiefenden globalen Finanz- und Wirtschaftskrise, die unvermeidlich in einer wirtschaftlichen Katastrophe für die gesamte Menschheit führen wird. Es werden bereits jetzt die Ausgangspositionen für den Zeitraum nach dem globalen ökonomischen Desaster geplant und einer Umsetzung durch die Implantierung neuer Herrschaftsstrukturen zugeführt.

Es ist für jeden Demokraten/friedliebenden Bürger zwingend erforderlich zu erkennen/ zu verinnerlichen, dass die bewusst herbeigeführten Entwicklungen/Kriege/ Auseinandersetzungen in Nordafrika, im Nahen Osten, in Zentralasien, im pazifischen Raum, in Lateinamerika und Europa nicht voneinander getrennt zu betrachten sind, sondern trotz lokaler Besonderheiten als Einheit im Kampf gegen die Völker, die sich den hegemonialen Bestrebungen der USA (hiermit ist nicht das amerikanische Volk selbst gemeint) und ihrer Verbündeten entgegen stellen und ein neues gerechteres, insbesondere Finanz- und Wirtschaftssystem in Abkopplung von der Dominanz des US-Dollars anstreben/umsetzen .

Ein Krieg zwischen Russland und der Ukraine oder einem anderen europäischen Staat, z. B. auf dem Balkan würde nach den geostrategischen Plänen der revanchistischen neoliberalsten Kräfte der US-Regierung und ihres Militärs und deren Verbündeten zwangsläufig eine Kettenreaktion in allen Krisengebieten auf unserem Planeten auslösen und zu einem verheerenden apokalyptischen Dritten Weltkrieg führen. Gleiches gilt auch für den Fall einer Eskalation im Nahen Osten, z. B. zwischen der Türkei/Israel und Syrien oder dem Iran, zwischen Saudi-Arabien, Jemen und dem Iran oder weiterer noch in Frage kommenden möglichen kriegerischer Auseinandersetzungen an den Nahtstellen und den Einflussphären zwischen Russland, China, der NATO/USA. Verheerend ist in diesem Zusammenhang die Tatsache, dass auch die Bundesrepublik Deutschland den Nahen Osten seit mehreren Jahrzehnten in Kenntnis, dass es sich hierbei um ein Pulverfass ersten Ranges handelt, mit hochmodernen Waffen unterschiedlichster Bauart beliefert. Hierzu gehören Staaten wie Saudi Arabien, Israel, Katar und die Arabischen Emirate und viele weitere Staaten. Vor wenigen Jahren gehörten auch noch Syrien und der Irak zu den Käufern deutscher Waffen. Auch aufgrund dieser Tatsache und der Unmöglichkeit, den Verbleib der Waffen einer stetigen Kontrolle zu unterziehen, richteten sich demnächst deutsche Waffen gegen die NATO und somit auch gegen die BRD selbst. Dies gilt nicht nur für Waffen, die aus deutschen Waffenschmieden stammen, sondern im Allgemeinen um Waffen, die in diese Krisenregionen durch fast alle Mitgliedstaaten der NATO in 3-stelliger Milliardenhöhe in den letzten Jahrzehnten exportiert wurden.

VIII.

Im Rahmen der Abwägung Ihrer zukünftigen Entscheidung (insbesondere zum Verhältnis zu Russland und seinen Verbündeten) vor Ihrem Gewissen, dem deutschen Volk, den Völkern Europas und der Welt, Ihrer eingegangenen Eidesverpflichtung, sei noch in aller Kürze an folgende Tatsachen erinnert.

1.

In den deutschen Medien wurde das bekanntgewordene Telefongespräch zwischen Catherine Ashton und dem Außenminister Estlands, Urmas Paet, gar nicht oder nur beiläufig kommentiert, obwohl es von höchster Brisanz für die Lageeinschätzung in der Ukraine war und ist. Der estnische Außenminister teilte Catherine Ashton telefonisch mit, dass es immer mehr Hinweise dafür gibt, dass hinter den Scharfschützen auf dem Maidan nicht der ukrainische Präsident Janukowitsch gestanden hat, sondern **"jemand von der neuen Koalition"**. Der estnische Außenminister sprach den Verdacht aus, dass ein- und dieselben Scharfschützen sowohl auf Demonstranten, als auch auf Sicherheitskräfte geschossen haben. Paet zeigte sich besorgt über die fehlende Bereitschaft der neuen ukrainischen Regierung, diese Vorwürfe genau zu untersuchen. **Das Verhalten Kiews sei nach seinen Worten "beunruhigend"**.

2.

Eine politische Größe in der Ukraine stellt die neonazistische Swoboda-Partei dar. Victoria Nuland, Staatssekretärin im US- Außenministerium (bekannt durch ihre telefonische Entgleisung zu Europa „Fuck the EU“) bestätigte 2014, dass die USA oppositionelle Gruppierungen in der Ukraine mit sehr viel Geld unterstützt hat. Sie erklärte: **„Wir haben mehr als 5 Milliarden Dollar investiert, um die Ukraine im Kampf um ihre Ziele zu unterstützen, ... und wir werden ihr auch in Zukunft die Hilfe gewähren, die sie verdient“**. Die US-Diplomatin Nuland bestätigt somit, dass seit einem längeren Zeitraum, d. h. über Jahre, die Entwicklung in der Ukraine stabsplanmäßig im Interesse der geopolitischen Ambitionen/Ziele der neoliberalen Kräfte der USA zielgerichtet gesteuert wurde.

3.

Erinnert sei auch daran, dass die ehemalige Übergangsregierung der Ukraine u.a. aus Mitgliedern der Allukrainischen Vereinigung „Vaterland“, der auch der damalige Übergangsministerpräsident - Arsenij Jazenjuk - angehörte sowie Mitglieder der Swoboda-Partei maßgeblich die zerstörende Entwicklung in der Ukraine gesteuert haben. Das Mitglied der Swoboda-Partei A. Parubiy wurde zum Sekretär des Komitees für Nationale Sicherheit und Nationale Verteidigung/ RNBOU ernannt und nahm somit eine Schlüsselposition im Rahmen der Landesverteidigung ein. Parubiy, als ein Hauptinitiator der Orangen Revolution 2004 und Tyahnybok gelten als Anhänger des ukrainischen Nazis Stepan Bandera, der – wie bereits dargelegt - während des II. Weltkrieges maßgeblich am Massenmord von Juden und Polen beteiligt war. Stellvertreter von Parubiy war Dmytro Yarosh, der eine Schlüsselfigur des rechten Sektors im ukrainischen Parlament war. Yarosh war zuvor einer der Leitfiguren der neonazistischen paramilitärischen Braunhemden, dessen Anhänger aktiv/ gewalttätig in den Auseinandersetzungen in Kiew involviert waren. Oleh Makhnitsky ist gleichfalls Mitglied der Swoboda- Partei und wurde in der Übergangsregierung zum Generalstaatsanwalt der Ukraine ernannt und kontrollierte somit die gesamte Strafverfolgung in der Ukraine. Alle diese Tatsachen/Fakten sind der Bundesregierung hinlänglich bekannt. Sofern man den Terminus Realpolitik im diplomatischen Kontext benutzt, so hat die deutsche Außenpolitik in der Ukraine absolut nichts, aber auch gar nichts mit Realpolitik zu tun.

4.

Des Weiteren spielte/spielt die neonazistische ukrainische Nationalversammlung – Nationale ukrainische Selbstverteidigung (UNA – UNSO) eine nicht zu unterschätzende Rolle in der Ukraine. Dieser Partei gehört u.a. Tetyana Chernovol an. Sie war Vorsitzende des Antikorruptionskomitees der Übergangsregierung. Verbindungen zu dieser neonazistischen Partei hatte auch Dmytro Bulatov, der zum Minister für Jugend und Sport ernannt wurde. Yegor Sobolev, ein Anhänger Jazenjuk wurde zum Vorsitzenden des „Lustration – Komitees“, das die Aufgabe hat, alle Anhänger der abgesetzten Regierung aus dem öffentlichen Dienst aus der Regional- und Kommunalverwaltung, aus dem Bildungswesen, der Forschung und anderen wichtigen Bereichen zu entfernen. Der Begriff „Lustration“ steht für Reinigung und hat eine rassistische Komponente, die vorrangig gegen Kommunisten, Russen und Juden ausgerichtet ist.

5.

Es ist nicht einmal ansatzweise nachvollziehbar, dass die gegenwärtige Bundesregierung mit einer Regierung von Oligarchen und Nazis auf das Engste sowohl politisch, ökonomisch und militärisch zusammenarbeitet, die das Ziel verfolgt, die Krim zurückzuerobern und die Ostgebiete nach ihren Vorstellungen zu befrieden und von Russen, Juden und anderen Nationalitäten zu säubern. Auf die öffentlichen Verlautbarungen deutscher Spitzenpolitiker im Zusammenhang mit dem Schutz aller Nationalitäten und der Mehrzahl aller Glaubensrichtungen – insbesondere den Juden – wird ausdrücklich verwiesen. **Vor dem Forum des Amerikanisch-Jüdischen Komitees (AJC) in Washington DC, kündigte der ukrainische Premierminister Arseni Jazenjuk Anfang Juni 2015 in seiner Rede einen „echten Krieg“ gegen Russland an und versprach, dass Donezk, Lugansk und die Krim bald wieder „Teil der Ukraine“ sein werden. Wortwörtlich erklärte er vor diesem „erlauchten“ Kreis:**

„Wir stehen vor einem echten Krieg mit Russland und die Ukraine ist das einzige Land der Welt, das gegen die reguläre russische Armee kämpft. Wir haben erfolgreich das russische Militär abgeschreckt. Die Ukraine ist für die nukleare Nichtverbreitung von Waffen und Frieden und Stabilität in ganz Europa zu wichtig. Wir glauben fest daran, dass wir die Kontrolle über Donezk und Lugansk wieder erlangen werden und ich glaube, dass die Krim

wieder ein Teil der Ukraine sein wird und wir unsere Gebiete wieder kontrollieren werden. Wer die globale Ordnung untergraben, die Linien nach dem 2. Weltkrieg neu zeichnen, die Freiheit nicht respektieren, die Demokratie nicht respektieren, unsere Nation nicht respektieren möchte, sind unsere Feinde.“ Langanhaltender Beifall seiner Zuhörer folgte seinen provokanten Ausführungen.

6.

Unter Poroschenko und dem Premier Jazenjuk hat der große „Ausverkauf“ der Ukraine an Fahrt aufgenommen. Bereits jetzt wurden hunderte Staatsbetriebe an US-Investoren und anderer Staaten „verscherbelt“. Für die USA sind vor allem der Energiesektor und die Möglichkeit von Fracking in der Ukraine von strategischer Bedeutung (Stoßrichtung gegen Russland). In diesem Kontext ist es nicht verwunderlich, dass der Sohn des Vizepräsidenten der USA, Hunter Biden, in eine führende Position des ukrainischen Gasproduzenten Burisma aufgestiegen ist. Die wirtschaftlichen/strategischen Schaltstellen in der ukrainischen Regierung wurden auf Wunsch der USA mit Personen ihres Vertrauens besetzt, hierzu zählen die im Eiltempo eingebürgerte Amerikanerin Natalie Ann Jaresko (Finanzministerin), der Georgier Alexander Kwitaschwili (Gesundheitsminister) und der Litauer Aivaras Abromavičius (Wirtschaftsminister). Somit schließt sich der Kreis, indem neben der militärischen nunmehr auch die ökonomische Präsenz der USA in der Ukraine manifestiert wird.

7.

Frau Timoschenko äußerte sich in einem mitgeschnittenen Telefongespräch zu Russland wie folgt:

„Ich werde die ganze Welt (gegen Russland) erheben, sobald ich es kann, damit - verdammt - von Russland nicht einmal ein verbranntes Feld übrig bleibt.“ Wäre sie selbst an der Macht gewesen, **„hätten sie(die Russen) keine verdamnte Chance gehabt, mir die Krim zu entreißen“**. Sie hätte **„einen Weg gefunden, diese Bastarde abzumurksen“**.

Timoschenko, eine ukrainische Oligarchin, die auf nicht legale Art und Weise ein Milliardenvermögen binnen kurzer Zeit anhäufte, entschuldigte sich zwar **„für die Kraftausdrücke“**. Allerdings bezichtigte sie den russischen Inlandsgeheimdienst FSB der Manipulation dieser Gesprächspassage und erklärte, dass sie keineswegs die Auslöschung der acht Millionen ethnischen Russen in der Ukraine mithilfe von Atomwaffen gefordert, sondern bloß klargelegt habe: **„Russen in der Ukraine sind Ukrainer.“** Auch diese Person wird von Mitgliedern der Bundesregierung als eine Vorkämpferin und Garantin für ukrainische demokratische Interessen hofiert.

8.

Mehrfach hat P. Poroschenko (ein Oligarch, der Milliarden auf dem Rücken des Ukrainischen Volkes unredlich angehäuft hat) erklärt, die Krim zurückzuerobern und den Donbass/die Ostukraine zu befrieden. Hierfür bekam er bereits mit der Übernahme seines Amtes als Staatspräsident grünes Licht aus Washington, Berlin und Brüssel.

Handlungsanleitungen erhielt er u.a. vom CIA, dem FBI sowie der US-Army als auch über Institutionen, wie die RAND Corporation (Research ANd Development) – einer „Denkfabrik“ der USA, die Strategien und Pläne im Interesse der nationalen Sicherheit der USA erstellt, zugearbeitet. 2014 wurde inoffiziell ein 3-Phasenplan für die militärischen Operationen in der Ostukraine aus der vorgenannten „Denkfabrik“ 1:1 umgesetzt.

Es ist kein Geheimnis, dass zur Umsetzung der globalen Ziele für eine Vielzahl von strategisch wichtigen Staaten seitens der USA und ihrer Verbündeten Strategien erarbeitet wurden, um vermeintlich vom Volk ausgehende Bewegungen/Revolutionen zu entfachen. Die Methodik gleicht sich vom Grundsatz her. Es geht vorrangig um den Aufbau und die Förderung von oppositionellen Gruppierungen in dem jeweiligen Staat. Diese Gruppierungen werden mit umfangreichen finanziellen Mitteln ausgestattet (Verweis auf Nuland und den 5 Milliarden für die Ukraine), um unter dem Banner der „Demokratie und humanitärer Einsätze“ unliebsame Regierungen zu stürzen. Zu eigen macht man sich die latente und tatsächlich bestehende Unzufriedenheit eines mehr oder weniger großen Teils der Bevölkerung in einigen Staaten. Markenzeichen für diese Strategie ist u. a. die serbische Bewegung Otpor, deren Erfahrung im Kampf gegen Milosevice zum Exportschlager für eine Vielzahl von sogenannten Farbrevolutionen, u. a. in der Ukraine, Georgien, Tunesien, Ägypten, Iran usw., wurde. Die umfassende Unterstützung dieser Bewegungen/Konterrevolutionen erfolgt vorrangig durch die USA und ihrer Bündnispartner im Wege der Bereitstellung umfangreicher finanzieller Mittel, Know Hows und von Beratern, u. a. auch über Otpor. Einer der geistigen Väter für „Regimechange“/Konterrevolutionen ist der Amerikaner Gene Sharp. Seine Veröffentlichungen wurden vielfach übersetzt und sind in den Staaten, die von vermeintlichen Revolutionen/Unruhen (u.a. Arabischer Frühling) erfasst werden, ein „Bestseller“.

Der in der Ostukraine umgesetzte Plan der Destabilisierung als Bestandteil der Kriegsführung der ukrainischen Regierung gegen die vorrangig ethnisch russische Bevölkerung in der Region Donezk und Lugansk, die die lokalen unterschiedlichsten Gruppierungen der so genannten Separatisten massiv unterstützen, wurde nach dem aktuellen Kenntnisstand wie folgt praktiziert.

1. Phase

Völlige Isolation des Gebietes, Blockade durch die Armee, keine Lieferung von Wasser und Lebensmitteln.

Die ukrainische Verfassung ist für das Gebiet (Ostukraine) keine rechtliche Grundlage mehr. Nur auf direkte Anweisungen des Präsidenten wird reagiert. Weiterhin ist das Gebiet (Ostukraine) von Internet- und Telefonnetz abzuschneiden.

2. Phase

Strategische Objekte sind aus der Luft anzugreifen bevor die Infanterie eingesetzt wird. Erschießung aller, die Waffen tragen oder Widerstand leisten. Für den Schutz der eigenen Armee sei auch der Einsatz von verbotenen Waffen (Streubomben) erlaubt. Alle Bürger, die von den gesäuberten Gebieten entfernt werden, müssen in speziellen Lagern untergebracht werden. Menschen mit Schusswunden und bei denen Spuren von Munition an der Haut oder Kleidung nachgewiesen werden können, sind als Terroristen zu betrachten.

3. Phase

Nach der Säuberung können Kommunikation und Lebensmittellieferung wiederhergestellt werden. Dabei sollen alle Flüchtlinge auf die Zugehörigkeit zum Widerstand überprüft werden. Besondere Aufmerksamkeit müsse der Informationssicherheit gelten. Das bedeutet eine Blockade internationaler Medien und nur überprüfte Journalisten haben den Zugang in die Krisengebiete.

Die Realisierung dieses Planes (Kriegsstrategie) erfolgte bisher in der Ukraine 1:1, wie der Berichterstattung ukrainischer Medien zu entnehmen ist.

Die Minsker Abkommen Nr.1 und Nr. 2 wurden in Abwesenheit der USA, die primär in diesem Konflikt involviert sind, ratifiziert. Das Scheitern beider Abkommen war somit vorprogrammiert. Die Gefahren, die ein Scheitern der Minsker Abkommen mit sich bringen, hat der russische UN-Botschafter Witali Tschurkin in einer Krisensitzung vor dem US-Sicherheitsrat zur Ukraine wie folgt umrissen:

„Wenn Kiew auch im Weiteren veranlasst wird, die Umsetzung der absolut notwendigen Maßnahmen in Bezug auf den Donbass zu verzögern, kann die Situation erneut außer Kontrolle geraten, und das mit unvorhersehbaren Folgen. Wir fordern die UNO-Mitglieder, die den Einfluss auf Kiews Machthaber haben auf, sich für die Verhinderung dieses Szenarios einzusetzen.“

Diese Analyse der Situation in der Ukraine verdeutlicht zum einen die instabile Situation in der Ukraine und zum anderen die Gefahren, die hieraus für den Weltfrieden erwachsen.

Der am 12. Februar 2015 angenommene Maßnahmenkatalog über die Realisierung des Minsker Abkommen II beinhaltet einen konkreten Fahrplan zur Beilegung der ukrainischen Krise. Der UN-Sicherheitsrat hat einstimmig die Resolution „2202“ unterstützt.

In der öffentlichen Wahrnehmung wird jedoch die Ursache für das Scheitern der internationalen „Friedensbemühungen“ in der Ukraine primär in der Haltung und den völkerrechtswidrigen Handlungen Russlands gesehen.

Hierzu sei wie folgt ausgeführt.

Punkt 4 des Maßnahmenkatalogs sah den Abzug aller schweren Waffen in einem vorgegebenen Radius vor. Im Anschluss sollte ein Dialog über Kommunalwahlen auf der Grundlage ukrainischer Gesetze und über das Gesetz des Sonderstatus` des Donbass stattfinden. Stattdessen hat das ukrainische Parlament für die Gebiete Donezk und Lugansk inakzeptable Änderungen am Gesetz vorgenommen und diese Gebiete für okkupiert erklärt.

Die ukrainische Regierung weigerte sich vehement Gespräche mit den Beauftragten des Donbasses aufzunehmen. Somit verstößt die gegenwärtige ukrainische Regierung wissentlich gegen Regelungen des Minsker Abkommens.

Des Weiteren verletzt die ukrainische Regierung Punkt 5 des Maßnahmenkatalogs, da sie ein „Gesetz über die Begnadigung und Amnestie“ der Teilnehmer dieses unerklärten Krieges bisher nicht verabschiedet hat.

Hintergrund dieses Gesetzes ist das Verbot der Verfolgung und Bestrafung von Teilnehmern der Ereignisse in der Ostukraine. Mehrfach hat die ukrainische Regierung öffentlich hierzu erklärt, die hierfür notwendigen Schritte nicht einzuleiten.. Nicht erfüllt wird darüber hinaus Punkt 11 des Abkommens, die Dezentralisierung unter Berücksichtigung von Besonderheiten der einzelnen Bezirke der Gebiete Donezk und Lugansk. Die Verfassungskommission wurde am 03. März 2015 zusammengestellt. Sie besteht aus ausländischen Experten. Vertreter von Donezk und Lugansk werden in die Arbeit der Verfassungskommission jedoch nicht einbezogen. Kiew beschloss darüber hinaus auf humanitäre und soziale Verpflichtungen in der Ostukraine zu verzichten und somit verschlechtert sich die Lage der ukrainischen Bevölkerung in den Krisengebieten von Tag zu Tag. Ohne die umfassende Unterstützung Russlands und der Aufnahme von ca. 1 Million Flüchtlingen hätten wir in der Mitte Europas eine humanitäre Katastrophe in einem noch wesentlich größeren Ausmaß.

Kiew begründet seine Position damit, die Bevölkerung der Volksrepubliken Donezk und Lugansk für die Unterstützung der Volkswehr zu bestrafen. Die Sozialhilfe, der Zugang zu Lebensmitteln und medizinischer Versorgung wurde massiv beschnitten/ausgesetzt und LKW-Transporte mit Hilfsgütern aus Russland und der Ukraine behindert/zurückgewiesen.

Nur mit Hilfe Russlands überlebt die Bevölkerung aktuell im Donbass. Bisher haben 28 Hilfskonvois Hilfsgüter mit mehr als 36.000 t das Krisengebiet erreicht.

Trotz einer Regelung, die faschistischen Freiwilligenbataillone unter die Kontrolle der ukrainischen Armee zu stellen – wie es in Punkt 10 des Minsker Abkommen vereinbart wurde – morden und plündern diese weiter.

Hervorzuheben ist das Bataillon „Aidar“, das selbst den Ärmsten der Armen noch die Lebensmittel raubt und somit gezielt ihre humanitäre Situation weiter verschlechtert.

Trotz des teilweisen Abzugs schwerer Waffen dauert der Beschuss der Wohngebiete an den vereinbarten Trennlinien weiter an.

Am 03. Juni 2015 geriet Donezk erneut unter massiven Beschuss mit der Folge von 6 toten Zivilisten und mehr als 90 teilweise Schwerverletzten. Systematisch zerstört wurden/werden Krankenhäuser, Schulen, Wohnhäuser, Kindergärten. Der Tod steht in diesen Gebieten – im Herzen Europas – auf der Tagesordnung.

Unverblümt haben ukrainische Politiker öffentlich bekanntgegeben, dass sie die Waffenruhe primär für die Aufstockung und Umgruppierung ihrer Truppen nutzen. Kiew rüstet trotz seiner katastrophalen wirtschaftlichen und finanziellen Lage mit Hilfe der USA, des IWF, Brüssels und auch Deutschlands zu Lasten seiner Steuerzahler weiter auf und reaktiviert/modernisiert sein riesiges Reservoir an Militärgerät aus Sowjetzeiten in einem atemberaubenden Tempo.

10.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass diese Ausführungen lediglich exemplarischen Charakter haben. **Ursprünglich sollte mein Anschreiben an Sie 10 Seiten nicht überschreiten, aber aufgrund der Tatsache, dass die gesamte Menschheit vor einem verheerenden, in seinen Ausmaßen nicht in Worte zu fassenden Krieg mit einer nuklearen Option steht, war es unerlässlich Faktum an Faktum (in der gewählten Kürze) zu benennen, um Sie zu bewegen, Ihre gesamte Kraft unter Nutzung Ihres Amtes/Einflusses zur Abwendung eines thermonuklearen 3. Weltkrieges einzusetzen.**

Die Konfrontation in Syrien/Nahem Osten, die Flüchtlingsströme in Richtung Europa, primär Deutschland, mit den hunderttausenden Einzelschicksalen und der Gefahr eines Dschihad und Rechtsruck in Europa, auch wenn dies aktuell von offizieller Seite noch negiert und bestritten wird, sind dies Symptome einer völlig verfehlten Außenpolitik auch der EU und die Vorboten eines globalen Desasters.

Unerlässlich ist es jedoch, in diesem Kontext auf die besondere Situation der BRD sowohl in militärischer und rechtlicher Hinsicht zu verweisen.

IX.

Seit 1990 ist die Bundeswehr im Rahmen „friedenserhaltender“ und „friedenssichernder“ Maßnahmen mit Billigung und Zustimmung der Bundesregierung und des Bundestages im Bündnis mit weiteren NATO-Partnern in Drittländern in Auslandseinsätzen mit einem völkerrechtlichen Mandat ausgestattet und in völkerrechtswidrigen Kriegen tendenziell ansteigend eingebunden. Die Auslandseinsätze der Bundeswehr seit 1990 sind der Anlage 3 zu entnehmen.

Auf dem Territorium der BRD sind bis zum heutigen Tage bedeutende Kontingente von US – Streitkräften aller Waffengattungen stationiert und diese nutzen/nutzen mit Billigung der jeweilig amtierenden Regierung der BRD auch nach dem Truppenabzug der sowjetischen/ russischen Streitkräfte vom Hoheitsgebiet der ehemaligen DDR ihre Militärbasen u.a. für völkerrechtswidrige Kriege.

Nachgerückt folgende größeren/bedeutenden Militärstützpunkte der US-Army auf bundesdeutschem Hoheitsgebiet gehören hierzu:

Ansbach, Bamberg, Baumholder, Böblingen (Hauptquartier der United States Marine Corps Forces Europe (USMARFOREUR), Bruchmühlbach-Miesau Army Depot, Büdingen, Darmstadt, Dexheim, Gießen-Friedberg, Grafenwöhr (Truppenübungsplatz), Germersheim (Zentrallager), Hohenfels Joint Multinational Readiness Center (JMRC), Hanau, Heidelberg, Illesheim, Kaiserslautern, Landstuhl - Landstuhl Regional Medical Center, Mannheim - US-Garnison Mannheim, Ramstein - Ramstein Air Base/AFRICOM, Schweinfurt, Spangdahlem - Spangdahlem Air Base, Stuttgart - United States European Command, Vilseck, Wiesbaden - Wiesbaden Army Airfield.

Mit 287 US-Amerikanischen militärischen Liegenschaften, kommt der Bundesrepublik eine exponierte strategische Bedeutung im Rahmen der global ökonomischen Ambitionen/ Zielrichtungen der USA zu. Folgende Tatsachen/Fakten unterstreichen diese Aussage zusätzlich.

Die US-Regierung/das Pentagon hat unseren Planeten in 6 militärische Kommandobereiche unterteilt, die sowohl einzeln als auch im Verbund mit ihren Bündnispartnern aktiv ihre Militärdoktrin umsetzen. Es handelt sich hierbei um die Oberkommandos

NORTHCOM: zuständig für die USA, Kanada und Mexiko mit Sitz auf Peterson Air Force Base in Colorado Springs, Colorado

SOUTHCOM: zuständig für Mittel- und Südamerika mit Sitz in Miami, Florida

PACOM: zuständig für den gesamten pazifischen Raum einschließlich Australien und China und den Stützpunkten in Japan (Okinawa), Süd-Korea und auf Guam, mit Sitz in Camp Smith bei Honolulu auf Hawaii

CENTCOM: zuständig für den Nahen und Mittleren Osten, Ägypten und die Arabische Halbinsel, mit Sitz auf der McDill Air Force Base in Florida in Verbindung mit der Kommandobasis auf der Al Udeid Air Base in Katar und dem Central Command der US-Army im Camp Arifjan, Kuwait

- EUCOM:** zuständig für Europa einschließlich dem asiatischen Teil Russlands, Island, Grönland, **mit Sitz bei Stuttgart-Vaihingen**
- AFRICOM:** zuständig für ganz Afrika (jedoch nicht für Ägypten und der Arabischen Halbinsel) **mit Sitz in Stuttgart**

Wie Sie der Aufstellung entnehmen können, haben zwei Kommandozentralen von insgesamt 6 ihren Hauptsitz auf dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland. Die nachfolgenden Zahlen/Angaben, EUCOM und AFRICOM betreffend, variieren ständig und stellen daher nur eine Momentaufnahme dar.

EUCOM

Das Oberkommando EUCOM befehligt mehr als 112.000 Armeeangehörige auf 499 Stützpunkten. Hiervon sind 64.000 Armeeangehörige in Deutschland stationiert. Weitere 14.000 bei der 6. US-Flotte im Mittelmeer, 12.000 in Großbritannien, 10.000 in Italien und jeweils 2.000 in der Türkei und in Spanien sowie kleinere Kontingente in Norwegen, Niederlande, Belgien, Luxemburg, Portugal und Griechenland. Vor der Entstehung des Oberkommandos AFRICOM war das Oberkommando EUCOM auch zuständig für die US-Kriegs-/Kommandoeinsätze in Afrika und dem Nahen Osten.

AFRICOM

Das **United States Africa Command (AFRICOM;** deutsch *Afrikanisches Kommando der Vereinigten Staaten*) ist das sechste und jüngste Regionalkommando der US-Streitkräfte, das im Oktober 2007 aufgestellt wurde. Ab Oktober 2008 wurde die volle Operationsfähigkeit hergestellt.

Die Aufgabe von AFRICOM besteht u.a. darin, alle Aktivitäten des US-Verteidigungsministeriums in 56 afrikanischen Staaten zu koordinieren. AFRICOM hebt die besondere Bedeutung des afrikanischen Kontinents für die geostrategische Bewertung und Kontrolle dieser Staaten hervor. Ziel ist es intensiver denn je, die spezifischen militärischen, politischen, ökonomischen und sozialen Einflussnahmen auf die Staaten dieser Region zu koordinieren. Maßgeblich für die Gründung des 6. Regionalkommandos war die Entlastung von EUCOM, dessen Verantwortungsbereich fast alle Gebiete der ehemaligen Sowjetunion umfasste, d.h. bis zur Halbinsel Kamtschatka im Pazifik.

Nur beispielhaft sei auf einige wenige jedoch bedeutende Militärstützpunkte der USA auf Bundesdeutschen Hoheitsgebiet kurz eingegangen.

US-Air Base Ramstein

Auf diesem Militärstützpunkt hat das Hauptquartier der US-Air-Force in Europa/HQ USAF seinen Sitz und ist zugleich das größte Luftdrehkreuz der US-Streitkräfte außerhalb der USA. Ca. 30.000 Starts und Landungen sind auf dem Airport jährlich zu registrieren. Die Basis verfügt über die größte Wartungshalle der US-Air-Force sowie ein vollautomatisches Fracht- und Passagier-Terminal, wobei Letzteres ca. 30.000-35.000 Militärangehörige monatlich abwickelt.

Air Base Spangdahlem

Spangdahlem ist Teil der 3rd Air Force (3. Luftwaffe) mit Sitz in RAF Mildenhall in Großbritannien und somit Teil der United States Air Forces in Europe (USAFE).

Ammunition Center Europe bei Miesau im Kreis Kaiserslautern

Das Ammunition Center Europe gilt als das größte Munitionsdepot der Welt auf einer Fläche von ca. 2.400 Hektar. In mehr als 1.500 Bunkern werden bis zu 500.000 Tonnen Munition – modernster Bauart - gelagert.

Dieses Munitionslager dient der ständigen Bestückung der in Afghanistan und im Irak im Krieg befindlichen US-Truppen. Ca. 90 Prozent der im Irak und in Afghanistan zum Einsatz gekommenen Munition auch für Handfeuerwaffen stammt aus Depots in der Westpfalz. Dies gilt auch für die zum Einsatz gekommene Uranmunition.

Landstuhl Regional Medical Center / LRMC

Das Landstuhl Regional Medical Center ist das größte US-Militärkrankenhaus außerhalb der Vereinigten Staaten.

Truppenübungsplatz Grafenwöhr/ Joint Multinational Command Training Center (JMCTC)

Es handelt sich hierbei um einen der weltweit größten Truppenübungsplätze der US-Army außerhalb der USA.

Zivile Flughäfen in der Bundesrepublik

Immer häufiger werden im Rahmen der Kriegseinsätze der USA auch zivile Flughäfen in Deutschland genutzt. Hierfür stehen u. a. die Flugplätze in Hahn bei Frankfurt, in Nürnberg und in Leipzig.

Militärflugplatz Büchel

Die deutsche Luftwaffe als integraler Bestandteil der NATO bildet auch deutsche Jagdbomberpiloten für den Einsatz mit Massenvernichtungswaffen aus.

Am Standort Büchel werden nach offizieller Verlautbarung 20 US-Atomwaffen des Typs B-61-3 und B-61-4 gelagert. Die Sprengkraft dieser atomaren Waffen entspricht 340 Kilotonnen TNT (dem 26-fachen der Hiroshima-Atombombe). Die geplante Modernisierung der Atomsprengköpfe wird deren Wirkung um ein Vielfaches erhöhen.

Das freiwillige Nachgeben der Bundesregierung, die Anzahl der Atomwaffen seitens der USA auf deutschem Territorium aufzustocken, lässt sich durch nichts rechtfertigen. Die Argumentation der Bundeskanzlerin hierzu in einer Pressekonferenz steht den legitimen Interessen der deutschen Bevölkerung, ja der Völker der Welt diametral entgegen. Es wäre wünschenswert, dass die Bundeskanzlerin als promovierte Physikerin und bekennende Christin den eindringlichen Appellen ihrer Kollegen, die an der Entwicklung und den Folgen atomarer Waffen jahrzehntelang geforscht und gearbeitet haben, in ihrer Bewertung des Einsatzes/der Stationierung auf deutschem Territorium dieser satanischen Massenvernichtungswaffen folgen würde. Sicherlich sind in der Bibliothek des Bundestages die Werke von Carl Friedrich von Weizsäcker, dem Mitschöpfer der Bethe-Weizsäcker-Formel, vorrätig („Der bedrohte Friede“ und „Der bedrohte Friede - heute“), um sich deren warnende Worte stetig zu vergegenwärtigen. Die Ereignisse und Folgen in Tschernobyl und Fukushima und die Atomwaffentests insbesondere der USA und der Sowjetunion als auch die Folgen des Einsatzes von Uranmunition sprechen ohne Wenn und Aber gegen den Einsatz und somit gegen die Stationierung dieser Waffen auf deutschem Boden. Die Forderung kann gegen alle äußeren und inneren Widerstände nur lauten: ein atomwaffenfreies Deutschland, ein atomwaffenfreies Europa, eine atomwaffenfreie Welt!

Ramstein war lt. einer Erklärung des Air Force General Charles F. Wald, Stellvertreter von Oberbefehlshaber Jones (EUCOM) im August 2003 *“entscheidend am Erfolg der Operation Enduring Freedom und dem Irak-Einsatz beteiligt”*; er führte insoweit aus **"Ramstein war**

wesentlich an dem Erfolg der Operationen 'Enduring Freedom, und 'Iraqi Freedom beteiligt. Viele Versorgungsflugzeuge landeten in Ramstein, das über eine exzellente Infrastruktur verfügt, und wir haben großartige Beziehungen zu Deutschland. Es macht viel Sinn, Plätze wie Ramstein, Spangdahlem und Moron (Spanien) offen zu halten, denn sie verfügen über große Landebahnen, mit denen man eine große Zahl von Flugzeugen abfertigen kann... Was wir bei Ramstein zum Beispiel schätzen ist, dass ein strategisch wichtiger Flug möglich ist, ohne dass wir den Transporter auftanken müssen. Man kann in den Staaten starten und ohne aufzutanken in Ramstein landen.“

Ramstein und Stuttgart Vaihingen sind für den Nachschub der US-Streitkräfte in Europa für operative Einsätze, z. B. in Russland, Afrika und dem Mittleren Osten von **strategischer (unverzichtbarer) Bedeutung** und wurden in der Vergangenheit überwiegend aus deutschen Steuergeldern zu den größten Luftdrehkreuzen der US-Airforce in Europa ausgebaut.

Bestätigt findet sich diese Einschätzung in den bekannt gewordenen Zahlen für die Jahre 2007/2008. Im März 2008 wurde demnach ein neuer trauriger Rekord aufgestellt. Besatzungen des U.S. Air Mobility Command (des US-Luftfracht-Kommandos) haben von Deutschland aus in 27 Staaten (im Mittleren Osten), die zum Verantwortungsbereich des CENTCOM gehören, 120.000 Armeeingehörige ein- und ausgeflogen. Im März 2008 wurde der Personentransport im Gegensatz zum September 2007 um 3 Prozent übertroffen.

Gleichfalls im März 2008 wurden mehr als 41.350 Tonnen Ladung/Kriegsgüter in den Mittleren Osten und dem Horn von Afrika von deutschem Territorium aus befördert.

Den Großteil aller militärischen Lufttransporte für die Aggressionskriege im Mittleren Osten und in Afrika wickeln die USA über die BRD ab.

Die vorgenannten Fakten sowie die aktuelle Außen-/Bündnispolitik der Bundesregierung tragen maßgeblich dazu bei, dass die Bundesrepublik Deutschland zu einem Primärziel im Falle eines 3. Weltkrieges mit katastrophalen Folgen werden würde, die unsere Vorstellungskraft übersteigen (Millionen von deutschen Staatsbürgern würden sterben; hinzu kämen Millionen von Verletzten, psychisch und physisch Geschädigten, unbewohnbare Gebiete, unvorstellbare materielle Schäden, unwiederbringbare Verluste kulturhistorischer Stätten, Umweltschäden etc.).

Allein schon die von Ihnen in der Mehrzahl vertretenen religiösen Glaubensrichtungen (ob katholisch oder evangelisch) widersprechen fundamental einer Entwicklung/einer Politik, wie der aktuellen.

Allein die Namenswahl der Regierungsparteien - **Christlich Demokratische** Union, **Christlich Soziale** Union und **Sozialdemokratische** Partei Deutschland - sind für sich gesehen Programm und Verpflichtung!

Erinnert sei in diesem Zusammenhang an die Worte Jesus´ an Petrus im Rahmen seiner Festnahme: „Stecke dein Schwert zurück. Denn alle, die zum Schwert greifen, werden durchs Schwert umkommen“ (Matthäus 26,52) oder an seine Bergpredigt: „Glücklich zu preisen sind die, die Frieden stiften, denn sie werden Söhne Gottes genannt werden“.

X.

Veränderungen in der Kriegsführung basieren primär auch auf technische Entwicklungen/ Neuerungen im Einsatz von Kriegsgerät, wie z. B. den Kampfdrohnen. Kampfdrohneinsätze werden u.a. auch über einzelne Militärstützpunkte der US-Army auf dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland im Nahen Osten und Afrika, nunmehr auch in der Ukraine und in allen NATO-Mitgliedstaaten, koordiniert.

Auf eine parlamentarische Anfrage wurde seitens der Bundesregierung u.a. hierzu wie folgt Stellung genommen:

*„Um Aspekte der Operationsführung Allierter nicht ohne deren Zustimmung zu veröffentlichen, werden weitere Erkenntnisse der Bundesregierung zur Fragestellung gesondert in einer Anlage an den deutschen Bundestag mit der Einstufung „Verschlussache - Nur für den Dienstgebrauch“ zugeleitet. Der Bundesregierung liegen darüber **hinaus keine eigenen gesicherten Erkenntnisse** zu möglichen Einsätzen Bewaffneter unbemannter Luftfahrzeuge mit Waffenwirkung am Boden vor.“*

*„Die Frage der Übereinstimmung militärischer Handlungen mit dem Völkerrecht kann nicht allgemein beantwortet werden, sondern immer nur in Bezug auf den konkreten Einzelfall. Eine rechtliche Bewertung setzt genaue Kenntnisse des Einzelfalls voraus. **Die Bundesregierung sieht sich daher nicht in der Lage, zu beurteilen, ob Einsätze bewaffneter AUS stets legitimiert waren.**“*

Neben den USA und Israel ist die Bundesrepublik Deutschland selbst aktiv an Drohnenprogrammen im Rahmen von Forschungsprojekten und Technologietransfers beteiligt, die u.a. mit EU – Geldern im Rahmen von EU – Forschungsprogrammen mit dem Schwerpunktbereich Sicherheitsforschung finanziert werden.

Auch werden Technologien erforscht oder vorhandene perfektioniert, indem selbst der Planet Erde und die ihn prägenden physikalischen Komponenten als Waffe genutzt werden. Die Erzeugung von Sturmtiefs, Erdbeben, Dürren, Überschwemmungen usw. als perfekte Waffe werden im Geheimen praktizierend in militärische Überlegungen/Handlungen einbezogen (das weltweit in Ausbau befindliche HAARP- System mittels dem hochfrequente Radiowellen zur Aufheizung der Ionosphäre erzeugt werden können, dürfte jedem von Ihnen bekannt sein).

Der „Cyber-Krieg“ und die Entwicklung von Computerviren als Waffe sind integraler Bestandteil der modernen Kriegsführung. Es geht um das Infiltrieren/Zerstören von Einrichtungen in kritischen Infrastrukturen von (Feind-)Staaten. Hierzu zählen Internetknotenpunkte, das Telekommunikationsnetz, Stromtrassen und –erzeuger, militärische Einrichtungen, Krankenhäuser, wichtige Produktionsstätten, Transportsysteme (z. B. auch Gas-, Erdöl – und Wasserleitungen) usw.

Die Bundesrepublik Deutschland muss sich nach aktuellen Angaben des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik täglich ca. 4.000 Cyber-Angriffen erwehren. Dennoch sind ca. 56.000 offene Schaltstellen in der deutschen Infrastruktur für jeden Kriminellen, Terroristen oder Geheimdienst zugänglich. Die Enthüllungen von Edward Snowden belegen, dass kritische Infrastrukturen, wie z. B. das deutsche Telekommunikationsnetz ein vorrangiges Cyberangriffsziel der USA-Geheimdienste ist und lückenlos erfasst wird. Die Ausführungen/Komentierungen der Bundesregierung diesbezüglich sind Ihnen hinlänglich bekannt.

Die wahre Dimension, die der Cyber-Krieg bereits erreicht hat, ist eng verbunden mit der Historie der Entwicklung und des Einsatzes des unter dem Codenamen Stuxnet bekannten Computerwurms. Ziel der US-Regierung, die zwischenzeitlich bestätigte, den Befehl für den Einsatz von Stuxnet erteilt zu haben, war es, die Errichtung der Urananreicherungsanlage in Natan im Iran zu verzögern. Aus deutscher Sicht ist von äußerster Brisanz die Tatsache, dass im Einsatz befindliche Siemens-Steuerungssysteme durch den völkerrechtswidrigen Angriff gegen den Iran hiervon maßgeblich betroffen waren. Völlig ungeklärt ist, ob sich nicht in existierenden Steuerungssystemen der in Umlauf gebrachte „Virus“ in einem so genannten „Schlafzustand“ befindet, um zu gegebener Zeit aktiviert zu werden. Sollte dem so sein, wäre jederzeit eine erneute Prozessmanipulation in Einrichtungen aller hiervon betroffenen Systeme möglich. Alle Parlamentarier sollten sich in Kenntnis dieses Gefährdungspotentials offen dafür einsetzen, die USA, Großbritannien, Israel und weitere Staaten aufzufordern offenzulegen, ob und in welchem Umfang, in welchen Steuerungssystemen sogenannte Trojaner/Viren eingeschleust sind und sich in einem „Schlafzustand“ befinden, um diese zu eliminieren und letztendlich Maßnahmen zu ergreifen, derartige völkerrechtswidrige Handlungen zukünftig zu erschweren/zu unterbinden.

Die Konsequenzen dieser völkerrechtswidrigen Handlungen/Entscheidungen der US-Regierung sind unüberschaubar, da davon auszugehen ist, dass sich eine Vielzahl von Staaten dieser oder ähnlicher Methoden der verdeckten Kriegsführung im bereits von der Weltöffentlichkeit abgeschirmten Cyber-Krieg (auf noch niedrigem Level) bedienen. Sofern die Auffassung vertreten wird, dass mit diesem Angriff die USA die Büchse der Pandora geöffnet haben, kann dem nur beigespflichtet werden. Zweifelsfrei haben die USA durch ihre völkerrechtswidrigen Handlungen eine rote Linie überschritten. An dieser Stelle sei noch daran erinnert, dass bereits 1984 der BND davor warnte, dass der Iran in wenigen Monaten im Besitz von Atomwaffen aus eigener Produktion sein wird. Seit diesem Zeitpunkt sind mehr als 30 Jahre vergangen.

Zu Recht wird von namenhaften IT-Sicherheitsspezialisten von einer erschreckenden Inkompetenz der für die Sicherheit der deutschen Wirtschaft und seiner gesamten Infrastruktur Verantwortlichen gesprochen. Bekannt ist, dass der NSA und andere Geheimdienste dreistellige Millionenbeträge in Spionage- und Schadsoftware investieren, um den Auftraggebern ihrer einheimischen Wirtschaft, der Regierung und dem Militär Informationsvorteile im ungezügelten Wettbewerb auf allen Ebenen den notwendigen zeitlichen und informellen Vorsprung zu verschaffen.

Daher wäre es im legitimen Interesse Deutschlands und Europas, Edward Snowden im eigenen Land zu allen Themen, die die nationale und europäische Sicherheit betreffen, die Zielsetzung des NSA als auch zum Stand der Infiltrierung der europäischen Infrastruktur in ihrer Gesamtheit anzuhören. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass E. Snowden auch davor warnte, dass deutsche Server von ausländischen Regierungen/Hackern genutzt werden können, um die USA oder Dritte digital anzugreifen. Dies kann keinesfalls im Interesse der Bundesrepublik sein, die nach Lesart der USA somit zwangsläufig zum Feindstaat wird. Mahnung sollten auch die aktuellen Ereignisse im Rahmen eines Hackerangriffs gegenüber dem mehrfach geschützten Computersystem des Deutschen Bundestages sein. Es ist die Pflicht der Bundesregierung, den Einzelnen und die Gesamtheit vor terroristischen Cyber-Angriffen auch zum Erhalt des Weltfriedens zu schützen.

Zusammenfassend ist hierzu auszuführen, dass es dem NSA im Auftrage der US-amerikanischen Regierung des Militärs um eine lückenlose Erfassung der so genannten

kritischen Infrastruktur in allen Staaten auf unserem Planeten geht, um sie im Ernstfall zu kontrollieren und zu sabotieren. Daher gehört es auch zu den Aufgaben des NSA weltweit Steuerungssysteme zu infiltrieren, um Informationen und technische Daten zu erhalten, u. a. über Öl- und Gasleitungen und Transportsysteme sowie Systemsteuerrungen von Elektrizitätswerken. Diese Tatsache sollte umgehend zu einer Gegenreaktion auch der Bundesregierung führen, zumal die USA mit ihren Methoden jedem einzelnen Bündnispartner zu verstehen geben, dass ihr Handeln auch in ihrem Interesse erfolgt und eine Abkehr von dieser vorgegebenen Linie zwangsläufig dazu führt, dass der betreffende Staat u. a. nicht mehr über vermeintliche Terrorangriffe im eigenen Land oder auf seine Einrichtungen im Ausland informiert/gewarnt wird. Landläufig nennt man dies Erpressung.

Erinnert sei daran, dass in einem Krieg die gesamte Infrastruktur des vermeintlichen Kriegsgegners durch den Einsatz einer genau platzierten EMP-Bombe zerstört werden kann (Blackout). Auch aufgrund dieser Tatsache sollten notwendiger Weise alle Szenarien einer Prüfung unterzogen werden, mit dem Ziel, die deutsche und europäische Infrastruktur zu schützen. **Gleiches gilt für den desolaten Zustand des allgemeinen Zivilschutzes, der in Kindereinrichtungen/Schulen/Universitäten und im alltäglichen (Berufs-) Leben nur ein stiefmütterliches Dasein fristet. Die Zivilbevölkerung in der BRD wurde im Gegensatz z. B. zu der in Israel und weiterer Staaten des umfassenden Zivilschutzes im Rahmen möglicher kriegerischer Auseinandersetzungen spätestens seit 1990 zielgerichtet entfremdet/ entwöhnt (aufgrund gravierender Fehleinschätzungen zu den Ursachen vergangener und zukünftiger Kriege).**

XI.

Jeder einzelne Entscheidungsträger/Parlamentarier/Militär/Mitarbeiter der Nachrichtendienste usw. sollte im Rahmen seiner höchst persönlichen Entscheidungsfindung über den Einsatz des Militärs im In- und Ausland und der Unterstützung Dritter, die an kriegerischen Handlungen egal wo auf unserem Planeten, direkt oder indirekt teilnehmen, zwingend die Normen des Völkerrechts und der umfassenden Rechtsprechung hierzu kennen und zur obersten Maxime seines Handelns/seiner Entscheidung erheben.

Die Rechtsprechung des Internationalen Gerichtshofes hat mehrfach darauf verwiesen, dass jeder Staat, der ohne einen völkerrechtlichen Rechtfertigungsgrund sich über das völkerrechtliche Gewaltverbot der UN- Charta hinwegsetzt und zu militärischer Gewalt allein oder im Verbund greift, völkerrechtswidrig handelt und eine militärische Aggression begeht.

Einer besonderen rechtlichen Bedeutung kommt den Militäreinsätzen, auch der Bundeswehr in Jugoslawien, Afghanistan und den Militäreinsätzen der USA und ihrer Verbündeten in den vorgenannten Staaten sowie dem Irak, Libyen und Somalia zu. Das Bundesverwaltungsgericht hat in einer richtungsweisenden Entscheidung folgende Feststellung zum Irakkrieg 2003 ff. zur Grundlage seiner Entscheidungsfindung gemacht:

„Nach den vom Senat getroffenen Feststellungen steht fest, dass die Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland im Zusammenhang mit diesem am 20. März 2003 begonnenen Krieg insbesondere die Zusage machte und erfüllte, den USA und dem UK für den Luftraum über dem deutschen Hoheitsgebiet "Überflugrechte" zu gewähren, die Nutzung ihrer "Einrichtungen" in Deutschland zu ermöglichen sowie für den "Schutz dieser Einrichtungen" in einem näher festgelegten Umfang zu sorgen; außerdem hatte sie im Zusammenhang mit dem Irak-Krieg dem weiteren Einsatz deutscher Soldaten in

AWACS-Flugzeugen "zur Überwachung des türkischen Luftraums zugestimmt". Gegen die völkerrechtliche Zulässigkeit dieser Unterstützungsleistungen bestehen gravierende rechtliche Bedenken [...].“

Das Bundesverwaltungsgericht führt hierzu weiter aus:

*„Ein Verstoß gegen das völkerrechtliche Gewaltverbot kann nicht ohne weiteres deshalb verneint werden, weil die Regierung der Bundesrepublik Deutschland öffentlich wiederholt zum Ausdruck gebracht hatte (vgl. u.a. Erklärung von Bundeskanzler Schröder am 19 März 2003, 15. WP, 34. Sitzung, Verh. des Deutschen Bundestages, Bd. 216 S. 2727 C), "dass sich deutsche Soldaten an Kampfhandlungen nicht beteiligen werden". **Die Unterstützung einer völkerrechtswidrigen Militäraktion kann nicht nur durch die militärische Teilnahme an Kampfhandlungen erfolgen, sondern auch auf andere Weise. Ein völkerrechtliches Delikt kann durch ein Tun oder - wenn eine völkerrechtliche Pflicht zu einem Tun besteht - durch Unterlassen begangen werden. (vgl. dazu u.a. von Münch, Das völkerrechtliche Delikt, 1963, S. 134 m.w.N.). Eine Beihilfe zu einem völkerrechtlichen Delikt ist selbst ein völkerrechtliches Delikt.***

Anhaltspunkte und Maßstäbe für die Beantwortung der Frage, wann eine Hilfeleistung durch eine Nicht-Konfliktpartei zugunsten eines kriegführenden Staates völkerrechtswidrig ist, ergeben sich für den Bereich der Unterstützung eines völkerrechtswidrigen militärischen Angriffs durch einen Drittstaat u.a. aus der von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 14. Dezember 1974 ohne formelle Abstimmung im Wege des allgemeinen Konsenses als Bestandteil der Resolution 3314 (XXIX) beschlossenen "Aggressionsdefinition" sowie aus dem völkerrechtlichen Neutralitätsrecht. Letzteres hat seine Grundlage im Völkergewohnheitsrecht und im V. Haager Abkommen (V. HA) betreffend die Rechte und Pflichten neutraler Staaten im Falle eines Landkriegs vom 18. Oktober 1907 (RGBl. 1910 S. 151) in Deutschland in Kraft seit dem 25. Oktober 1910.

In Art. 3 Buchst. f) der o.g. "Aggressionsdefinition" heißt es, dass als "Angriffshandlung" im Sinne des Art. 39 UN-Charta unter anderem auch folgende Handlung anzusehen ist:

"Die Handlung eines Staates, die in seiner Duldung besteht, dass sein Hoheitsgebiet, das er einem anderen Staat zur Verfügung gestellt hat, von diesem anderen Staat dazu benutzt wird, eine Angriffshandlung gegen einen dritten Staat zu begehen...." gilt im völkerrechtlichen Sinne als ebenfalls als Aggressor.

Weiterhin stellt das Bundesverwaltungsgericht in seiner Entscheidung unmissverständlich fest,

*„Selbst wenn bis heute zweifelhaft ist, ob die in Art. 3 aufgeführten Schädigungshandlungen nicht nur einen „actofaggression“ im Sinne von Art. 39 UN-Charta, sondern auch einen Fall des „armedattack“ im Sinne von Art. 51 UN-Charta darstellen, kommt in Art. 3 jedenfalls eine gewichtige, in der Staatengemeinschaft vorhandene Überzeugung zum Ausdruck: **Dulden die Organe eines Territorialstaates die Vornahme von Angriffshandlungen eines „Fremdstaates“ oder unterlassen sie es, von diesem Territorium aus unternommene militärische Angriffshandlungen zu verhindern, so sind die Angriffshandlungen damit im Falle des Art. 3 Buchst. f) der „Aggressionsdefinition“ auch dem betreffenden Territorialstaat zuzurechnen“***

Das Bundesverwaltungsgericht kommt letztendlich zu dem Schluss, dass von den **„... völkerrechtlichen Verpflichtungen die Bundesrepublik Deutschland im Falle des am 20. März 2003 begonnenen Krieges, gegen den gravierende völkerrechtliche Bedenken bestehen, nicht dadurch freigestellt wurde, dass sie Mitglied der NATO war und ist, der auch die Krieg führenden USA und das UK (sowie weitere Mitglieder der Koalition) angehören.“**

Somit steht zweifelsfrei fest, dass ein NATO-Staat, der einen völkerrechtswidrigen Krieg plant und ausführt, nicht nur gegen die UN-Charta verstößt, sondern zugleich auch gegen Art. 1 NATO-Vertrag.

Darin haben sich alle NATO-Staaten verpflichtet, „in Übereinstimmung mit der Satzung der Vereinten Nationen jeden internationalen Streitfall, an dem sie beteiligt sind, auf friedlichem Wege so zu regeln, dass der internationale Friede, die Sicherheit und die Gerechtigkeit nicht gefährdet werden und sich in ihren internationalen Beziehungen jeder Gewaltandrohung oder Gewaltanwendung zu enthalten haben, die mit den Zielen der Vereinten Nationen nicht vereinbar sind.“

Ein gegen die UN-Charta verstoßender Angriffskrieg eines NATO- Staates kann mithin selbst durch die Ausrufung des „NATO-Bündnisfalles“ nicht zum Verteidigungskrieg werden.

Das Bundesverwaltungsgericht führte weiterhin aus: „Widersprechen sich die Verpflichtungen von Mitgliedern der Vereinten Nationen aus dieser Charta und ihre Verpflichtungen aus anderen internationalen Übereinkünften, so haben die Verpflichtungen aus dieser Charta Vorrang.“ Art. 103 UN-Charta stellt ganz allgemein den Vorrang des Rechts der UN-Charta gegenüber Verpflichtungen aus allen anderen völkerrechtlichen Abkommen fest. **Dies hat im vorliegenden Zusammenhang die Konsequenz, dass aus solchen - für den Senat nicht ersichtlichen, jedoch nicht auszuschließenden - Geheim-Abkommen für die USA und für das UK gegenüber Deutschland jedenfalls keine Rechte und Verpflichtungen ableitbar sind, die der UN-Charta widersprechen, also etwa gegen das Gewaltverbot des Art. 2 Ziff. 4 UN-Charta verstoßen.“**

Rechtlich gesehen sind somit Geheimabkommen für die Bundesregierung, sofern sie völkerrechtliche Normen verletzen oder im Widerspruch zu diesen stehen, nicht bindend. Dieses gilt auch für die häufig erwähnte Kanzlerakte oder diverser Geheimabkommen über die Stationierung ausländischer Streitkräfte auf dem Territorium der BRD. Die Bundesregierungen hätten seit dem 23. Mai 1949 vehement, zielstrebig – spätestens seit dem 03. Oktober 1990 auf den Abschluss eines Friedensvertrages zur Wahrung der Interessen Deutschlands bestehen müssen. Die Hindernisse hierfür sollten offen und klar und nicht verklausuliert öffentlich bekanntgegeben werden. Die Kriegsverbrechen der USA gegenüber anderen Völkern wären geeigneter Anlass gewesen, die Forderungen gegenüber den USA auf Abschluss von Abkommen, die die volle Souveränität der BRD gewährleisten, zu erheben und durchzusetzen (z.B. bereits während des Vietnamkrieges).

Die UN-Charta, die Genfer Konventionen und ihre Zusatzprotokolle und alle internationalen und nationalen Regelungen zum Erhalt des Weltfriedens sind im Rahmen jeder rechtlichen Beurteilung des Handelns von Staaten oder Einzelpersonen in den Mittelpunkt der Beurteilung/Entscheidungsfindung zu stellen. Auch für den Fall, dass aufgrund der sich

verändernden Kriegsführung (asymmetrisch, militärisch geführte Kriege/Drohneinsätze) es juristische Freiräume gibt, ist dem Grundsatz der friedlichen Beilegung von Konflikten zu folgen.

Unzulässig und den völkerrechtlichen Grundsätzen widersprechend sind Wortschöpfungen, wie z.B. die des humanitären Militäreinsatzes, des kriminellen bzw. rechtswidrigen Kämpfers oder die des Terroristen usw., die lediglich dem Ziel dienen, völkerrechtliche und nationale Normen zu umgehen.

Terroristen sind Straftäter, die mit den zur Verfügung stehenden juristischen Mitteln zur Verantwortung zu ziehen sind. Der Tod durch einen Drohneinsatz ist Mord. Kollateralschäden werden billigend in Kauf genommen und sind auch nichts Anderes als Mord an Kindern, Greisen und Frauen.

Kein Strafrichter der Bundesrepublik Deutschland würde dem Terminus tödlicher Kollateralschäden zulassen, sondern als Mord oder Totschlag juristisch einordnen. Es gilt die Errungenschaften in der Judikative zu bewahren und sich stets zu vergegenwärtigen, welche Auswirkungen, Konsequenzen ein Abweichen hiervon hätte.

XII.

Es ist eine alte Binsenwahrheit, dass mit Kriegen/Waffen höchste Profite erzielt werden. Ein Blick in die Geschichte bestätigt dies auf dramatische Art und Weise. Dennoch und in Kenntnis, dass die Waffentechnik einen Entwicklungsstand erreicht hat, der es ermöglicht, z.B. mit einer Atombombe mehrere Hunderttausende/Millionen von Menschen in wenigen Sekunden zu töten und dass in vielen Regionen unseres Planeten Krisenherde existieren, die das Potential zu größeren Flächenbränden haben, hinderte die Bundesregierungen nicht, den Export von Waffen in einem nicht vertretbaren Umfang zuzulassen. Der Waffenexport ist auch in der BRD ein Wirtschaftsfaktor ersten Ranges.

Genehmigt wurden in der Vergangenheit von der Bundesregierung u.a. Waffenexporte nach Saudi-Arabien (Eurofighter), von MILIAN-Panzerraketensystemen nach Libyen und Mercedes-Militärfahrzeuge nach Tunesien, Ägypten und Syrien. So wurden durch den Bundessicherheitsrat im Sommer 2011 erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik bis zu 270 Leopard-2-Kampfpanzer nach Saudi-Arabien exportiert und dies trotz einer jahrzehntewährenden Instabilität im Nahen Osten und der absolutistischen Grundstrukturen in diesem Staat.

Diese Entscheidungen/Entwicklungen werden verständlich, sofern man sich mit den Denkstrukturen hochrangiger Politiker in der Bundesrepublik näher beschäftigt.

Auf der Festveranstaltung „50 Jahre Bergedorfer Gesprächskreis“ der Körber-Stiftung am 9. September 2011 in Berlin gewährte die Bundeskanzlerin in Anwesenheit von Ex-Bundespräsident Richard von Weizsäcker und Ex-Kanzler Helmut Schmidt einen Einblick in ihr Weltbild. Nach ihrer Auffassung sollten Staaten, die bereit seien, sich zu engagieren, dazu befähigt werden, Zitat: „*Ich sage ausdrücklich: Das schließt auch den Export von Waffen mit ein.*“ **Im Falle der Einigkeit im Atlantischen Bündnis und in der Erkenntnis, „*dass die NATO nicht alle Konflikte lösen kann und dass den aufstrebenden Schwellenländern und Regional-organisationen mehr Verantwortung zukommt*“.**

Ihre Doktrin von Waffenlieferungen an befreundete Staaten zwecks Umsetzung deutscher Interessen erläuterte die Kanzlerin auf der Bundeswehrtagung in Strausberg

im Oktober 2012 wie folgt. Es liege „in unserem Interesse, wenn wir Partner dazu befähigen, sich für die Bewahrung oder Wiederherstellung von Sicherheit und Frieden in ihren Regionen wirksam einzusetzen“.

Unmissverständlicher kann man der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten und der friedlichen Beilegung von Streitigkeiten und Konflikten keine Absage erteilen. In diesen Erklärungen und vielen weiteren wird deutlich, welchen wirtschaftlichen und ideologischen Interessen auch die Bundesregierung folgt.

Es ist darüber hinaus unabdingbar, auf den stetig wachsenden politischen/ ökonomischen Einfluss des militärisch-industriellen Komplexes auch in der Bundesrepublik Deutschland hinzuweisen.

Mehrere umfassende Recherchen zum Wirtschaftsfaktor Militärisch-Industrieller Komplex in der Bundesrepublik sind für Jedermann frei zugänglich.

Ihnen dürfte nachgerückt folgendes Zitat aus der Abschiedsrede des 34. US-Präsidenten Dwight D. Eisenhower vom 17. Januar 1961 bekannt sein, als er seine US-amerikanischen Landsleute vor der außerordentlichen Macht des militärisch industriellen Komplexes in den USA ausdrücklich gewarnt hat:

"Wir waren dazu gezwungen, eine riesige Rüstungsindustrie aufzubauen....Die Verbindung, die das militärische Establishment und die gewaltige Rüstungsindustrie miteinander eingegangen sind, ist eine neue Erfahrung für die USA. Der totale Einfluss (dieser Verbindung) – in ökonomischer, politischer und sogar geistiger Hinsicht – ist in jeder Stadt, in jedem Parlamentsgebäude und in jedem Büro der Bundesregierung spürbar. ... Wir dürfen ihren gewaltigen Einfluss nicht unterschätzen. Er wirkt sich auf unser Arbeitsleben, unsere Ressourcen und unser Lebensart aus und natürlich auch auf die Struktur unserer Gesellschaft. ... Wir müssen uns vor unbefugtem Einfluss des militärisch-industriellen Komplexes schützen – unabhängig davon, ob er beabsichtigt oder unbeabsichtigt ist. Das Potential für die katastrophale Zunahme fehlgeleiteter Kräfte ist vorhanden und wird weiterhin bestehen. Wir dürfen es nie zulassen, dass die Macht dieser Kombination unsere Freiheiten oder unsere demokratischen Prozesse gefährdet. Wir sollten diese nicht als gegeben hinnehmen."

An der historischen Bedeutung dieser mahnenden Worte, die am Ende einer politischen Laufbahn ausgesprochen wurden, hat sich grundsätzlich nichts geändert, sondern dieser Prozess hat sich nicht nur in der USA sondern auch in der Bundesrepublik massiv verstärkt. Ein Blick auf die Umsätze und die Aktienkurse der Firmen der Rüstungsindustrie bestätigen eindrucksvoll die Richtigkeit dieser Ausführungen. Ich verweise auf die aktuellen Aktienkurse der 10 größten Rüstungsfirmen auf unserem Planeten, die ihren Hauptsitz ausschließlich in NATO-Mitgliedstaaten haben.

Es waren auch die Ereignisse des 11. September 2001, die den damaligen US-Präsidenten veranlassten, den Militäretat der USA mit Zustimmung des US-Senats und Kongresses drastisch anzuheben. 2002 bestritten die USA allein 43% der weltweiten Militärausgaben. Die Befürworter dieser Rüstungsspirale in den USA - Donald Rumsfeld und Richard Cheney - wechselten nach ihrer aktiven Laufbahn in das „Big-Business“ und häuften ein privates Vermögen an. Der militärisch-industrielle Komplex stellt nicht nur in den USA sondern auch in vielen anderen Staaten einen Wirtschaftsfaktor ersten Ranges dar.

XIII.

Abschließend seien mir noch einige wenige Ausführungen aufgrund der außerordentlichen zugespitzten Situation auf unseren Planeten erlaubt.

Nur ein Paradigmenwechsel auf allen Ebenen unseres gesellschaftlichen Seins ist notwendig, um die Schrecken des Krieges ein für alle Mal von unserem Planeten zu verbannen.

Hierzu ist es erforderlich, sich mit der eigenen Geschichte und ihren einzelnen Entwicklungsphasen auf wissenschaftlicher Grundlage, frei von religiösen oder parteipolitischen Zwängen auseinanderzusetzen.

a)

Die menschliche Zivilisation eint ihr Ursprung im Rahmen des universellen Schöpfungsaktes. Er ist auf das Engste verbunden mit allen energetischen Prozessen in unserem Universum. Die chemischen Elemente des uns bekannten Periodensystems, deren Grundstruktur der Russe Dmitri Mendelejew und der Deutsche Lothar Meyer in Perioden sowie Haupt- und Nebengruppen eingeteilt und in einen wissenschaftlichen Kontext gestellt haben, sind das Ergebnis gewaltiger physikalischer, mathematisch berechenbarer Prozesse.

Jedes chemische Element in seiner unverwechselbaren atomaren Struktur ist ein notwendiges Bindeglied des Schöpfungsaktes bis hin zu unserer einzigartigen Zivilisation.

Über Jahrmillionen vollzog sich eine Entwicklung auf unserem Planeten Erde, in deren Folge sich unter einer Vielzahl von Hominoidea Spezies der Homosapiens als die sich den verändernden klimatischen Bedingungen am besten anpassende Lebensform erwies, eingebettet in einer grandiosen Fauna und Flora.

Die planetare/evolutionäre Entwicklung des Homosapiens hatte zur Folge, dass dieser Fähigkeiten entwickelte, die das Antlitz seines Lebensraums, d. h. die Fauna und Flora maßgeblich veränderten. Er entwickelte Strukturen des gesellschaftlichen Miteinanders, die ihren Ausdruck in unterschiedlichen, sich weiter entwickelnden Gesellschaftsformen manifestierten.

b)

Die Historie unserer heutigen Zivilisation ist gekennzeichnet durch ein Spektrum an unterschiedlichsten Kulturen/Religionen/Philosophien und Bräuchen – teilweise auf engstem Raum -, maßgeblich durch die Mannigfaltigkeit der sie umgehenden Fauna und Flora und der ihr zugrundeliegenden klimatischen Bedingungen und geschichtlichen Besonderheiten geprägt.

Der Entwicklungsprozess unserer Zivilisation wurde und wird primär durch den Stand seiner Produktivkräfte und dem Warenaustausch auf lokaler, regionaler, nationaler, kontinentaler und globaler Ebene und dem ihn regulierenden Überbau/Herrschaftsstrukturen bestimmt.

Die aktuelle Gesellschaftsformation ist primär gekennzeichnet dadurch, dass das Kapital zum Zwecke seines existenziellen Fortbestands/seiner Mehrung im ständigen Wettbewerb mit allen Marktteilnehmern steht und nationale und kontinentale Grenzen in immer kürzeren Zeitabständen überschreitet, um gegenüber den Mitbewerbern zu bestehen/sie zu verdrängen/zu fusionieren und überziehen aufgrund dessen unseren Planeten in diesem gnadenlosen Konkurrenzkampf mit einem gigantischen Geflecht an Produktionsstätten, Verkehrsadern und Verkaufstempeln – selbst auf die Gefahr der Zerstörung unserer Umwelt, jahrtausendalter kultureller Besonderheiten einzelner Regionen auf unserem Planeten und

bedienen sich der Fauna und Flora und aller Bodenschätze (mineralischer und fossiler) mit unabsehbaren Folgen/Konsequenzen.

Karl Marx formulierte die Entwicklung in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung wie folgt:

„Die Bourgeoisie kann nicht existieren, ohne die Produktionsinstrumente, also die Produktionsverhältnisse, also sämtliche gesellschaftlichen Verhältnisse fortwährend zu revolutionieren. Unveränderte Beibehaltung der alten Produktionsweise war dagegen die erste Existenzbedingung aller früheren industriellen Klassen. Die fortwährende Umwälzung der Produktion, die ununterbrochene Erschütterung aller gesellschaftlichen Zustände, die ewige Unsicherheit und Bewegung zeichnet die Bourgeois-Epoche vor allen früheren aus. Alle festen, eingerosteten Verhältnisse mit ihrem Gefolge von altehrwürdigen Vorstellungen und Anschauungen werden aufgelöst, alle neugebildeten veralten, ehe sie verknöchern können. Alles Ständische und Stehende verdampft, alles Heilige wird entweiht, und die Menschen sind endlich gezwungen, ihre Lebensstellung, ihre gegenseitigen Beziehungen mit nüchternen Augen anzusehen.

Das Bedürfnis nach einem stets ausgedehnteren Absatz für ihre Produkte jagt die Bourgeoisie über die ganze Erdkugel. Überall muss sie sich einnisten, überall anbauen, überall Verbindungen herstellen.

Die Bourgeoisie hat durch die Exploitation des Weltmarkts die Produktion und Konsumtion aller Länder kosmopolitisch gestaltet. Sie hat zum großen Bedauern der Reaktionäre den nationalen Boden der Industrie unter den Füßen weggezogen. Die uralten nationalen Industrien sind vernichtet worden und werden noch täglich vernichtet. Sie werden verdrängt durch neue Industrien, deren Einführung eine Lebensfrage für alle zivilisierte Nationen wird, durch Industrien, die nicht mehr einheimische Rohstoffe, sondern den entlegensten Zonen angehörige Rohstoffe verarbeiten, und deren Fabrikate nicht nur im Lande selbst, sondern in allen Weltteilen zugleich verbraucht werden. An die Stelle der alten, durch Landeserzeugnisse befriedigten Bedürfnisse treten neue, welche die Produkte der entferntesten Länder und Klimate zu ihrer Befriedigung erheischen. An die Stelle der alten lokalen und nationalen Selbstgenügsamkeit und Abgeschlossenheit tritt ein allseitiger Verkehr, eine allseitige Abhängigkeit der Nationen voneinander. Und wie in der materiellen, so auch in der geistigen Produktion. Die geistigen Erzeugnisse der einzelnen Nationen werden Gemeingut. Die nationale Einseitigkeit und Beschränktheit wird mehr und mehr unmöglich, und aus den vielen nationalen und lokalen Literaturen bildet sich eine Weltliteratur.“

Die Negation dieser, unsere Epoche bestimmenden gesellschaftlichen Entwicklung/Triebkräfte im Bereich der Produktion und Konsumtion und des ständig wachsenden Einfluss` des Finanz- und Wirtschaftssektors auf alle Bereiche des gesellschaftlichen Seins, gipfelnd in einer staatsmonopolistischen Grundstruktur, ist somit ursächlich für Fehleinschätzungen von Entwicklungsprozessen einhergehend mit katastrophalen Folgen für unsere Zivilisation, oftmals in Gestalt von Kriegen.

Eine Analyse/ein Verweis, z. B. auf die parlamentarischen Reden 2007 und 2008 zum Zustand und der Stabilität der Wirtschaft Deutschlands und der EU und zu den Ursachen und Folgen der aufkommenden und sich verschärfenden Finanz- und Wirtschaftskrise, bestätigen diese Schlussfolgerungen sehr anschaulich.

Als ob hieraus keine notwendigen Schlussfolgerungen gezogen wurden, werden auch aktuell die warnenden Indikatoren/Indizien/Wirtschaftsdaten völlig fehlerhaft interpretiert und verdecken somit zwangsläufig die außerordentlichen Gefahren, die der Finanz- und Weltwirtschaft zeitnah drohen (auf die Kausalität zwischen einer Finanz- und Wirtschaftskrise und lokalen und internationalen Auseinandersetzungen und Kriegen sei ausdrücklich verwiesen). Der unkontrollierte Geldumlauf sowie eine ungezügelter Geldvermehrung aus dem Nichts stehen in keinem Verhältnis zur materiellen Produktion und sonstigen Wertschöpfung mit fatalen Folgen.

Zerstörerische Verwerfungen in allen Bereichen unseres gesellschaftlichen Seins sind primär auf ein fundamentales Unverständnis zur Funktion/Regulation des alles bestimmenden, mit Sehnsüchten und Flüchen behafteten Geldes zurückzuführen.

Um mit den Worten von Argentarius zu sprechen (Alfred Lansburgh) „Der Hauptursprung der Bereicherung gewisser Volksschichten liegt nicht in der kurzfristigen Ausnutzung des Geldentwertungstempos durch eine geschickte Geschäftspolitik, sondern in der systematischen Übervorteilung des Gläubigers durch den Schuldner, also in einem krassen Missbrauchs des Kredits.“

Von ihm stammt auch die Aussage: „dass jede Nation, die sich von gutem Gelde und sich dem Teufel des Zettelgeldes verschrieben hat, sich selbst einem Verarmungsprozess unterzieht, in dem sie dem gesamten Ausland eine Art Steuer oder Risikoprämie entrichtet, für alle die Gefahren, die der Geschäftsverkehr mit einer solchen Nation für jeden Dritten mit sich bringt, weil ihr Geldversprechen nicht Granit, sondern trügerischer Sand ist.“

Das aktuelle Geldexperiment der Schüler der City of London, der FED, von Goldman Sachs und einer Vielzahl anderer monopolistischer Finanzinstitute (Black Rock, JP Morgan usw.) ist einzig und allein darauf ausgerichtet, die Profitmaximierung zugunsten Einzelner aufrecht zu erhalten und mittels algorithmischer hochkomplexer Finanzkonstrukte diesen Prozess zu optimieren zu Lasten und unter Einbindung der wahren Schöpfer der materiellen, kulturellen, geistigen Werte, die zu Millionen und Milliarden in eine Schuldenfalle gelockt werden.

c)

Seit Jahrzehnten kaufen sich Vermögensverwalter wie z. B. Black Rock mittels ihres unüberschaubaren Netzwerkes an Tochtergesellschaften (wie z. B. Blackrock Holdco 2 Inc., Blackrock Financial Management Inc., BlackRock Advisors Holdings Inc., BlackRock International Holdings Inc., BlackRock Jersey International Holdings L.P., BlackRock Group Limited, etc.) global in profitable Unternehmen ein, u. a. auch in die 30 Dax-Konzerne und dies mit vier bis acht Prozent und bestimmen somit auch die deutsche/europäische Wirtschaft maßgeblich mit. Die Folgen dieser Entwicklung sind unüberschaubar und wurden u. a. durch die rot-grüne Bundesregierung unter Gerhard Schröder steuerlich gefördert.

Das fatale, spätestens seit 1971 initiierte Geldexperiment wird zielgerichtet in einem Crash globalen Ausmaßes enden, wobei – wie bereits ausgeführt – in Kenntnis dieser Tatsache die Ausgangspositionen für die Zeit nach dem großen Crash/Weltkrieg geschaffen werden mit der Option der jetzigen Finanzoligarchie die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen zu optimieren und demokratische Strukturen (ein Werk von Generationen) dauerhaft zu vernichten (Neue Weltordnung im Sinne der Gundermanns auf unserem Planeten).

Die sich in der kapitalistischen Gesellschaft vollziehenden Prozesse im Bereich der Wirtschaft und der Finanzen sind antagonistischer Natur. Sie gipfeln darin, dass die Staaten ihr Monopol zur Regulation wirtschaftlicher Entwicklungsprozesse/Verwerfungen bewusst oder auf Druck sukzessive aus der Hand geben, wie aktuell die Geheimverhandlungen zum CETA und TIPP-Abkommen mit Kanada und den USA unter Beweis stellen, die nach dem Willen der Bundeskanzlerin so schnell wie möglich ratifiziert und beschlossen werden sollen. Die Vertragsunterlagen sind ein Produkt hochqualifizierter Juristen, die ihrem Auftraggeber folgend, die Macht des Finanz- und Großkapitals ausbauen und zementieren und das massiv bedrohte und in Auflösung befindliche Gleichgewicht in unserer Gesellschaft auf lange Sicht zerstören.

Spätestens seit 1971 (der Aufhebung des Goldstandards) flankiert von einer neoliberalen Wirtschaftspolitik in den USA und Großbritanniens ist eine Beschleunigung der Entkopplung des Finanzsektors von der Realwirtschaft zu verzeichnen. Es wäre illusionär anzunehmen, dass die Profiteure des aktuellen Geldsystems von sich aus die verheerenden Folgen ihres Handelns erkennen und Schlussfolgerungen, die für unsere Zivilisation förderlich wären, ziehen. Im Gegenteil - ihr Handeln ist tendenziell darauf ausgerichtet, die sie begünstigenden Finanzstrukturen allumfassend zu perfektionieren, um einen stetigen Zufluss an finanziellen Mitteln zu Lasten der Weltbevölkerung zu sichern.

Die aktuelle systemische Finanzkrise ist nicht auf eine spezifische Ursache zurückzuführen, sondern auf eine hochkomplexe, bewusst gesteuerte Ausnutzung des bestehenden Geld-/Zinseszinsystems unter Umgehung nationalem Rechts. Zu unterscheiden ist zwischen systemischen Ursachen sowie lang- und mittelfristiger Ursachen, die in Abhängigkeit stehen von der Funktionalität des „Produkts“ (Aktien, Future, Derivate usw.).

d)

Bereits 1971 war die USA zahlungsunfähig u.a. aufgrund des langwährenden Aggressionskrieges gegen Nordvietnam und weiterer südostasiatischer Staaten. Zur Abwendung derselben wurde seitens der USA einseitig zu Lasten von Drittstaaten das seit 1944 bestehende Bretton Woods-System mit seiner Bindung des Dollars an die Goldreserven der USA aufgekündigt. Diese einseitige Entscheidung war der Grundstein für eine rasche Umschichtung von Investitionen und Kapitalzu- und -abflüssen in einer Vielzahl von Staaten, von Währungsturbolenzen und der Entstehung von Finanz- und Immobilienblasen in einem bis dahin unbekanntem Ausmaß. Auf der Agenda standen Deregulierungsprogramme sowie eine reduzierte Einflussnahme auf sich bildende großvolumige risikoträchtige „Finanzinnovationen“, die Aufgabe von Kreditvergabestandards mit der Folge höherer Ausfallrisiken, der Aufblähung des Kreditsektors mit dem Ergebnis, dass sich insbesondere an den Aktien- und Immobilienmärkten Blasen in ungekannter Größe bildeten, die nach wie vor Tag für Tag an Volumen und somit an Sprengkraft gewinnen. Einher ging diese, maßgeblich von Lobbyisten eingeforderte, Entwicklung mit der bewussten Vernachlässigung von Aufsichtsbehörden und staatliche Kontrollgremien in und außerhalb der Finanzwirtschaft, so auch in der Bundesrepublik Deutschland (wesentlich zu geringe Personalbestände und Befugnisse der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)/Steuerfahndung usw.).

Die globalen Ungleichgewichte auf dem Finanzsektor werden aktuell besonders deutlich in dem Verhältnis zwischen China, Japan und den USA.

So bezifferten sich im Jahr 2000 die chinesischen Anlagen in US-Staatsanleihen auf 60 Milliarden US-Dollar und 2008 bereits auf 700 Milliarden US-Dollar und nunmehr auf über eine Billion US-Dollar.

Diese nur punktuell aufgezeigten Entwicklungen sind jedoch letztendlich Keim und Ursache für eine sich am Horizont bereits abzeichnenden neuen, von den Finanzeliten und ihren Helfershelfern geplante/angesteuerte, Wirtschafts- und Finanzstruktur mit absolutistischem Charakter.

e)

Die Niedrigzinspolitik der letzten zwei Jahrzehnte zeigt zum einen die Grenzen der aktuellen globalen Finanzpolitik auf und offenbart deutlich sichtbar Parallelen zu vorangegangenen Finanz- und Wirtschaftskrisen.

Nachgerückt folgendes Zitat aus dem Jahr 1891 aus der Zeitschrift des Sparkassenverbandes des Deutschen Kaiserreiches hat an seiner Aktualität zur Niedrigzinspolitik nichts verloren:

"Die Ursache für das Sinken des Zinsfußes wird vorzüglich darin gefunden, dass die besonders rentablen Kapitalanlagen großen Maßstabes heute erschöpft sind und nur Unternehmungen von geringer Ergiebigkeit übrig bleiben." Und um den damals auf drei Prozent gesunkenen Zinssatz vor einem weiteren Fall zu bewahren, müssten – so hieß es weiter – "... die neuen Länder, beispielsweise Afrika, sehr rasch durch europäische Kapitalien erschlossen werden, damit einem solchen Sinken begegnet werde." Doch da auch das die sinkende Zinsentwicklung nicht umkehren könne, schließt der Artikel aus der Sparkassenzeitung mit folgender inhaltsschwerer Aussage: "Nur ein allgemeiner europäischer Krieg könnte dieser Entwicklung Halt gebieten durch die ungeheure Kapitalzerstörung, welche er bedeutet."

In diesem Kontext sind die dargelegten Entwicklungen in meinem Anschreiben an Sie mit dem Potenzial eines Dritten Weltkrieges zu betrachten. Der Wahrheitsgehalt der bereits 1891 verfassten Analyse hat sich in zwei Weltkriegen manifestiert. Beide Weltkriege hatten zur Folge, dass das Sinken des Zinses nicht nur aufgehoben sondern er angehoben wurde (Verweis auf die aktuelle Äußerung der Vorsitzenden der FED, Frau Yellen zur Frage der möglichen Anhebung des Leitzinses).

Zusammenfassend ist hierzu auszuführen, dass es einer dezidierten, wissenschaftlichen Aufarbeitung der Entwicklungen seit 1971 auf dem von der Realwirtschaft entkoppelten Finanzsektor/der Schattenbanken bedarf, die letztendlich nur den Schluss zulassen wird, dass die Finanzoligarchie mit Sitz in der City of London und der Wall Street über ihre Instrumentarien, der Weltreservewährung, der BIZ, des IWF, der Zentralbanken und Großbanken mittels ihrer Einflussnahme auf die Politik und Judikative der Mehrzahl aller Staaten auf eine weitere Verschuldung/Versklavung aller möglichen Subjekte hinarbeitet mit dem Ziel der Errichtung einer neuen Weltordnung, die geprägt ist von einem zentralisiert vorgegebenen und die gesamte Menschheit allumfassend beherrschenden Wertesystem nach ihrem Bilde, flankiert von einem bargeldlosen und stets durch das Zinssystem gesicherten Zufluss an von Computern ausgewiesenen finanziellen Mitteln und der Degradierung des Einzelnen, aller Lebewesen und jeglicher Materie sowie aller geistigen Schöpfungen zu einem Objekt der Spekulation mit dem Ergebnis der Profitmaximierung.

Um die obskuren Ansichten kennen zu lernen, bedarf es nur, ihre eigenen Werke und Statements, wie z. B. das aktuelle Werk von Henry Kissinger „Weltordnung“ zu lesen und zu verinnerlichen.

Zur Umsetzung der im Geheimen gehaltenen Agenda der Finanzoligarchen auf unserem Planeten werden seit Jahrzehnten tendenziell zunehmend Schaltstellen der Finanzpolitik mit ehemaligen Wirtschaftsmanagern bzw. vorrangig Mitarbeitern großer Finanzkonzerne mit politischen Ämtern betraut. Beispielhaft sei auf **Horst Köhler**, ehemaliger Bundespräsident und ehemaliger geschäftsführender **Direktor des IWF**, **Henry Paulson**, ehemaliger **Vorsitzender und CEO der Investmentbank Goldman Sachs** und unter Präsident George Bush Finanzminister der USA, **Mario Monti**, ehemaliger **Ministerpräsident** Italiens und zugleich **internationaler Berater bei Goldman Sachs** und **Coca-Cola** und u.a. Mitglied der Trilateralen Kommission, **Loukas Papadimos**, **griechischer Premierminister** und Chef der damaligen **griechischen Übergangsregierung**. Von 1994 bis 2002 war Papadimos Gouverneur

der Bank von Griechenland. In seiner Amtszeit fiel der Übergang von der Griechischen Drachme zum Euro in enger **Zusammenarbeit mit Goldman Sachs**. **Paul Wolfowitz**, von 2005 bis 2007 **Präsident der Weltbank** mit engen Verbindungen zu Goldman Sachs, **Robert Zoellick** war bis 1997 Vizepräsident der Hypothekenbank „Fannie Mae“ (*Federal National Mortgage Association*) und u.a. *Professor für National Security* und forschte am Belfer Center for Science and International Affairs der Universität Harvard und war **Berater für internationale Agenden der Investmentbank Goldman Sachs** und **Präsident der Weltbank**. **Petros Christodoulou**, seit dem 19. Februar 2010 ist er **Chef der staatlichen griechischen Schuldenagentur** in der Regierung des Ministerpräsidenten Giorgos Papandreou. Er **arbeitete bei der Credit Suisse First Boston in London, bei Goldman Sachs** und JP Morgan. Ab 1998 war er Vizepräsident der National P&K Securities und der National Bank of Greece.

Philip D. Murphy, US-amerikanischer Diplomat und Investmentbanker. Von 2009 bis 2013 war er **Botschafter der Vereinigten Staaten in Deutschland**. Von 1993 bis 1997 **leitete** Murphy das **Frankfurter Büro von Goldman Sachs**, wo er für die Aktivitäten in Deutschland, der Schweiz und Österreich sowie in den damals aufstrebenden Volkswirtschaften Mitteleuropas verantwortlich war. **Robert Edward Rubin**, **Finanzminister der USA** von 1995 bis 1999, in seiner Amtszeit kam es u. a. zur Aufhebung des Glass-Steagall Act, dem Gesetz zur Trennung von Kredit- und Investmentbanken. Diese verheerende Entscheidung ermöglichte u.a. diverse Fusionen z.B. der Travelers Group und der Citicorp zur Citigroup und ungehinderte Spekulationen. Rubin **arbeitete** von 1964 bis 1992 **bei der amerikanischen Investmentbank Goldman Sachs**. **Timothy Franz Geithner** war von Januar 2009 bis Januar 2013 **US – Finanzminister** und zuvor von Oktober 2003 **Präsident der Federal Reserve Bank of New York**. Seit 2006 ist er Mitglied der in Washington gelegenen und einflussreichen Finanzberatungsstelle Group of Thirty und des Council on Foreign Relations.

Mario Draghi, seit dem 1. November 2011 **Präsident der Europäischen Zentralbank** (EZB), Draghi, der **ehemalige Vizepräsident von Goldman Sachs** International, ist derzeit zudem Vorstandsmitglied der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel und Mitglied in der von der Rockefeller-Stiftung gegründeten privaten Lobbyorganisation der Finanzwirtschaft, der Group of Thirty.

Hinzu kommt, dass sich die „Bewahrer und Förderer freiheitlich demokratischer Grundrechte“ in Organisationen zusammenschließen und fern jeglicher parlamentarischer Kontrolle Verabredungen treffen und Strategien entwerfen, um eine Weltordnung nach ihrem Bilde in ihren einzelnen Segmenten schrittweise zu errichten. Ein Konstrukt hierfür ist z.B. die alljährlich stattfindende Bilderbergerkonferenz, an der einige der Ihnen bekannten Kolleginnen und Kollegen bereits teilgenommen haben. Zu erwähnen sind noch die Freimaurerlogen, der Club of Rom und viele mehr. Rituale, wie z. B. im „Bohemian Club“ (verwiesen wird auf die Ausführungen des Ex-Bundeskanzlers Helmut Schmidt zu diesem Club in seinem Buch „Menschen und Mächte“) oder mystische Weissagungen okkulten einflussreicher Sekten (messianisch/satanisch) bestimmen maßgeblich Entscheidungen einflussreicher Politiker weit über die USA hinaus mit.

Für die BRD ist von besonderer Bedeutung die Trilaterale Kommission. Ihre Mitglieder werden nicht etwa demokratisch gewählt, sondern nach ihrer Gesinnung/ihrer politischen und wirtschaftlichen Einfluss auserwählt. David Rockefeller, der erst jüngst seinen 100. Geburtstag feierte und der Rockefeller-Dynastie zugehörig ist, ist deren Ehrenvorsitzender. Die Mitglieder der europäischen Trilateralen Kommission als auch der Trilateralen Kommission Deutschlands eint im geistigen Sinne das angestrebte und in der Umsetzung befindliche Herrschaftsmodell ihrer Gründungsväter.

Die Namen dieser Damen und Herrn dürften Ihnen im Großen und Ganzen geläufig sein. Es ist nicht übertrieben – sofern man sich den Einfluss dieser handverlesenen Mitglieder ansieht – sowohl in der europäischen, amerikanischen und asiatischen Trilateralen Kommission von einer bereits jetzt existierenden „Schattenweltregierung“, die die öffentliche Anerkennung und Legitimation anstrebt, zu sprechen. Hierfür bedarf es einer Entwicklung einhergehend mit Kriegen und Katastrophen, die ihre Legitimation durch die Weltbevölkerung rechtfertigt.

Dr. Johannes B. Koepl (ehemaliger Berater im Deutschen Verteidigungsministerium und Berater des früheren NATO-Generalsekretärs Manfred Wörner) erklärte sich 1983 zu diesen Entwicklungen wie folgt:

„Ich hatte es mit einer kriminellen Gesellschaft zu tun. Es war nicht mehr möglich, in sogenannten respektierten Publikationen etwas zu veröffentlichen. Meine dreißigjährige Karriere in der Politik war beendet. Die Menschen der westlichen Welt sind darauf abgerichtet, gute Verbraucher zu sein, sich auf Geld, Sport, Autos, Schönheit, Konsumgüter zu konzentrieren. Sie haben nicht gelernt, bei Menschen auf den Charakter zu achten... 1983-1984 warnte ich, diese Leute würden die Regierungen der Welt übernehmen. Es gab offensichtlich den Plan, echte Demokratien zu unterwandern. Führungspersönlichkeiten wurden nicht nach ihrem Charakter ausgewählt, sondern nach ihrer Loyalität gegenüber einem Wirtschaftssystem, das von den Eliten gesteuert wird und deren Macht erhalten soll. Alles, was wir heute haben, sind Pseudodemokratien.“

g)

Neben der Trilateralen Kommissionen reihen sich der Atlantic Council (eine Denkfabrik der NATO und des Freihandels), der European Council on Foreign Relations (ECFR), Chatham House, German Marshall Fund (GMF), American Enterprise Institute (AEI), Atlantik Brücke, Heritage Foundation, National Endowment for Democracy (NED), Center for National Private Enterprise (CIPE), RAND und etliche mehr in das globale Geflecht von den, dem Finanz- und Großkapital dienenden und von ihnen finanzierten und die demokratische Grundordnung gefährdende Institutionen ein.

Der Großteil dieser Organisationen/Denkfabriken wird finanziert und gesteuert von angloamerikanischen Großbanken, der Rüstungsindustrie und der Erdöl- und Erdgasindustrie sowie diversen Milliardären (Sorros, Buffet) usw. Sowohl der Erste als auch der Zweite Weltkrieg und eine Vielzahl von Kriegen im Vorfeld waren – wie aktuell auch – Kriege im Interesse einer global agierenden Finanz- und Wirtschafts –„Elite“.

Von historischer Bedeutung sind auch die aktuellen, von der Öffentlichkeit abgeschirmten, Entwicklungen im Zusammenhang mit der Bildung von Handelsvereinbarungen zur Entfernung von Zöllen und der „Förderung des Freihandels“. Die Verhandlungen werden bezüglich des TTIP und CETA-Abkommens im Geheimen geführt und nicht einmal alle Mitglieder des Bundestages und des Europäischen Parlaments werden über den Inhalt der Vertragsverhandlungen umfassend informiert und schon gar nicht wird Ihnen das Recht eingeräumt, hierüber abzustimmen. Letztendlich ist dies nichts weiter als ein fundamentaler Baustein der Machtergreifung der Konzerne zur Durchsetzung ihrer ökonomischen Interessen (die Diktatur des Finanz- und Großkapitals in Reinkultur).

Es sollte jedem von Ihnen bewusst sein, dass alle vom internationalen Großkapital geforderten und umgesetzten Abkommen, wie z. B. NAFTA TiSA, TRIPS, TPP, TTIP und CETA die staatliche hoheitliche Souveränität von Staaten oder einem Staatenverbund – wie der EU -

massiv untergraben. Gefördert wird diese Entwicklung auch aufgrund einer systemimmanenten Korruption in vielen – auch europäischen Staaten, primär jedoch durch die in der kapitalistischen Gesellschaft wirkenden/expandierenden und sich untereinander bekämpfenden Wirtschaftseinheiten/-strukturen mit dem vorrangigen Ziel der permanenten Profitmaximierung.

Die Triebkräfte dieser Entwicklung haben kein Interesse an sie hemmende demokratischen Grundstrukturen und zerstören sie planmäßig mit dem Ziel der Errichtung einer neuen Weltordnung nach ihrem Verständnis. Als Metapher versinnbildlicht der Tanz um das goldene Kalb den aktuellen Zustand, der bereits zu Zeiten Moses einer Vielzahl seiner Zeitgenossen anhaftete.

Das Eingeständnis des Bundestagsabgeordneten Seehofer in der Sendung „Pelzig unterhält sich“ mit dem Wortlaut: „**Es ist so, wie Sie sagen. Diejenigen die entscheiden sind nicht gewählt und diejenigen die gewählt werden haben nichts zu entscheiden.**“ widerspiegelt den Zustand unserer parlamentarischen Demokratie.

Gerade jedoch in diesem historischen Moment unserer geschichtlichen Entwicklung bedarf es Mut, Charakterstärke und einer objektiven Lageeinschätzung zur Vermeidung der drohenden Demontage unseres demokratischen Gemeinwesens.

Dies umso mehr, da sich die Bundeskanzlerin höchstpersönlich zur Errichtung der Neuen Weltordnung wie folgt erklärte:

*„...wenn man eine wirkliche Weltordnung haben will, eine globale politische Ordnung, dann wird man nicht umhin kommen, an einigen Stellen auch **Souveränität, Rechte an Andere !!! abzugeben, d. h. dass andere internationale Organisationen uns dann bestrafen können, wenn wir irgendwas nicht einhalten.**“*

oder der US-Präsident Obama, der zur NWO u.a. ausführt:

*„...und für die internationale Ordnung, an der wir seit Generationen arbeiten, um diese aufzubauen. **Gewöhnliche Männer und Frauen sind zu kleingeistig um ihre Angelegenheiten zu regeln. Diese Ordnung kommt nur voran, wenn Einzelne ihre Rechte an einen allmächtigen Souverän abgeben...**“*

Eine Weltordnung, die bestimmt wird von den „Gundermanns“, die ihren Reichtum der reinen Spekulation verdanken, ist nicht erstrebenswert und darf nicht das Ziel einer neuen Weltordnung sein.

Gleichzeitig sollte offengelegt werden, dass die Rosskuren der BIZ, des IWF, des Europäischen Parlaments und der nationalen Regierung durchsetzt mit Schülern des Finanzkapitals einzig und allein dem Zweck dienen, den Reichtum einiger weniger permanent zu vermehren.

Die Frage, die sich unter anderem in diesem Zusammenhang zur Transparenz und Kontrolle des Finanzsektors stellt, kann wie folgt aus einem Brief der Gebrüder Rothschild aus London an die Herren Ikelheimer, Morton & Vandergould, in 3, Wallstreet, New York City, der 1863 geschrieben wurde, entnommen werden:

„...M. Sherman sagt, dass von den Personen, die das System verstehen und an den Profiten interessiert sind oder von denen, die von seinen Vorteilen abhängen, kein Widerstand zu erwarten ist. **Die große Masse des Volkes aber ist intellektuell unfähig**, die gewaltigen Vorteile zu erkennen, die das Kapital aus dem System zieht, und wird seine Bürde ohne Murren tragen, vielleicht ohne zu ahnen, dass das System gegen seine eigenen Interessen ist...“

Diese Einschätzung zur Transparenz des Finanzsystems ist so aktuell wie nie zuvor.

Die Schattenbanken und ihre Vernetzungen mit der Realwirtschaft können wie folgt beschrieben werden: sie sind ein (parasitärer) Bestandteil des internationalen Finanzsystems und genießen offenkundig eine privilegierte Behandlung, weil unter ihrer Obhut die wirklich großen Vermögen der Reichen und Wohlhabenden verwaltet/vermehrt werden. Zu den Schattenbanken gehören Finanzinstitute, die bankähnliche Aufgaben übernehmen. So vergeben sie Kredite, ohne jedoch selbst eine Banklizenz zu besitzen. Unter den Begriff der „Schattenbanken“ subsumieren sich Geldmarktfonds, Hedgefonds, Private-Equity- Firmen und Versicherungsgesellschaften. Geldmarktfonds sind identisch mit Investmentfonds, die mit Kurzzeitgeldern, wie Termingeldern, Kreditverträgen und festverzinslichen Wertpapieren handeln, oder den organisierten Kapitalmarkt in Anspruch nehmen. Tatsächlich sind auch fast alle global agierenden Banken an diversen Schattenbanken beteiligt, so u.a. auch Goldman-Sachs. Über die Schattenbanken wird die internationale Veredelungsmaschinerie des Geldes, des Derivatenshandels frei von jeglicher Transparenz und Kontrolle praktiziert. Sie dienen den Vermögenden auch dafür, Risiken zu verschleiern/zu verheimlichen und praktizieren dies ganz legal um die Derivate und die dahinter verborgenen Vermögen im Fall eines globalen Finanzcrashes als bevorzugte Gläubiger in Sicherheit zu bringen. Der Personenkreis, der das Offshore-Banking unter seiner Kontrolle und nach Belieben steuert, hat seine historischen Wurzeln in der City of London und der FED. Man braucht sich nur die Gründungsbanken der FED und deren Inhaber anzusehen, so wird deutlich, welche Gundersmanns unseren Planeten tatsächlich regieren.

Die Realwirtschaft ist zwischenzeitlich sowohl einem überwiegenden Teil der Großbanken, als auch den Schattenbanken völlig gleichgültig. Diesen Banken geht es lediglich mittels hochkomplexer mathematischer Formeln (Logorhythmen) und neuer „kreativer“ Finanzkonstrukte, so genannter Asset Backed Securities jeglicher Art (forderungsbesicherte Wertpapiere), den Profit weiter zu maximieren, um in ihrem finalen Kampf zu überleben und letztendlich ihren Willen allen Völkern dieses Planeten aufzudrücken. **Der Hauptfeind** unserer Zivilisation sind nicht die Terroristen (sie sind nur ein willfähiges Werkzeug ihrer Auftragsgeber) oder wie hinlänglich behauptet, Russland oder China, sondern die Hedgefonds, Private-Equity-Gesellschaften, Großbanken, d.h. das gesamte nimmersatte Finanz- und Wirtschaftskapital dieses Planeten. Diese Ausführungen sind keine neuen Erkenntnisse, sondern bestätigen lediglich unter aktuellen Rahmenbedingungen, den Wahrheitsgehalt des bereits vor über 150 Jahren definierten Wesenszug des Kapitals: *„Das Kapital hat einen Horror vor Abwesenheit von Profit oder sehr kleinem Profit, wie die Natur von der Leere. Mit entsprechendem Profit wird Kapital kühn. 10% sicher, und man kann es überall anwenden, 20% es wird lebhaft, 50%, positiv und waghalsig, für 100% stampft es alle menschlichen Gesetze unter seinem Fuß, 300% und es existiert kein Verbrechen, dass es nicht riskiert, selbst auf die Gefahr des Galgens.“* (ein Zitat von P. J. Dunning, das Karl Marx in seinem Hauptwerk „Das Kapital“ bekannt machte) und bestätigt somit das Zitat Bertold Brechts in seinem Werk „Der unaufhaltsame Aufstieg des Arturo Ui“ – „Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch.“

Einer der Banker, die das Finanzsystem in seiner Komplexität verstanden und umfassend beschrieben hat ist der bereits zitierte A. Lansburgh. Er charakterisierte selbiges wie folgt:

„Wir leben im Zeitalter des organisierten Diebstahls; eines so raffinierten Diebstahls, dass der Geschädigte kaum merkt, wie er bestohlen wird, und der Dieb seine Finger gar nicht zu beschmutzen braucht, um fremdes Gut an sich zu bringen.“

Die Folge unseres aktuellen Geldsystems ist eine zunehmende Diskrepanz zwischen Armen und Reichen als eine Konsequenz einer zinsbedingten Einkommensverteilung. Dies wiederum führt auf der einen Seite zu dem Streben seiner Profiteure, selbiges zu erhalten und zu dominieren und auf der anderen Seite zu einer exponentiellen (linear zu den Entwicklungen innerhalb eines Zinseszinsystems), globalen Verarmung ganzer Bevölkerungsgruppen und einer finanziellen Überlastung des Staates. Diese Situation führt zu sozialen Konflikten und Begleiterscheinungen wie Kriminalität, Gewalt und Korruption. Eine weitere Folge ist der zunehmende Wachstumszwang (die Notwendigkeit einer stetigen Erhöhung des BIP). Dieses erzwungene Wachstum zu Gunsten einiger weniger erfordert die Nutzung/Ausbeutung der begrenzt existierenden natürlichen Ressourcen auf unserem Planeten, einhergehend mit der Zerstörung und Belastung unserer existenziellen Grundlagen (Fauna, Flora, aller Bodenschätze etc.) und im Zwang des Überlebens und der Gier nach stetig wachsendem Profit des Angriffs auf Ressourcen anderer Staaten und bisher aufgrund klimatischer und fehlender technischer Voraussetzungen verschont gebliebener Territorien auf unserem Planeten mittels ökonomischer und militärischer Gewalt. Diese systemimmanente Entwicklung führte bisher mehrfach - wie auch jetzt drohend - in einen Krieg, in eine Verarmung/Verelendung breiter Massen der Bevölkerung, einer nie gekannten Umweltverschmutzung, einem historisch einmaligen Artensterben in Flora und Fauna und einer Ressourcenverknappung/-verschmutzung in einer existenziellen Dimension.

Ungezählt sind die, die in physischer und psychischer Hinsicht Opfer dieses Geldsystem wurden, aufgrund von Insolvenzen, gekündigten Kreditverträgen, etc. Kein Krieg der Neuzeit hätte mit dieser Intensität und Dauer geführt werden können, sofern nicht Einzelne von diesem Krieg profitiert und ihn aufgrund dessen finanziell unterstützten. Beispiele hierfür gibt es in der jüngsten Geschichte eine Vielzahl. Ein Blick auf die Aktienkurse gibt Auskunft über diejenigen, die vom Krieg profitieren und daher ein elementares Interesse an immer währenden kriegerischen Auseinandersetzungen haben. Hier gilt der Grundsatz, dass Friedenszeiten schlechte Zeiten sind. Die aktuelle angelsächsische und den Europäern aufgezwungene Politik des lockeren Geldes ist ein entscheidendes Element für die Finanzierung der verheerenden militärischen Auseinandersetzungen in der näheren Zukunft. Gar nicht zu sprechen von Vorkommnissen, wie dem Verschwinden von Geldern der FED im Umfang von 2,3 Trillionen US-Dollar, ohne dass angeblich deren Verschwinden aufzudecken wäre. Beispiele dieser Art verdeutlichen, zu welchen Konsequenzen fehlende Kontrolle und Kontrollmechanismen führen und auch zukünftig im Rahmen der angestrebten Neuen Weltordnung führen werden.

Die untauglichen Versuche, dieses Geldsystem zu reformieren, zu steuern werden kläglich scheitern und das Leid der ohnehin notleidenden Bevölkerung nur erhöhen. Europäische Solidarität, wie sie gern von Einzelnen propagiert wird, mit Griechenland. Spanien, Portugal usw. führte zur drastischen Erhöhung der Arbeitslosigkeit, der Säuglingssterblichkeit, derer ohne Krankenversicherung, der Menschen mit schwersten Depressionen, der Hoffnungslosigkeit ganzer Generationen, die Zunahme von Suiziden, der Abwanderung gut ausgebildeter Fachkräfte (ohne dass die Aufnahmeländer nur einen Euro oder Dollar in deren Ausbildung investieren mussten), der Deindustrialisierung uvm.

Letztendlich ist die Geldschöpfung aus dem Nichts ursächlich für langandauernde Kriege, einen aufgeblähten Rüstungssektor etc. und hat lediglich die Bevorteilung einiger Weniger zur Folge, jedoch die Knechtschaft der überwiegenden Mehrheit aller Menschen auf diesem Planeten – ohne dass diese oftmals ihre Abhängigkeit von diesem System selbst erkennen.

In der aktuellen Phase unserer gesellschaftlichen Entwicklung muss es Ziel eines jeden demokratisch gewählten Repräsentanten seines Landes sein, den Souverän würdig und uneigennützig zu vertreten und sich mit der Ursächlichkeit gesellschaftlicher Fehlentwicklungen auch eigenständig und tiefgründig, frei von Partei- und Fraktionszwängen auseinander zu setzen. Eine der vorrangigen Hauptzielrichtungen politischen Handelns aller Mitglieder des Deutschen Bundestages sollte primär lauten, dass **sich die Speerspitze im Kampf gegen die Finanz- und Wirtschaftskrise nicht gegen die Völker (als Schuldner, die nach offizieller Lesart über ihre Verhältnisse leben), die unter dieser Knechtschaft selbst leiden, richtet, sondern in der ersten Phase gegen alle Schattenbanken/Finanzstrukturen, die eine weltweite Bedrohung für alle Völker und die globale Realwirtschaft darstellen.** Die Hydra aller Schattenbanken mit ihren weltweiten Verästelungen sollte mit der Kraft und der Zielrichtung eines John F. Kennedys bekämpft werden, im Interesse der wahren Schöpfer unseres geistigen, kulturellen und materiellen Reichtums und dies fraktionsübergreifend. Die Austrocknung dieses parasitären Finanzkonglomerats würde schlagartig auch eine Vielzahl von wirtschaftlichen, sozialen Problemen weltweit lösen und die den Völkern/ der menschlichen Zivilisation innewohnende Kraft an Kreativität, Begabung massiv fördern und die Lebensqualität aller sowie den Lebensinhalt erhöhen.

XV.

Russland sollte nicht - wie schon des Öfteren in der deutschen Geschichte – dämonisiert, sondern als ein gleichberechtigter Partner betrachtet werden.

Weitere Sanktionen, eine weitere militärische Konfrontation ausgehend von der NATO gegenüber Russland, die Gefahr eines Enthauptungsschlages wird Russland und seine Verbündeten, einschließlich China, zu militärischen Maßnahmen zwingen, die unumkehrbar sind und schicksalsträchtig für unsere Zivilisation. Es ist der Augenblick gekommen, der alles bestimmt und alles entscheidet.

„Ein einziges Ja, ein einziges Nein, ein zu früh oder ein zu spät macht diese Stunde unwiderruflich für hundert Geschlechter und bestimmt das Leben eines Einzelnen, eines Volkes und sogar den Schicksalslauf der ganzen Menschheit.“ (Stefan Zweig „Sternstunden der Menschheit“)

Mit diesen Ausführungen möchte ich schließen, in der Hoffnung, dass Sie persönlich all Ihre Kraft dafür einsetzen, als Abgeordneter des Deutschen Bundestages, um der drohenden globalen Kriegsgefahr Einhalt zu gebieten.

Es gäbe noch so vieles zu sagen, jedoch werden die Historiker/Chronisten der Zukunft sich entweder mit dem Sieg der Vernunft oder dem Versagen und dessen Ursachen in dieser entscheidenden Entwicklungsphase unserer Epoche auf wissenschaftlicher Grundlage auseinandersetzen. Die Geschichte, die bisher vorrangig von den Siegern geschrieben wurde, bedarf ohnehin einer umfassenden wissenschaftlichen Analyse/Korrektur.

Jeder einzelne von Ihnen entscheidet maßgeblich mit darüber, ob es zu einem 3. Weltkrieg kommt und Deutschland aufgrund der dargelegten exponierten Stellung im Rahmen der hegemonialen Politik der USA und ihrer strategisch wichtigen Militärstützpunkte auf deutschem Boden zu einem Primärziel von verheerenden Kampfhandlungen wird.

Sollte es hierzu kommen, werden große Landstriche Deutschlands massiv - besonders das Rhein-Main-Gebiet und darüber hinaus - von Kampfhandlungen zerstört und nuklear kontaminiert. Vorrangiges Ziel von Kampfhandlungen des Kriegsgegners werden stets die militärischen Zentren sein, von denen aus Kampfhandlungen geplant, koordiniert und befehligt werden. Stellvertretend hierfür stehen u. a. der Sitz der Oberkommandos EUCOM und AFRICOM in Deutschland.

Es bedarf keiner weiteren Lehren/Kenntnisse zur Vermeidung eines Krieges. Alles hierzu wurde bereits tausendfach gesagt, geschrieben und zur Staatsdoktrin erklärt. Erinnern wir uns an die Plädoyers während der Nürnberger Prozesse, an die Verlautbarungen in den Regierungserklärungen im Rahmen der Gründung der BRD und der DDR an die Heidelberger Thesen, an das Tübinger Memorandum, an die Akte von Helsinki, an die mahnenden Worte Carl Friedrich von Weizsäckers, Albert Einsteins, Andrei Dmitrijewitsch Sacharow und tausender mehr. Verinnerlichen wir uns nochmals die Erkenntnisse und Folgen der Atombombenabwürfe über Hiroshima und Nagasaki, dem völkerrechtswidrigen Einsatz von Uranmunition und seinen verheerenden Folgen auch auf die Nachkommenschaft der hiervon betroffenen Bevölkerung, an die Bundeswehrangehörigen, die im Kriegseinsatz ihr Leben verloren oder kontaminiert wurden.

Stellen wir uns entgegen, einer Entwicklung, die unsere demokratische Grundordnung massiv gefährdet, untergräbt, vernichtet mit dem Ziel, eine neue Weltordnung im geistigen Sinne ihrer Profiteure zu errichten, die sich letztendlich in einem immerwährenden Prozess mit krimineller Energie den schöpferischen Reichtum der Völker auf unserem Planeten aneignen, unsere Seelen mit medialem „Schwachsinn“ vergiften und die Freiheit des Einzelnen und somit die Freiheit aller zerstört. Ein System, das zulässt, dass 1% der Weltbevölkerung so viel finanziellen/materiellen Reichtum anhäuft wie der Rest der Weltbevölkerung ist inhuman und letztendlich zum Scheitern verurteilt. In jeder Sekunde/Minute mehrt sich der Reichtum auf der einen Seite und auf der anderen Seite versinken ganze Staaten im Chaos durch Kriege/Terror, Zerstörung ganzer Landstriche, Epidemien, Sanktionen in unsäglichem Leid mit ungezählten Opfern. In jeder Sekunde erhöht sich die Staatsverschuldung Deutschlands aktuell um 1.556 EUR (trotz Niedrigzins), sodass die Staatsverschuldung, die 1987 noch bei 342,2 Mrd. DM (177,5 Milliarden EUR) lag, sich 2005 auf 1.448 Mrd. EUR bezifferte und zu diesem aktuellen Zeitpunkt auf astronomische 2.201.338.362.820 EUR. Die Staatsverschuldungen der USA und mehrerer Mitgliedstaaten der EU haben ein so gigantisches Ausmaß angenommen, sodass einige von ihnen schon mehrfach vor dem Staatsbankrott standen.

Aufgrund der stetig steigenden Staatsverschuldung und der Verschuldung seiner Bevölkerung im Rahmen eines vom Zinseszins geprägten Geldsystems und der Möglichkeit der Spekulation mit allem und nichts (mit Wetten auf die Zukunft, mit dem Niedergang von Volkswirtschaften, mit dem Tod und dies in einer Art und Weise, die unsere Vorstellungskraft arg stark strapaziert/Hochfrequenzhandel usw.) kann keine Demokratie dauerhaft Bestand haben, da es zu gesellschaftlichen Zerreißproben kommt, die das Fundament der Demokratie zerstören und jeden Staat in eine immer stärkere Abhängigkeit von ihren Gläubigern – den Großbanken/Schattenbanken dieser Welt – treibt.

Es ist Mahnung, Verpflichtung der Millionen von Deutschen, die im 20. Jahrhundert in zwei verheerenden Weltkriegen ihr Leben ließen, der Millionen von Entwurzelten, den verheerenden materiellen Schäden und der Kenntnis über die Folgen des Einsatzes neuer Waffensysteme und Waffenarten, dass es zu keinem weiteren Weltkrieg kommt, deren Folgen unermesslich, unbeschreiblich, d.h. in Worten nicht auszudrücken sind, jedoch mathematisch berechenbar. Hunderte Millionen weltweit starben in Kriegen, in dem es um die Profitmaximierung einiger Weniger ging und die Völker – auch das der USA – geknechtet, instrumentalisiert und als Kanonenfutter benutzt wurden.

Ein notwendiger Schritt für ein friedliches Miteinander der Völker ist ein gerechtes Geldsystem, eine weltweite Entschuldung, ein absolutes Exportverbot von Waffen und Waffensystemen, ein fairer/gerechter Handel mit allen Staaten/Völkern auf unserem Planeten eine gerechte Aufteilung aller für den Fortbestand der Menschheit notwendigen Ressourcen und eine bedingungslose Aufklärung und Berichterstattung über die wahren Ursachen/Umstände dieser hochkomplexen und explosiven Gesamtsituation in der aktuellen Entwicklungsphase unserer Zivilisation.

Verheerend ist auch die Stigmatisierung Andersdenkender z. B. als „Nazis“, „Rechte“ oder „Antisemiten“. Die Folge sind Polarisierungen und die Untergrabung des über Jahrhunderte unter großen Opfern erkämpfte - auch durch das Grundgesetz geschützte - Recht auf Meinungsfreiheit.

Sehen Sie bitte in die Augen Ihrer Kinder und Kindeskiner, nehmen Sie sich die notwendige Zeit für Ihre Entscheidung, folgen Sie Ihrem Herzen bevor Sie zu den grundlegenden Fragen unserer Zeit Entscheidungen treffen und überlassen Sie es nicht dem IWF, der TROIKA, der BIZ, dem Militär über die Zukunft unseres Volkes und der Völker dieser Welt mit zu befinden. Der Souverän hat Sie gewählt zu souveränen Vertretern der BRD und nicht zu Handlangern einer fremden parasitären „Elite“.

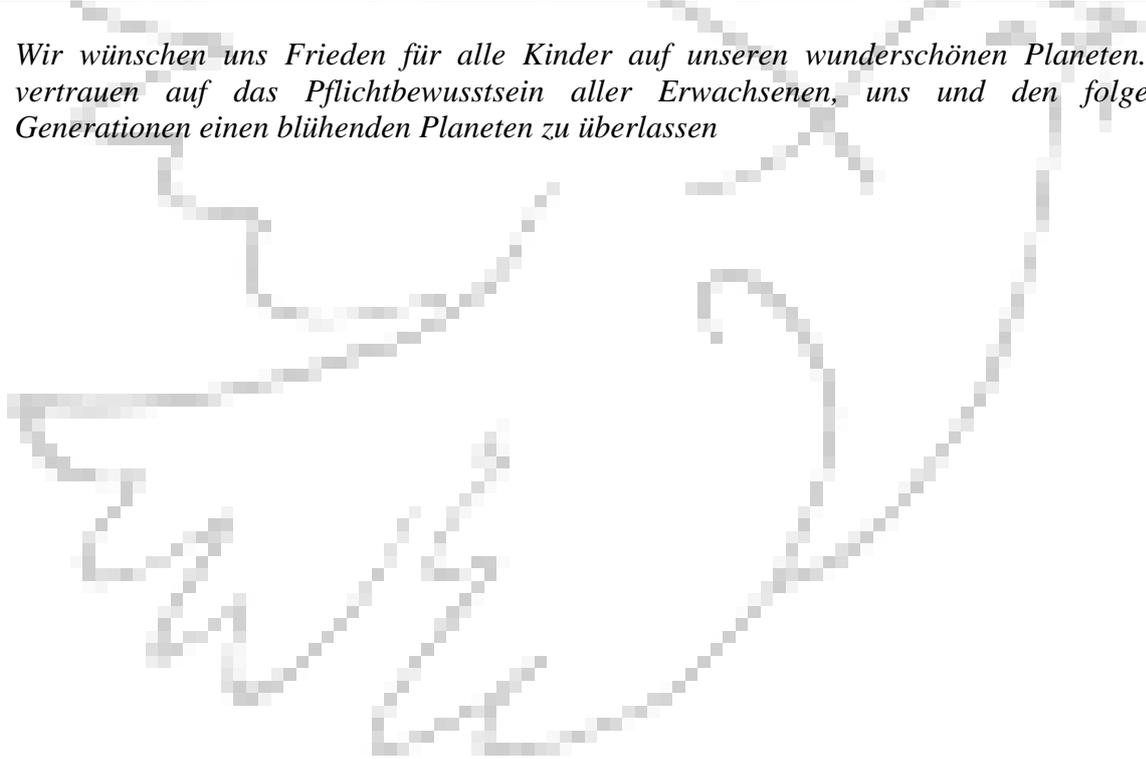
In diesem Sinne verbleibe ich

mit freundlichen Grüßen

Frank Schöne



Wir wünschen uns Frieden für alle Kinder auf unseren wunderschönen Planeten. Wir vertrauen auf das Pflichtbewusstsein aller Erwachsenen, uns und den folgenden Generationen einen blühenden Planeten zu überlassen



Auszug aus der Rede von Dmitri Anatoljewitsch Medwedew im russischen Staatsfernsehen am 23.11.2011

Russland hat den politischen Willen, die auf diesem Bereich notwendigen Abkommen zu schließen. Abkommen, die ein neues Kapitel in unseren Beziehungen zu den USA und der NATO aufschlagen würden. **Wenn unsere Partner eine ehrliche und verantwortungsbewusste Haltung gegenüber den legitimen Sicherheitsinteressen Russlands zeigen, bin ich mir sicher, dass wir uns einigen können. Aber wenn man von uns verlangt, »zu kooperieren« oder sogar gegen unsere eigenen Interessen zu handeln, wird es schwierig sein, einen gemeinsamen Nenner zu finden. Dann wären wir gezwungen, anders zu reagieren. Wir werden über unser Vorgehen nach den tatsächlichen Entwicklungen der Ereignisse auf jeder Stufe der Umsetzung des Raketenabwehrprogramms entscheiden.**

In diesem Zusammenhang habe ich folgende Entscheidungen getroffen:

Als erstes ordne ich an, dass das Verteidigungsministerium umgehend das Radarsystem bei Kaliningrad zur frühen Warnung vor Raketenangriffen in Kampfbereitschaft versetzt.

Zweitens wird als vorrangige Maßnahme der Schutz für Russlands strategische Nuklearwaffen verstärkt unter dem Programm zur Entwicklung unserer Luft- und Weltraumverteidigung.

Drittens werden die neuen ballistischen Raketen, die von den strategischen Raketenstreitkräften und der Marine in Auftrag gegeben worden sind, mit fortgeschrittenen Systemen zur Durchdringung der Raketenabwehr sowie mit neuen hocheffektiven Sprengköpfen ausgestattet werden.

Viertens habe ich die Streitkräfte angewiesen, Maßnahmen zusammenzustellen, mit denen, wenn nötig, das Datenmaterial und die Leitsysteme von Raketenabwehrsystemen unbrauchbar gemacht werden können. Diese Maßnahmen werden angemessen, kostengünstig und effektiv sein.

Fünftens wird die russische Föderation für den Fall, dass sich die oben aufgeführten Maßnahmen als nicht ausreichend erweisen sollten, moderne Angriffswaffen im Westen und Süden des Landes stationieren, die unsere Fähigkeit garantieren, jeden Teilbereich des US-Raketenabwehrsystems in Europa außer Gefecht zu setzen. Ein Schritt in diesem Prozess wird die Stationierung von Iskander-Raketen in der Gegend von Kaliningrad sein.

Weitere Maßnahmen, die dem Raketenabwehrsystem in Europa entgegengesetzt werden, sollen nach Bedarf erarbeitet und eingesetzt werden.

Sollte sich ferner die Lage weiterhin nicht zugunsten Russlands entwickeln, behalten wir uns vor, weitere Abrüstungs- und Waffenkontrollmaßnahmen abubrechen. Aufgrund der engen Beziehung zwischen strategischen Angriffs- und Verteidigungswaffen könnten außerdem Bedingungen für unseren Austritt aus dem neuen START-Vertrag entstehen. Und diese Möglichkeit ist im Vertrag verankert.

Doch lassen Sie mich betonen, dass wir uns einem fortgesetzten Dialog mit den USA und der NATO nicht verweigern über Raketenabwehr und die praktische Zusammenarbeit auf diesem Gebiet. Wir sind dazu bereit. Jedoch kann das nur durch die Zugrundelegung einer eindeutigen Rechtsbasis für Zusammenarbeit erreicht werden, die sicherstellt, dass unsere legitimen Interessen und Sorgen berücksichtigt werden. Wir sind offen für einen Dialog und hoffen auf eine vernünftige und konstruktive Herangehensweise durch unsere Partner im Westen.”

Interview mit dem Chef des US-Think-Tanks Stratfor, George Friedman

Kein Ort kann auf Dauer friedlich bleiben, auch die USA nicht, wir haben ständig Kriege. Europa wird, wie ich vermute zwar nicht zu den großen Kriegen zurückkehren, aber es wird wieder zum menschlich Normalfall zurückkehren. Es wird seine Kriege haben, seine Friedenszeiten und die Europäer werden ihr Leben leben.

Es wird keine 100 mill. Tote geben, aber die Vorstellung Europa sei eine Ausnahmeerscheinung wird zuerst sterben.

Es wird Konflikte in Europa geben, es gab schon immer Konflikte in Jugoslawien und jetzt auch in der Ukraine. Was Europas Beziehungen zu den Vereinigten Staaten betrifft, wir haben keine Beziehung mehr mit Europa. Wir haben Beziehungen mit Rumänien, wir haben Beziehungen mit Frankreich, aber es gibt kein Europa mit dem man Beziehungen haben kann. Der islamische Extremismus ist ein Problem für die Vereinigten Staaten, aber keine existenzielle Bedrohung. Man muss sich damit befassen, muss sich damit angenommen befassen.

Wir haben andere Außenpolitische Interessen. Das Hauptinteresse der US – Außenpolitik, während des letzten Jahrhunderts. Im ersten und zweiten Weltkrieg und im Kalten Krieg waren die Beziehungen zwischen Deutschland und Russland. Vereint sind sie die einzige Macht die uns bedrohen kann. Unser Hauptinteresse war sicherzustellen, dass dieser Fall nicht eintritt. Wenn Sie ein Ukrainer sind, werden sie Ausschau danach halten, wer Ihnen als Einziger helfen kann und das sind die Vereinigten Staaten.

Letzte Woche oder vor 10 Tagen war der Oberbefehlshaber der US- Armee im Europe General Ben Hodges zu Besuch in der Ukraine. Er kündigte dort an, dass die US Ausbilder in der Ukraine demnächst offiziell kommen soll und nicht nur inoffiziell. Er hat dort tatsächlich Orden an die ukrainischen Kämpfer verteilt, obwohl es gegen militärisches Protokoll ist, das Soldaten Orden von fremden Armeen annehmen.

Doch er tat das, weil er damit zeigen wollte, dass die ukrainische Armee seine Armee ist. Dann ging er weg und verkündete in den Baltischen Staaten, das die Vereinigten Staaten Panzer, Artillerien und andere militärische Ausrüstung in die Baltischen Staaten, Rumänien, Polen und Bulgarien in Stellung bringen würden.

Das ist ein sehr interessanter Punkt und gestern haben die Vereinigten Staaten angekündigt, dass sie vorhaben Waffen in die Ukraine zu liefern. Das wurde in der Nacht dementiert, aber sie tun das, die Waffen werden geliefert.

Und bei all diesen Handlungen agieren die Vereinigten Staaten außerhalb des Rahmens der NATO.

Weil NATO Entscheidungen von allen NATO Mitgliedern einstimmig getroffen werden müssen. Und jedes Land ein Veto einlegen kann. Die Türken machen das jetzt schon aus Jux. Der Punkt bei der ganzen Sache ist, dass die USA einen Cordon Sanitaire, einen Sicherheitsgürtel um Russland herum aufbauen. Und Russland weiß das. Russland glaubt die USA beabsichtigen die russische Förderration zu zerschlagen. Ich denke wir wollen sie nicht töten, sondern Ihnen nur ein wenig wehtun.

Jedenfalls sind wir wieder beim alten Spiel. Und wenn sie einen Polen, Ungarn oder Rumänen fragen, die leben in einer ganz anderen Welt als die Deutschen, und dieser in einer anderen als die Spanier. Es gibt keine Gemeinsamkeiten in Europa, aber wenn ich Ukrainer wäre, würde ich genau das tun, was diese tun, versuchen die Amerikaner hineinzuziehen.

Die Vereinigten Staaten haben ein fundamentales Interesse, sie kontrollieren alle Ozeane der Welt. Keine andere Macht hat das jemals getan. Aus diesem Grund können wir in andere Länder eindringen, aber sie können es nicht bei uns, das ist eine schöne Sache.

Die Aufrechterhaltung der Kontrolle über die Ozeane und des Weltalls ist die Grundlage unserer Macht. Der beste Weg eine feindliche Flotte zu besiegen, ist zu verhindern, dass diese gebaut wird. Der Weg den die Britten gegangen sind, um sicherzustellen, dass keine europäische Macht die Flotte bauen konnte, ist, dass die Europäer einander bekämpften. [...]

Die Politik die ich empfehlen würde, ist die die Ronald Reagan angewandt hat im Iran und im Irak. Im Iran/Irak Krieg 1980-1988. Er finanzierte beide Seite, sodass sie gegeneinander kämpften und nicht gegen uns. Das war zynisch, bestimmt nicht moralisch aber es funktionierte. Und das ist der Punkt, die Vereinigten Staaten sind nicht in der Lage ganz Eurasien zu okkupieren. In dem Moment, wo unsere Stiefel den Boden berühren, sind wir demografisch zahlenmäßig unterlegen.

Wir können eine Armee besiegen, aber wir sind nicht in der Lage den Irak zu besetzen. Die Idee das 130 000 US Soldaten ein Land mit 25 mill. Menschen okkupieren, das Verhältnis zwischen der Anzahl der Polizisten und der Einwohner von NY ist größer als das Verhältnis von US- Soldaten und der irakischen Bevölkerung, also sind wir in der Lage 1. gegeneinander kämpfende Mächte zu unterstützen, damit sie sich auf sich selbst konzentrieren können. Sie zu unterstützen politisch, finanziell, militärisch und mit Beratern.

Im äußersten Fall können wir das tun, was wir in Japan, nein in Vietnam, im Irak und Afghanistan taten, mir Störangriffen intervenieren.

Sogenannte Störangriffe zielen nicht darauf den Feind zu besiegen, sondern den Feind aus dem Gleichgewicht zu bringen. Etwas was wir in jedem dieser Kriege taten.

In Afghanistan z.B. brachten wir die Al-Qaida aus dem Gleichgewicht. Das Problem, das wir haben, da wir so jung und dumm sind, ist, dass wir die Feinde aus dem Gleichgewicht brachten und anstatt zu sagen, wir haben den Job gut gemacht, lass uns jetzt nach Hause gehen, sagten wir – man das war aber leicht, lass uns doch hier noch eine Demokratie aufbauen-

Das war unser Moment unserer Geistesschwäche. Deshalb lautet die Antwort.

Die USA können nicht ständig und überall in Eurasien militärisch intervenieren. Sie müssen selektiv intervenieren und möglichst selten. Das ist der Extremfall, wir können nicht als ersten Schritt US Truppen aussenden. Aber wenn wir es tun, dann muss uns klar sein, was die Mission ist. Sie darauf zu begrenzen und nicht alle möglichen irren Theorien zu entwickeln.

Hoffentlich haben wir dies für dieses Mal verstanden. Kinde brauchen immer etwas Zeit um Lektionen zu lernen, aber sie haben absolut Recht.

Wir als ein Imperium können das überall intervenieren nicht tun. Britten haben damals Indien nicht besetzt, sie haben einfach die einzelnen Staaten Indiens genommen und ließen sie gegeneinander kämpfen. Die Britten haben britische Offiziere bei der indischen Armee installiert. Die alten Römer haben auch keine riesigen Armeen in entlegene Regionen hin entsandt, sondern pro römische Krieger dort eingesetzt. Und diese Könige waren verantwortlich für die Aufrechterhaltung des Friedens z.B. Pontius Pilatus. Also Imperien die versuchen das ganze Imperium selbst zu regieren scheitern.

So wie es mit dem Nazi Imperium der Fall war. Niemand hat so viel Macht da muss man schon klug vorgehen. Wie auch immer, das ist noch nicht unser Problem, sondern das wir zu geben, das wir ein Imperium haben. Wir haben noch nicht den Punkt erreicht wo wir glauben könnten nach Hause und alles wäre vorbei.

Wir sind noch nicht einmal bereit für das 3. Kapitel des Buches. Die Frage die sich jetzt für die Russen stellt , werden sie die Ukraine wenigstens als eine neutrale Pufferzone erhalten oder wird der Rest des Westens soweit in die Ukraine vordringen, das er nur noch 100 km von Stalingrad und 500km von Moskau entfernt ist. Für Russland ist der Status der Ukraine eine existenzielle Bedrohung und die Russen können das nicht ignorieren. Wie weit werden die USA gehen, falls Russland sich weiterhin an die Ukraine klammert. Es ist kein Zufall, dass der General Hodges, der ernannt wurde um für all dies gerade zu stehen davon spricht

Truppen in Rumänien, Bulgarien, Polen und den Baltischen Staaten in Stellung zu bringen [...]“

Dem, dem Territorium zwischen dem Schwarzen Meer und der Ostsee. Wie es erträumte, für die USA ist das die Lösung. Die Frage auf die wir keine Antwort haben ist, wie wird Deutschland sich verhalten. Die unbekannte Variable in Europa sind die Deutschen. Während die USA diesen Sicherheitsgürtel aufbauen, nicht in der Ukraine sondern westlich davon und die Russen ein Weg suchen einen Einfluss in der Ukraine zurück zu erlangen, wissen wir nicht wie die deutsche Haltung ausfallen wird. Deutschland befindet sich in einer sehr eigenartigen Lage. Der ehemalige Bundeskanzler Gerhard Schröder sitzt im Aufsichtsrat von Gasprom. Die Deutschen haben eine sehr komplexe Beziehung zu den Russen. Die Deutschen wissen selbst nicht was sie tun sollen, sie müssen ihre Waren exportieren. Die Russen können Ihnen ihre Waren abnehmen, andererseits, wenn sie ihre Freihandelszone verlieren, dann müssen sie etwas anderes aufbauen.

Die Urangst der USA ist, das deutsches Kapital und deutsche Technologien sich mit russischen Rohstoffen und russischer Arbeitskraft verbinden.

Eine einzigartige Kombination, vor der die USA seit Jahrhunderten eine Höllenangst haben. Wie wird sich das also abspielen, die USA haben die Karten bereits auf den Tisch gelegt. Die Linie zwischen dem Baltikum und dem Schwarzen Meer. Die russischen Karten lagen schon immer auf dem Tisch. Das Mindeste was sie brauchen, ist eine neutrale Ukraine, keine pro westliche. Weißrussland ist eine andere Frage.

Wer mir nun sagen kann, was die Deutschen tun werden, der kann mir auch sagen, wie die Geschichte der nächsten 20 Jahre aussehen wird, aber leider haben sich die Deutschen noch nicht entschieden. Und das ist immer ein Problem Deutschland wirtschaftlich sehr mächtig, geopolitisch sehr fragil und es weiß nie, wie es beides versöhnen kann. Seit 1871 ist das die deutsche Frage, die Frage Europas. Denken sie über die deutsche Frage nach, denn sie kommt jetzt wieder auf uns zu. Dieser Frage müssen wir uns jetzt stellen und wir wissen nicht wie, wir wissen nicht was die Deutschen tun werden.



Militärische Auslandseinsätze der Bundeswehr seit 1990

Abgeschlossene Einsätze

Bisher höchster Stand im Ausland eingesetzter Soldaten: 10.024 (Juni 2002)

- **August 1990–September 1991:** im Rahmen der [Operation Südflanke](#) Entsendung von Minensuchbooten ins [Mittelmeer](#) und später zum Minenräumen in den Persischen Golf (zum Einsatz kamen bis zu 500 deutsche Soldaten, sieben Kriegsschiffe, zeitweise fünf militärische Flugzeuge und Hubschrauber).
- **6. Januar 1991:** Verlegung von 18 Kampfflugzeugen des Typs „[Alpha Jet](#)“ des Jagdbombergeschwaders 43 aus Oldenburg auf den Fliegerhorst Erhac in der Türkei. Insgesamt 212 Soldaten der Luftwaffe der Bundeswehr kamen im Rahmen der Allied Command Europe Mobile Forces (AMF Air) der NATO zum Einsatz
- **April 1991:** Im Rahmen der „Operation Kurdenhilfe“ versorgen Fallschirmjäger, Sanitätskräfte und [Heeresflieger](#) mit [Transporthubschraubern](#) vom Typ [CH-53](#) [kurdische Flüchtlinge](#) im [Iran](#) und in [Anatolien](#).
- **1991–1996:** Transport von UN-Waffeninspektoren mit Transallflugzeugen und Hubschraubern im Irak im Rahmen einer [UNSCOM](#)-Mission.
- **November 1991:** Sechs, später 18 deutsche Sanitätssoldaten werden zur medizinischen Betreuung von Angehörigen der UN Advanced Mission in Cambodia ([UNAMIC](#)) nach [Kambodscha](#) entsandt.
- **1992–1996:** [Operation Sharp Guard](#) unter NATO- und [WEU](#)-Führung, Embargo gegen [Jugoslawien](#) in der [Adria](#) durch Marineverbände, durch den Einsatz von zwei deutschen [Fregatten](#) oder [Zerstörer](#), außerdem Flugzeuge.
- **April 1992–1993:** unter UN-Führung: Entsendung von 140 weiteren Sanitätssoldaten, darunter 30 Sanitätsoffiziere, nach Phnom Penh zur medizinischen Betreuung von Angehörigen der United Nations Transitional Authority in Cambodia (UNTAC)
- **1993–1994:** unter UN-Führung: Teilnahme an [United Nations Operation in Somalia II](#).
- **1994:** [UNAMIR](#)-Mission mit Beteiligung an einer Luftbrücke zur Versorgung ruandischer Flüchtlinge.
- **1995:** [Operation Deliberate Force](#), NATO-Operation der [UNPROFOR](#) in Bosnien-Herzegowina
- **1995–1996:** (UNPF) innerhalb Kroatiens mit ersten Aufgaben in Bosnien-Herzegowina, abgelöst durch IFOR
- **1995–1996:** unter NATO-Führung Operation „Joint Endeavour“: [IFOR](#) (Implementation Forces in Bosnia and Herzegovina), abgelöst durch SFOR
- **1996–2004:** unter NATO-Führung Operation „Joint Guard“ und „[Joint Forge](#)“: [SFOR](#) (Stabilisation Force in Bosnia and Herzegovina), 1.700 Deutsche, abgelöst durch EUFOR [Operation Althea](#)
- **1997:** [Operation Libelle](#), Evakuierung von Zivilisten aus Albanien unter Verwendung von Einheiten der SFOR.
- **1999:** unter NATO-Führung „[Operation Allied Force](#)“: Teilnahme an Luftangriffen im Krieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien ([Kosovo-Krieg](#), [Belgrad](#))
- **13. April–8. August 1999:** Albanien Force (AFOR)
- **1999–2000:** - Transportflüge und medizinische Versorgung im Rahmen der UN-Mission [INTERFET](#) für [Osttimor](#).
- **2001:** Operation „Essential Harvest“ in Mazedonien, Entwaffnung von albanischen Extremisten, 600 deutsche Soldaten.

- **2002–2003:** [Operation Enduring Freedom](#) in Kuwait, „Schutz der kuwaitischen Bevölkerung durch ein ABC-Abwehrbataillon“
- **2002–2010:** Marinepräsenz am [Horn von Afrika](#) als Task Group German (CTG) im Rahmen der Operation Enduring Freedom: (Beteiligung von ca. 1.400 Soldaten, zuletzt 60 Soldaten). Das deutsche Kontingent bestand anfangs aus fünf Schnellbooten, einem Tender, einem Versorger und einem Betriebsstoffversorger, nach dem ersten Kontingentwechsel entweder aus Fregatten (zeitweise zusätzlich Flottendienstbooten und Versorgern) oder ein bis zwei Seefernaufklärern [P-3C Orion](#). Außerdem bestand eine kleine Logistikbasis in [Dschibuti](#) - die *Deutsche Verbindungs- und Unterstützungsgruppe* (DVUG), die sowohl die Kontingente OEF und Atalanta unterstützte; bis 2005 hieß diese Einheit *Marinelogistikbasis im Einsatzgebiet* (MLBE). Der Einsatz wurde am 28. Juni 2010 beendet. Die MLBE blieb in Dschibuti zur weiteren Unterstützung des Einsatzes Atalanta.
- **2003:** [Operation „Concordia“](#) in Mazedonien, Sicherung von EU- und OSZE-Beobachtern
- **2003:** [Operation „Artemis“](#), Versorgung von Truppen in der Demokratischen Republik Kongo über Uganda aus.
- **Januar – März 2005:** Humanitäre Hilfe in Indonesien - Einsatz von Sanitätskräften, [MedEvac](#)-Flugzeugen und dem [Einsatzgruppenversorger „Berlin“](#) nach dem [Seebeben im Indischen Ozean 2004](#) in der Region [Aceh](#) (ca. 385 Soldaten).
- **31. Juli 2006–30. November 2006:** [Bundeswehreinsatz im Kongo 2006](#) – Entsendung von bis zu 780 Soldaten, davon 500 Einsatz- und 280 Unterstützungskräfte in die Hauptstadt [Kinshasa](#) und die Umgebung zum Schutz der Parlamentswahlen. Den überwiegenden Teil bildet die Reserve in [Gabun](#).
- **Dezember 2004 bis Dezember 2007:** [AMIS](#) (African Union Mission in Sudan) - Bereitstellung von Lufttransportkapazitäten für die Verlegung von Friedenstruppen der [Afrikanischen Union](#) in die [sudanesische](#) Krisenregion [Darfur](#). Am 31. Dezember 2007 ging diese Operation in die Operation [UNAMID](#) über.
- **2000–August 2008:** VN-Beobachtermission [UNMEE](#) in [Äthiopien](#) und [Eritrea](#) zur Überwachung des [Waffenstillstandsabkommens von Algier](#), zwei deutsche Militärbeobachter.
- **1994–September 2009:** VN-Beobachtermission in [Georgien](#) zur Überwachung des Waffenstillstandes in [Abchasien](#) im Rahmen von [UNOMIG](#), die Bundeswehr stellte drei unbewaffnete Militärbeobachter und bis zu zehn Sanitätssoldaten, die auch Militärbeobachterstatus hatten. Am 8. Oktober 2001 starb als erster Soldat der Bundeswehr durch eine Kampfhandlung [Oberstabsarzt](#) Dieter Eißing durch den Abschuss eines Hubschraubers mit Militärbeobachtern.
- **2002–2010** unter US-Führung: [Operation Enduring Freedom](#) als Teil des [Kampfes gegen den Terrorismus](#) mit zeitweise bis zu 4.900 deutschen Soldaten. Als Einsatzgebiet der Bundeswehr außerhalb Deutschlands wurde durch das Mandat des [Deutschen Bundestages](#) die arabische Halbinsel, Mittel- und Zentralasien und Nordost-Afrika sowie die angrenzenden Seegebiete festgelegt. Die Beteiligung Deutschlands im Ausland besteht (bestand) aus
 - **2001–2002:** Bereitstellen von Lufttransportkapazitäten (in über 130 Einsätzen mit [Transall C-160](#) wurden mehr als 500 Personen und knapp 600 Tonnen Material nach Vorgaben der US-Streitkräfte von [Ramstein](#) nach [Istanbul](#) geflogen);
 - **2002–2003:** Einsatz von ABC-Abwehrkräften in Kuwait (drei Einsatzkontingenten);
 - **2002–2005:** Einsatz von [Spezialkräften](#) in Afghanistan;
 - **2002–2010:** Marinepräsenz am Horn von Afrika.

- **2005–2011:**[UNMIS](#) (United Nations Mission in Sudan) - Entsendung von bis zu 75 unbewaffneten Militärbeobachtern in den Süden und Osten des Sudans zur Überwachung des Friedensabkommens.
- **Februar 2011:** Die [Operation Pegasus](#) während des Aggressionskrieges in Libyen.
- **Dezember 2004–27. September 2012:** unter EU-Führung: EUFOR [Operation Althea](#) (European Union Force in Bosnien und Herzegowina). Zuletzt zwei deutsche Soldaten. Mit den Vorgängermissionen IFOR, SFOR der bis dato längster Auslandseinsatz der Bundeswehr (17 Jahre).

Laufende Einsätze

Im Ausland eingesetzte Soldaten: 5.804 (Stand 16. Januar 2013)

- **Seit 1999:** unter NATO-Führung: [KFOR](#) (Kosovo Force), derzeit etwa 737 deutsche Soldaten.
- **Seit 2001:** unter NATO-Führung: [Operation Active Endeavour](#) im Mittelmeer zum Schutz des Seeverkehrs gegen „terroristische Bedrohungen“. Die Bundeswehr war mit Fregatten, [Schnellbooten](#) und [U-Booten](#) beteiligt. Seit 2004 wird diese Operation im Wechsel durch eine der ständigen Einsatzflotten der NATO [SNMG 1](#) oder [SNMG 2](#) unter Beteiligung deutscher Schiffe durchgeführt.
- **Seit Januar 2002:** ISAF-Einsatz in [Afghanistan](#) zur „Friedenssicherung“ unter GBR (ISAF 1), TUR (ISAF 2) und GE/NL Kommando (ISAF 3). Seit ISAF 4 im Jahr 2003 unter NATO-Führung. Seit 5. April 2007 wurden zusätzlich auf Bitten der NATO sechs [Aufklärungsflugzeuge](#) der [Luftwaffe](#) in Afghanistan stationiert. Mit Beschluss des Bundestages vom 13. Oktober 2007 wurde der Einsatz der Flugzeuge mit dem Kontingent ISAF zusammengelegt. Derzeit etwa 4.724 deutsche Soldaten (ab 26. Januar 2012 4.900 deutsche Soldaten als Mandatsobergrenze möglich).
- **Seit Juni 2005** regelmäßige Kontingente im Rahmen von [Air Policing Baltikum](#) mit jeweils etwa 100 Soldaten und vier Jagdflugzeugen ([F-4F Phantom II](#) oder [Eurofighter](#)) zur Luftraumsicherung über dem Baltikum.
- **Seit 2006:** Einsatz in Kambodscha zur Minenräumung (ohne Mandat des Bundestages) - im Jahr 2006 zwei Militärberater, 2007 14 Militärs und 2008 54 Militärs zuzüglich dreier deutscher Sanitätssoldaten.
- **Seit September 2006:** Seeraumüberwachung vor der Küste des [Libanon](#)s im Rahmen von [UNIFIL II](#) unter VN-Führung mit Fregatten, Schnellbooten und Hilfsschiffen unter anfangs deutscher Führung. Die Führung wechselte im Februar 2008 an Italien. Einschließlich Landkomponenten zur Versorgung und zur Unterstützung der libanesischen Kräfte wurden anfangs ca. 1.400 Soldaten entsandt, derzeit sind etwa 226 Soldaten (Mandatsobergrenze 300) im Einsatz.
- **Seit 2008:** [UNAMID](#) (United Nations and African Union Mission in Darfur) - bis zu 250 Soldaten für Lufttransport in das Einsatzgebiet und Rückverlegung bei Aufstockung, Verstärkung und Durchführung von UNAMID, Wahrnehmung von Führungs-, Verbindungs-, Beratungs- und Unterstützungsaufgaben, Hilfe bei technischer Ausrüstung und Ausbildung truppenstellender Nationen.
EU NAVFOR Beschriftung an einer Deutschen Fregatte während der Operation Atlanta 2009
- **Seit Dezember 2008:** unter EU-Führung: [EU NAVFOR Somalia – Operation Atalanta](#) mit Schiffen und zeitweise Seefernaufklärern zum Schutz humanitärer Hilfslieferungen nach Somalia, der Handelsseefahrt im Golf von Aden und der Bekämpfung jeglicher Piraterie. Zurzeit etwa 318 Soldaten im Einsatz (Mandatsobergrenze seit 9. Juni 2011 1.400 Soldaten).
- **Seit April 2010:** unter EU-Führung: [EUTM Somalia](#) (EU-Trainingsmission Somalia). Mit bis zu 150 Soldaten unterstützt die EU die African Union Mission durch die

Ausbildung eigener Sicherheitskräfte in Uganda. Dabei sind bis zu 13 deutsche Soldaten eingesetzt.

- **Seit Juni 2010:** unregelmäßige Kontingente im Rahmen von [Air Policing Island](#) mit jeweils etwa 100 Soldaten und vier Jagdflugzeugen ([F-4F Phantom II](#) oder [Eurofighter](#)) zur Luftraumsicherung über [Island](#).
- **Seit 2011:**[UNMISS](#) zur Unterstützung beim Aufbau des neuen Staates [Republik Südsudan](#). Zurzeit sind 13 Soldaten im Einsatz (Mandatsobergrenze seit 29. September 2011 50 Soldaten).
- **Seit Dezember 2012:** Operation [ActiveFence](#) zur Verteidigung des NATO Bündnispartner Türkei. Der Bundestag erteilte der Bundeswehr im Dezember ein Mandat das es der Bundeswehr erlaubt bis zu 400 Soldaten in die Türkei zu entsenden. Es werden zwei Staffeln des [Patriot Flugabwehrsystems](#) sowie Soldaten zum Einsatz in [AWACS Aufklärungsflugzeugen](#) entsandt. Die Türkei hatte aufgrund diverser Vorfälle und Angriffe auf türkischem Boden während des [syrischen Bürgerkriegs](#) um Unterstützung durch ihre Bündnispartner ersucht. Das Mandat des Bundestages gilt bis zum 31. Januar 2014 und wurde antragsgemäß verlängert.
- **Seit 17. Januar 2013** Logistische Unterstützung der [OpérationServal](#). Dazu befinden sich zwei [Transportflugzeuge C-160 Transall](#) des [Lufttransportgeschwaders 63](#) auf dem Weg nach [Mali](#) um dort die [französischen Streitkräfte](#) beim Lufttransport zu unterstützen.
- **Seit 4. März 2013** Unterstützung der [AFISMA-Mission](#) der westafrikanischen [ECOWAS-Staaten](#) in [Mali](#). Die deutschen Soldaten sind in [Dakar \(Senegal\)](#) stationiert.
- **Seit April 2013** Beteiligung an der Ausbildungsmission [EUTM Mali](#) im westafrikanischen Mali mit rund 80 Ausbildern und Sanitätern in [Koulikoro](#).



Anlage 4

„Das Wort „Geheimhaltung“ muss in einer freien und offenen Gesellschaft Abneigung und Widerwillen auslösen. Wir stellen uns als Menschen von Natur aus und aus historischer Sicht gesehen allen Geheimbünden, geheimen Eiden und geheim ablaufenden Prozessen entgegen. Wir sind vor längerer Zeit zu der Überzeugung gelangt, dass die Gefahren der übertriebenen und unberechtigten Geheimhaltung von sachdienlichen Hinweisen die Gefahren weit mehr übertreffen, die durch ihre öffentliche Rechtfertigung entstehen. Es hat auch wenig Sinn zu glauben, dass man sich gegen die Bedrohung durch einen Geheimbund schützen kann, indem man sein willkürlichen Behinderungen nachahmt. Auch heute, macht es wenig Sinn, das Überleben unserer Nation zu sichern, indem wir unsere freiheitlichen Traditionen aufgeben. Es geht eine sehr ernste Gefahr von denen aus, die eine erhöhte Sicherheit fordern und danach streben, die Notwendigkeit von Freiheitsbeschränkungen durch amtliche Zensur und Geheimhaltung zu betonen. Ich beabsichtige nicht, dies zu ermöglichen, soweit es in meiner Macht steht. Und kein Beamter aus meiner Administration, egal wie hoch oder niedrig sein Rang ist, ob Zivilist oder Militär sollte heute Abend meine Worte hier als eine Entschuldigung deuten, um Nachrichten zu zensieren, Meinungsfreiheit zu ersticken, unsere Fehler zu decken oder Tatsachen vor der Presse oder der Öffentlichkeit, die es verdient, diese zu erfahren, zurückzuhalten.

Wir stellen uns auf der ganzen Welt diesen in sich geschlossenen, unbarmherzigen Verschwörungen entgegen, die hauptsächlich mit verborgenen Mitteln versuchen ihren Einflussbereich zu erweitern - durch Unterwanderung statt durch offene Auseinandersetzung, durch Umsturz anstelle von demokratischen Wahlen, durch Einschüchterung anstelle von freier Auswahl, durch staatlichen Guerillakrieg bei Nacht und Nebel, anstelle eines Heeres am helllichten Tag. Es ist ein System, das gewaltige, menschliche und materielle Ressourcen in einem eng verbundenen Aufbau zu einer höchst effizienten Maschinerie kombiniert, in der Militär, Diplomatie, Intelligenz, Ökonomie, Wissenschaft und politische Operationen zusammengefasst sind. Diese Bestrebungen werden verborgen, nicht veröffentlicht. Gemachte Fehler werden gedeckt und tauchen nicht in den Schlagzeilen auf. Andersdenkende werden zum Schweigen gebracht, nicht gefördert. Es werden weder Mühen noch Kosten gescheut, damit keinerlei berechnete Mutmaßung gedruckt, kein Geheimnis aufgedeckt wird. Dieses System betreibt einen kalten Krieg, mit einer Kriegsdizziplin, die weder Demokratie entstehen noch überhaupt erhoffen lässt.

Kein Präsident sollte allgemeine Untersuchungen seines Programms fürchten. Eine Untersuchung macht es verständlich; und aus dem Verständnis entwickelt sich Zustimmung oder Ablehnung. Und beides ist notwendig. Ich bitte die Presse nicht um Unterstützung dieser Administration, jedoch bitte ich die Presse um Unterstützung bei der enormen Aufgabe das amerikanische Volk zu informieren und zu alarmieren. Ich habe vollstes Vertrauen in der Verantwortung und dem Engagement unserer Bürger, wann immer sie vollkommen informiert sind.

Wir haben die Absicht, volle Verantwortung für unsere Fehler zu übernehmen, und wir erwarten von Ihnen, dass Sie uns darauf hinweisen, wenn wir das versäumen. Ohne Debatte und Kritik kann keine Regierung und kein Land erfolgreich sein, und keine Republik kann überleben. Deshalb verfügte der athenische (altgriechische) Gesetzgeber Solon, dass es ein Verbrechen für jeden Bürger sei, vor Meinungsverschiedenheiten zurückzuweichen, und genau deshalb wurde unsere Presse durch den ersten Verfassungszusatz besonders geschützt (durch Bushs Ermächtigungsgesetz = Patriot Act längst ausgehöhlt). Die Pressefreiheit in Amerika wurde nicht durch einen speziellen Verfassungszusatz geschützt, um zu amüsieren und Leser zu gewinnen, nicht um das Triviale und Sentimentale zu fördern, nicht um dem

Publikum immer das zu geben, was es gerade will, sondern um über Gefahren und Möglichkeiten zu informieren, um aufzurütteln und zu reflektieren, um unsere Krisen festzustellen und unsere Chancen anzuzeigen, manchmal sogar die öffentliche Meinung zu führen, zu formen, zu bilden und herauszufordern. Das bedeutet mehr Berichte und Analysen von internationalen Ereignissen, denn das alles ist heute nicht mehr weit weg, sondern ganz in der Nähe und zu Hause. Das bedeutet mehr Aufmerksamkeit und besseres Verständnis der Nachrichten sowie verbesserte Berichterstattung, und es bedeutet schließlich, dass die Regierung auf allen Ebenen ihre Verpflichtung erfüllen muss, Sie mit unzensurierter Information außerhalb der engen Grenzen der Staatssicherheit zu versorgen.

Ohne Debatten, ohne Kritik, könnte keine Administration und kein Land erfolgreich sein - und keine Republik kann überleben. Und das ist der Grund, warum der Athener Gesetzesgeber Solon es als ein Verbrechen für jeden Bürger ansah, vor Auseinandersetzungen zurückzuschrecken. Und das ist der Grund, warum unsere Medien durch die erste Gesetzesänderung geschützt wurden. Nicht in erster Linie, um zu belustigen und zu unterhalten, nicht um geistlos banales und sentimentales Zeug hervorzuheben, nicht einfach nach dem Motto „gib der Öffentlichkeit, was sie wünscht“, sondern um zu informieren, um Aufmerksamkeit zu erregen, um zu hinterfragen, um unsere Gefahren und unsere Gelegenheiten beim Namen zu nennen, unsere Krisen und Möglichkeiten aufzuzeigen, um zu führen, zu formen, eine öffentliche Meinung zu bilden und manchmal sogar diese zu verärgern.

Und so liegt es bei den Zeitungsverlagen, das Handeln der Menschen aufzuzeichnen, als Wächter ihres Gewissens und Bote ihrer Nachrichten - dass wir nach Stärke und Unterstützung suchen, überzeugt davon, dass durch Ihre Unterstützung der Mensch das sein wird, wozu er geboren wurde: Frei zu sein und unabhängig.“